

## Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Wilhelm Liebknecht, Kleine Politische Schriften (= Röderberg Taschenbuch 42), Röderberg-Verlag, Frankfurt 1976, 413 S., kart., 3,50 DM.

Helmut Bley, Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904 – 1913. Eine Studie über Bebels Geheimkontakte mit der britischen Regierung und Edition der Dokumente. Mit einem Vorwort von Gustav W. Heinemann, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 254 S., kart., 34 DM.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Veröffentlichungen ausgewählter Reden oder Schriften niemals alle Wünsche erfüllen können; den einen ist dieser, den anderen jener Aspekt zu stark oder zu wenig berücksichtigt. Dies gilt natürlich auch für die im Röderberg-Verlag erschienene Sammlung »Kleiner politischer Schriften« von Wilhelm Liebknecht. Sie enthält in erster Linie Reden aus der Zeit von 1865 bis 1899; sie beginnt mit einem Bericht an die »Londoner Konferenz der Internationalen Arbeiterassoziation« (1870), »Zu Schutz und Trutz« (1871) und »Wissen ist Macht – Macht ist Wissen« (1872), bringt die als grundlegend zu betrachtenden Schriften »Geschichte der Kommune« (1872) und »Anarchismus, Sozialdemokratie und revolutionäre Taktik« (1886), die erst 1889 unter dem Titel »Trutz Eisenstirn. Erzieherisches aus Puttkamerun« Verbreitung fand, und schließt mit der Alterschrift »Kein Kompromiß – kein Wahlbündnis« (1899), die einen Beitrag zur Revisionismusdebatte darstellt, wie sie Ende des 19. Jahrhunderts in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung geführt wurde.

Die Idee der Publikation ist grundsätzlich zu begrüßen, denn sie versucht ein breites Publikum anzusprechen und mit den Vorstellungen des Mitbegründers der SPD bekannt zu machen, der immerhin zu den wichtigsten Arbeiterführern des letzten Jahrhunderts zu rechnen ist; gefördert werden dürfte diese Absicht sicherlich durch den für bundesdeutsche Verhältnisse ungewöhnlich niedrigen Preis von 3,50 DM, der sich in erster Linie aus Subventionen erklärt, die dem Verlag aus der DDR zuteil werden. Herausgeber der »Schriften« ist übrigens der DDR-Historiker Wolfgang Schröder. Die Verwirklichung der Idee kann den Rezensenten jedoch nicht recht begeistern; das Bild, das mit der Auswahl der Schriften von dem Politiker Liebknecht vermittelt werden soll, stimmt »hinten und vorne« nicht. Allein schon der Ansatz ist falsch, da hilft auch alle dialektische Spitzfindigkeit nicht, deren sich die im Nachwort vorgelegte biographische Skizze bedient. Es ist einfach unsinnig, die These aufzustellen, Wilhelm Liebknecht habe als Journalist und Agitator den »Mittler« zwischen Marxismus und deutscher Arbeiterbewegung gespielt, obwohl er selbst die marxistische Theorie, insbesondere die Dialektik, nie verstanden hat. Es muß hier einmal deutlich gesagt werden: Will die Liebknecht-Forschung der DDR ernst genommen werden, so muß sie endlich ihre bisherige »Vogel-Strauß-Politik« aufgeben und die Ergebnisse der sogenannten bürgerlichen Geschichtsschreibung rezipieren; besonders sollte dies wohl dann gelten, wenn man im »bürgerlichen Westen« publiziert: *Parteilichkeit* und *Wissenschaftlichkeit* sind durchaus keine sich gegenseitig ausschließenden Größen; Schröders »Desinteresse« geht aber so weit, eine »Liebknecht-Interpretation« zu liefern, ohne auch nur ansatzweise

die schwergewichtigen Quellenpublikationen des leider viel zu früh verstorbenen Georg Eckert systematisch auszuwerten. Angesichts der Tatsache, daß die Wilhelm-Liebknicht-Forschung noch immer in den Kinderschuhen steckt, ist solch ein Vorgehen wissenschaftlich einfach nicht mehr zu rechtfertigen. Wenn Schröders Ausführungen dennoch interessant sind, so deshalb, weil sie den Wandel der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung dokumentieren. Galt in früheren Darstellungen der »grand old man« der SPD von der Kritik her als »unantastbar« – selbst Tschubinski lieferte noch 1973 eine stark harmonisierende Darstellung –, so wird heute weder Liebknichts Unverständnis der marxistischen Theorie beschönigt noch die teilweise derb-heftige Kritik von Marx und Engels verschwiegen; sogar der Konflikt Liebknicht–Bebel um die Führung der Partei wird, in zarten Worten, angedeutet. Das oben erwähnte Gesamturteil bleibt aber davon unberührt; gewissermaßen als »Kronzeuge« wird dabei Friedrich Engels aufgeführt, der davon überzeugt war, daß Liebknicht im entscheidenden Moment auf dem »rechten Fleck« stehen würde. Abgesehen von der inneren Widersprüchlichkeit dieses Urteils erweist sich auch Schröders Ansatzpunkt bei näherer Betrachtung als falsch, denn Wilhelm Liebknicht hat die Auffassungen seiner »Lehrmeister« niemals als »sakrosankt« angesehen und häufig – selbst in der Korrespondenz mit Marx und Engels – sogar ebenso heftige Kritik an deren Äußerungen geübt. Wenn aber der Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie kein Marxist gewesen ist, was war er dann? Zur Beantwortung dieser Frage gibt die vorliegende Schriftensammlung eine Reihe interessanter Hinweise. So findet sich beispielsweise in der Grundsatzzrede »Anarchismus, Sozialdemokratie und revolutionäre Taktik« folgender Ausspruch zum Selbstverständnis der Sozialdemokratie:

»Was uns zu Sozialdemokraten macht, ist, daß wir das Elend und Unrecht auf Erden in ihrer organischen Entstehung begreifen; daß wir diese gesellschaftlichen Entwicklungskrankheiten – denn das sind sie – durch naturgemäße Förderung des Entwicklungsprozesses heilen wollen und daß wir das Ziel allgemeinen menschlichen Wohlbefindens statt in die Luft und in den Himmel der Phantasie auf den Boden der realen, wirtschaftlichen Verhältnisse stellen«.

Damit wird der Marxschen Verelendungslehre eine eindeutige Absage erteilt; der Schüler von Marx will sogar die drohende Revolution durch präventive, d. h. reformerische, Maßnahmen abwenden. Die Anwendung von Gewalt ist für ihn deshalb nur im defensiven, nicht im offensiven Sinne denkbar. Liebknicht verstand die Arbeiterbewegung vor allem als »Emanzipationsbewegung«, daher auch die Formel »Wissen ist Macht«. Eine aufgeklärte und emanzipierte Arbeiterklasse würde sich zwangsläufig ihre »Rechte« erkämpfen.

Der politisch-philosophische Gegensatz zwischen »Schüler« und »Lehrer« wird besonders deutlich in der Einschätzung der Politik gegenüber Preußen. Liebknicht hat nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen aus der Revolution von 1848 im preußischen Junkerstaat den Hauptfeind gesehen, der mit seiner Vormachtstellung im Reich jede politische Reform in Deutschland verhinderte. Im Kampf gegen diesen Feind hat er sich als Arbeiterführer seine Kampfgenossen gesucht, wo er sie finden konnte, selbst wenn sie »kleinbürgerlich« waren. Wahrscheinlich vertraute er darauf, daß sie durch den gemeinsamen Kampf zu Sozialdemokraten – wie Liebknicht sie verstand – würden. Theoretische Reinheit war nicht so wichtig wie das politische Handeln, daher das rasche Vorantreiben der Vereinigung der beiden großen Arbeiterparteien in Gotha 1875. Aus derselben Überlegung hat Liebknicht auch später in der Partei alles getan, um Flügelkämpfe, die in seinen Augen vielfach ohnehin nur theoretisch bedingt waren, zu verhindern. Nur eine vereinigte Arbeiterbewegung konnte dem preußischen Machtblock trotzen. Marx und Engels dagegen haben Liebknichts betont antipreußische Politik als »süddeutschen Partikularismus« scharf abgelehnt. Wie wenig sie ihrem einstigen Schüler zutrauten, die »marxistische Sache« zu vertreten, zeigt die Tatsache, daß nicht Liebknicht, sondern Johann Philipp Becker zum ersten Verbindungsmann der I. Internationale in Deutschland ernannt wurde. Der »verschmähte« Schüler setzte sich

jedoch durch, womit ganz sicher sein Selbstbewußtsein dem einstigen »Lehrmeister« gegenüber gestiegen sein dürfte. Nicht umsonst hat er sich später als Parteiführer ziemlich selbstsicher mit dem Argument verteidigt, daß die Londoner in ihrem »Olymp« ohnehin nicht die politische Entwicklung in Deutschland bzw. in der deutschen Arbeiterbewegung adäquat beurteilen könnten. Im Jahre 1872 mußten übrigens selbst Marx und Engels anerkennen, daß Liebknecht (und Bebel) durch die Stimmhaltung bzw. Verweigerung der Kriegskredite im Norddeutschen Reichstag anläßlich des Deutsch-Französischen Krieges mehr zur Verbreitung des sozialistischen Gedankens getan hatte(n) als sämtliche Aktivitäten der I. Internationale zuvor. Hier liegt vielleicht auch der Grund, weshalb vor allem Engels später versucht hat, Liebknechts Autorität in der Parteiführung zu untergraben; denn bei Liebknecht war aus der Sicht Marx' und Engels' die Gefahr gegeben, daß die deutsche Arbeiterbewegung eine von der marxistischen Theorie abgewandte Politik verfolgen könnte. In Bebel und Kautsky fand Engels dabei die richtigen Gesprächspartner, von denen der eine organisatorisch und der andere theoretisch begabt war und die zumindest noch »jung« genug waren, um zu »lenken«. Engels hat dies bewußt gefördert, wie seine Korrespondenz mit beiden zeigt. Im Mai 1883 beispielsweise forderte er Bebel unverblümt auf, Liebknecht »entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen«. Auf dem theoretischen Sektor dauerte die Entwicklung etwas länger: Erst das Erfurter Parteiprogramm von 1891 trug Kautskys Handschrift. Bebel und Kautsky verschafften zwar der SPD ein »marxistisches Programm«, konnten jedoch nicht verhindern, daß die parteipolitische Praxis »unmarxistisch« blieb. Die von Liebknecht formulierten Parteiprogramme waren zwar unmarxistisch gewesen, entsprachen jedoch dem »Bewußtseinszustand« der Partei. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit hat später fatale Folgen für die Entwicklung der SPD gehabt. Bebel selbst wurde nach der Jahrhundertwende der Exponent der von Liebknecht verfolgten und von Bebel damals so scharf kritisierten »Vertuschungstaktik«. Seine Haltung auf den Parteitag von 1908 und 1910 in der Budgetbewilligungsfrage sind Musterbeispiele für das Lavieren zwischen den Flügeln. War es Liebknecht jedoch darum gegangen, mit Hilfe einer geeigneten Partei Preußen bedingungslos zu bekämpfen, so beschränkte sich Bebel auf innerparteiliches Krisenmanagement. Wie wenig der »Arbeiterkaiser« an die deutsche Sozialdemokratie als Machtfaktor im Deutschen Reich glaubte bzw. wie sehr ihm der Wille fehlte, die SPD zu einem solchen Machtfaktor zu machen, zeigt die von *Helmut Bley* vorgelegte Studie zu Bebels außenpolitischen Vorstellungen, insbesondere zum deutsch-britischen Verhältnis.

Die Arbeit besteht grob gesprochen aus zwei Teilen: der erste (sechs Kapitel) enthält die eigentliche Studie, während der zweite Teil Dokumente bringt. Bei den Dokumenten handelt es sich in erster Linie um Gesprächsaufzeichnungen, die der in Zürich lebende britische Ehrenkonsul Heinrich Angst in den Jahren 1910 bis 1914 angefertigt und an das britische Außenministerium gesandt hat. Partner dieser Gespräche war Bebel, der mit Angst seit etwa 1910 eng befreundet war und der über Sinn und Zweck der Unterredungen informiert war. Hier interessiert in erster Linie Bleys Untersuchung. Sie gibt zunächst einen Überblick über Bebels Stellung innerhalb der SPD vor dem Ersten Weltkrieg, beschreibt dann die »Geschichte« der Gespräche und deren Thematik und analysiert schließlich die Elemente der außenpolitischen Konzeption sowie die Kontinuität dieser Elemente. Die beiden letzten Kapitel sind der britischen Seite gewidmet und behandeln einmal die »deutsche Gefahr« in den Richtungskämpfen der englischen Politik von 1910 bis 1914 und untersuchen zum anderen die britischen Urteile zur Rolle der SPD im Wilhelminischen Reich.

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Angst und Bebel stand die Gefährdung des Friedens in Europa durch das aggressive Aufrüsten Preußen-Deutschlands zu Wasser und zu Lande. Bebels Aussagen wurden dabei von dem Bemühen getragen, die britische Regierung vor einer Fehleinschätzung der Macht der SPD im Deutschen Reich zu bewahren. Der Haupttenor der Aussage lautete: Die SPD, obwohl »die« Massenbewegung in Europa, sei

unfähig, einen deutschen Angriffskrieg zu verhindern. Nur die forcierte Flottenrüstungspolitik Großbritanniens könnte die deutschen Kriegstreiber von ihrer Aggression abbringen und jene Kräfte im Reich bestärken, die ein Arrangement der beider Industrienationen befürworteten.

Bleys Studie ist in mancher Hinsicht vorbildlich, auch wenn dieser Eindruck gelegentlich durch allzu schroffes Abkanzeln der Historikerkollegen getrübt wird. Vor allem der Quellenkritische Ansatz ist sauber durchgeführt, indem die indirekten Aussagen Bebels in zweifacher Hinsicht überprüft werden: Zum einen wird geklärt, ob der SPD-Führer derartige Aussagen überhaupt gemacht hat, und zum anderen, welche dieser Aussagen wann getan wurden. Dabei wird deutlich, daß Bebels Aussagen stark variierten, je nachdem ob er öffentlich als Parteiführer oder privat als Politiker sprach. Die damit verbundene Widersprüchlichkeit kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß August Bebel unfähig war, vielschichtige Probleme auch vielschichtig zu sehen. Bley kommt denn auch zu dem für viele Sozialdemokraten schmerzlichen Ergebnis, daß der SPD-Führer in seinen außenpolitischen (und damit indirekt auch innenpolitischen) Vorstellungen bestenfalls von liberalen Anschauungen ausging, die mit Marxismus gar nichts zu tun hatten. Die Annahme von der Unbesiegbarkeit Preußen-Deutschlands, die Fixierung auf die Machtstellung der Junker sowie die Zustimmung zur Expansion des deutschen Industriesystems in Ost- und Südosteuropa beweisen, wie sehr Bebel in den Kategorien preußisch-deutscher Realpolitik gedacht hat. Damit aber gab er jenen antipreußischen Kurs auf, den Wilhelm Liebknecht als Parteiführer so vehement vertreten hatte und der, wie die Novemberrevolution 1918 zeigen sollte, unbedingt notwendig war zur Demokratisierung Deutschlands.

Wenn auch Bleys Studie der Anfang vom Ende des »Mythos Bebel« sein dürfte, ist ein Gesamturteil, selbst ansatzweise, bis jetzt noch nicht möglich; dazu ist der Politiker Bebel noch zu widersprüchlich. Allerdings scheint es dem Rezensenten, als habe Bley bei seiner Erklärung der Bebelschen Politik der Kriegsverhütung allzufrüh vor dieser Widersprüchlichkeit kapituliert und die Haltung des SPD-Führers nicht genügend hinterfragt. Zweifellos ist richtig, daß Bebel seine Politik nicht »in« der Partei machte, sondern sein Ansehen als international anerkannter Sozialdemokrat nutzte, um sie »mit« der Partei zu verfolgen. Es muß jedoch gefragt werden, wie er sich diese Politik »mit« der Partei konkret vorstellte; denn die Bedeutung der SPD hat er lediglich als »moralischen Faktor« in der preußisch-deutschen Innenpolitik veranschlagt – die herrschenden Kreise haben allerdings auch nicht »mehr« in der Arbeiterpartei gesehen und sie dementsprechend behandelt. In der Julikrise 1914 hat beispielsweise Reichskanzler Bethmann Hollweg gezeigt, wie man diesen »moralischen Faktor« nutzbringend einsetzen konnte; ob allerdings im Sinne Bebels, scheint fraglich. Grundsätzlich muß gefragt werden, warum der so einflußreiche Arbeiterführer nichts unternommen hat, um die SPD vom »moralischen Faktor« zum »Machtfaktor« zu entwickeln. Er verfaßte zwar eine Reihe von »Kampfschriften«, die teilweise hohe Auflagenzahlen erreichten, aber ansonsten beschränkte er sich darauf, die innerparteilichen Gegensätze auszugleichen und jede Aktivität nach außen zu vermeiden. Bedenkt man, wie er Karl Liebknechts Vorschläge zu einer antimilitaristischen Agitation, zum Aufbau sozialdemokratischer Jugendorganisationen und zur Durchführung eines energischen Wahlrechtskampfes auf den Parteitag ab 1904 rigoros bekämpfte, so gewinnt man den Eindruck, daß Bebel die Entwicklung der SPD zum Machtfaktor geradezu bewußt verhindern wollte. Karl Liebknechts Auffassungen mögen im einzelnen ungenau oder auch falsch gewesen sein, sie gingen jedoch in die richtige Richtung, denn was die SPD brauchte, war eine Diskussion über konkrete Wege und Möglichkeiten, wie sie zum »Machtfaktor« in der preußisch-deutschen Innenpolitik werden konnte.

Die Gespräche zwischen Angst und Bebel zeigen jedoch nicht nur, daß sich der SPD-Führer in innenpolitischer Hinsicht Illusionen machte; die Reaktion der britischen Seite beweist, daß auch seine außenpolitischen Auffassungen illusorisch waren. Es waren eben nicht die-

jenigen Kräfte in der britischen Regierung, die Deutschland neutral oder wohlwollend gegenüberstanden, sondern der Marineminister Winston Churchill, der Babels Warnungen nutzte, um seine Forderungen nach einer forcierten Flottenrüstung zu rechtfertigen mit dem Ziel, Frankreich davor zu bewahren, »daß es von den preußischen Junkern niedergetrampelt und ausgeplündert wird«.

Helmut Trotnow

Friedrich Albert Lange. Leben und Werk, hrsg. von Joachim H. Knoll und Julius H. Schoeps (= Duisburger Forschungen, Bd. 21), Walter Braun Verlag, Duisburg 1975, XI, 287 S., engl. brosch., 21,90 DM.

Die Formierungsphasen sozio-politischer Systeme, Institutionen und Organisationen sind für eine legitimationsbedürftige Nachwelt von besonderem Interesse. Zwar lassen sich Traditionszusammenhänge nicht nach Belieben konstruieren, aber die in Übergangszeiten vermeintlich oder tatsächlich gegebene Offenheit für Struktur- und Handlungsalternativen bietet doch Raum für vielfältige, oft widersprüchliche Interpretationsansätze, in denen Teile der heutigen Gesellschaft jeweils *ihre* Geschichte wiedererkennen. Die Geschichte der frühen deutschen Arbeiterbewegung ist mittlerweile zu einem Thema geworden, bei dem das wissenschaftliche Interesse an einer Klärung des Charakters der organisierten Arbeiterbewegung (als einer vorwiegend sozialpolitisch, nationalpolitisch oder demokratisch motivierten, mehr oder weniger selbständigen, mehr oder weniger theoriegeleiteten Bewegung) und an einer Aufhellung der Frage nach ihrer Entstehung und ihrer Ablösung vom Hintergrund bürgerlich-liberaler Protektion sich verschränkt mit einem aktuellen Interesse an historischer Legitimierung gegenwärtiger Politik und Programmatik.

In beiden Interpretationskontexten stößt Friedrich Albert Lange (1828–1875) auf zunehmende Beachtung, die dem im Kontaktbereich zwischen Liberalismus und Sozialismus angesiedelten Intellektuellen und dem Vertreter einer pragmatischen, ethisch fundierten Politik der Verhinderung sozialer Konflikte vornehmlich gilt. Die Zahl der derzeit aufgelegten Schriften Langes kann dieses Interesse belegen: Mit der neueren Veröffentlichung seiner pädagogischen Texte und seiner sozialpolitischen Hauptschriften durch die Herausgeber des vorliegenden Bandes, mit dem Faksimiledruck des 1865/66 von ihm redigierten »Boten vom Niederrhein«, mit der gewichtigen Edition seiner Briefe und Leitartikel »Über Politik und Philosophie«, die Georg Eckert 1968 besorgt hatte, und schließlich mit der 1974 erschienenen Paperback-Ausgabe der »Geschichte des Materialismus« liegt das Bewahrenswerte aus Langes Werk in einer Vollständigkeit vor, wie sie für das Oeuvre politischer und philosophischer »Randfiguren«, zu denen Lange von Theodor Heuß noch gerechnet wurde, nicht eben alltäglich ist.

Wenn die Herausgeber der vorliegenden Aufsatzsammlung zum 100. Todestag von Lange zur Rechtfertigung ihres Unternehmens trotzdem den Topos vom »großen Vergessenen«, den es ans Licht zu heben gelte, bemühen und über die Darstellung dessen hinaus, »wie es denn eigentlich gewesen«, die von ihnen versammelten Beiträge nicht auf Aussagen zur »Gesellschafts- und Gegenwartsrelevanz« der Person und der mit ihr verbundenen Themen« befragen lassen wollen, so steht dies merkwürdig quer zum Gestus und Gehalt der meisten Aufsätze, aber auch zu ihrem eigenen, deutlich positiven Vorverständnis der Langeschen Position als einer, »die den Revisionismus antizipiert noch bevor sich im sozialdemokratischen Programm ein realistisches Verhältnis zum vorfindbaren Staat und den darin möglichen Gesellschaftsformen anbahnte« (Vorwort)!

Es ist eine der Schwächen dieses Bandes, daß er die geheime Zustimmung fast aller Autoren zum systemlosen, »nicht dogmatisch fixierten«, reformbejahenden Konzept der Langeschen Philosophie und Politik nicht thematisiert und damit offener Bewertung zugänglich macht. Durch seine Anlage wird dieses Moment der Ideologiekritik noch verstärkt: Der editorischen Absicht gemäß, »Lange in seinen vielfältigen Artikulationen vorzuführen« (Vor-

jenigen Kräfte in der britischen Regierung, die Deutschland neutral oder wohlwollend gegenüberstanden, sondern der Marineminister Winston Churchill, der Babels Warnungen nutzte, um seine Forderungen nach einer forcierten Flottenrüstung zu rechtfertigen mit dem Ziel, Frankreich davor zu bewahren, »daß es von den preußischen Junkern niedergedrampelt und ausgeplündert wird«.

Helmut Trotnow

Friedrich Albert Lange. Leben und Werk, hrsg. von Joachim H. Knoll und Julius H. Schoeps (= Duisburger Forschungen, Bd. 21), Walter Braun Verlag, Duisburg 1975, XI, 287 S., engl. brosch., 21,90 DM.

Die Formierungsphasen sozio-politischer Systeme, Institutionen und Organisationen sind für eine legitimationsbedürftige Nachwelt von besonderem Interesse. Zwar lassen sich Traditionszusammenhänge nicht nach Belieben konstruieren, aber die in Übergangszeiten vermeintlich oder tatsächlich gegebene Offenheit für Struktur- und Handlungsalternativen bietet doch Raum für vielfältige, oft widersprüchliche Interpretationsansätze, in denen Teile der heutigen Gesellschaft jeweils *ihre* Geschichte wiedererkennen. Die Geschichte der frühen deutschen Arbeiterbewegung ist mittlerweile zu einem Thema geworden, bei dem das wissenschaftliche Interesse an einer Klärung des Charakters der organisierten Arbeiterbewegung (als einer vorwiegend sozialpolitisch, nationalpolitisch oder demokratisch motivierten, mehr oder weniger selbständigen, mehr oder weniger theoriegeleiteten Bewegung) und an einer Aufhellung der Frage nach ihrer Entstehung und ihrer Ablösung vom Hintergrund bürgerlich-liberaler Protektion sich verschränkt mit einem aktuellen Interesse an historischer Legitimierung gegenwärtiger Politik und Programmatik.

In beiden Interpretationskontexten stößt Friedrich Albert Lange (1828–1875) auf zunehmende Beachtung, die dem im Kontaktbereich zwischen Liberalismus und Sozialismus angesiedelten Intellektuellen und dem Vertreter einer pragmatischen, ethisch fundierten Politik der Verhinderung sozialer Konflikte vornehmlich gilt. Die Zahl der derzeit aufgelegten Schriften Langes kann dieses Interesse belegen: Mit der neueren Veröffentlichung seiner pädagogischen Texte und seiner sozialpolitischen Hauptschriften durch die Herausgeber des vorliegenden Bandes, mit dem Faksimiledruck des 1865/66 von ihm redigierten »Boten vom Niederrhein«, mit der gewichtigen Edition seiner Briefe und Leitartikel »Über Politik und Philosophie«, die Georg Eckert 1968 besorgt hatte, und schließlich mit der 1974 erschienenen Paperback-Ausgabe der »Geschichte des Materialismus« liegt das Bewahrenswerte aus Langes Werk in einer Vollständigkeit vor, wie sie für das Oeuvre politischer und philosophischer »Randfiguren«, zu denen Lange von Theodor Heuß noch gerechnet wurde, nicht eben alltäglich ist.

Wenn die Herausgeber der vorliegenden Aufsatzsammlung zum 100. Todestag von Lange zur Rechtfertigung ihres Unternehmens trotzdem den Topos vom »großen Vergessenen«, den es ans Licht zu heben gelte, bemühen und über die Darstellung dessen hinaus, »wie es denn eigentlich gewesen«, die von ihnen versammelten Beiträge nicht auf Aussagen zur »Gesellschafts- und Gegenwartsrelevanz« der Person und der mit ihr verbundenen Themen« befragen lassen wollen, so steht dies merkwürdig quer zum Gestus und Gehalt der meisten Aufsätze, aber auch zu ihrem eigenen, deutlich positiven Vorverständnis der Langeschen Position als einer, »die den Revisionismus antizipiert noch bevor sich im sozialdemokratischen Programm ein realistisches Verhältnis zum vorfindbaren Staat und den darin möglichen Gesellschaftsformen anbahnte« (Vorwort)!

Es ist eine der Schwächen dieses Bandes, daß er die geheime Zustimmung fast aller Autoren zum systemlosen, »nicht dogmatisch fixierten«, reformbejahenden Konzept der Langeschen Philosophie und Politik nicht thematisiert und damit offener Bewertung zugänglich macht. Durch seine Anlage wird dieses Moment der Ideologiekritik noch verstärkt: Der editorischen Absicht gemäß, »Lange in seinen vielfältigen Artikulationen vorzuführen« (Vor-

wort), sind die Beiträge nach »Disziplinen« geordnet, die sich zudem eher an der Fachherkunft der Autoren als an der Vielseitigkeit Langes orientieren (»Geschichte und Arbeiterbewegung« – sic! –, »Pädagogik und Publizistik«, »Philosophie und Religion«) und, da sie dem Gegenstand äußerlich bleiben, seiner Aufspaltung in unkoordinierte Teilobjekte nicht entgegenstehen. Neben zahlreichen Überschneidungen und Wiederholungen bedingt das Prinzip der Segmentierung der historischen Figur in eine Vielzahl von Rollen, in denen sie als Politiker und Erzieher, als Wissenschaftler, Journalist und Philosoph ihren abstrakt geschiedenen Verrichtungen nachgeht, die wechselseitige Folgenlosigkeit der Teilerkenntnisse und der in ihnen etwa erscheinenden Widersprüche. Dagegen richtet sich, neben den ideologiekritischen Bedenken, auch die fachbezogene Überlegung, daß gerade im Hinblick auf die komplexen Bedingungen des Beginns der organisierten Arbeiterbewegung eine stärkere Berücksichtigung einheitsstiftender Elemente zu fordern sein wird.

Ungeachtet dessen bieten manche der hier vorgelegten – im Niveau freilich sehr unterschiedlichen – Artikel bemerkenswerte Erkenntnisse in Einzelfragen. Nahezu alle Autoren knüpfen an Langes politischem Wirken während der 1860er Jahre, seiner Duisburger Zeit, an. Lediglich die beiden Herausgeber, *Joachim H. Knoll* und *Julius H. Schoeps*, die sich mit den pädagogischen bzw. turnpädagogischen Auffassungen Langes auseinandersetzen, behandeln ihre Themen als eigengewichtig. So sehr es nun aber zutreffen mag, daß Langes »Mitwirkung an der praktischen Arbeiterbildung [...] einen erkennbaren Niederschlag in seinen pädagogischen Schriften nicht gefunden« hat (S. 113), so sicher ist doch zugleich, daß seine Gedanken zur Schulreform oder sein Begriff von Bildung im Zusammenhang einer übergreifenden politisch-philosophischen Würdigung Platz fänden. Zur Frage der Agitationspädagogik Langes, die über ein wichtiges Problem der Vermittlung zwischen Intelligenz und Massenbasis Auskunft geben könnte, sind auch *Peter Irmers* Beitrag »Friedrich A. Lange – ein politischer Agitator in der deutschen Arbeiterbewegung« keine Hinweise zu entnehmen, da er, dem Titel zum Trotz, es bei der Nennung der zentralen politischen Auftritte Langes in den Jahren 1862–1866 beläßt und auf seine eigentlich agitatorische Tätigkeit gar nicht näher eingeht. Für den gleichen Zeitraum, 1862–1866, beschreibt *Ludger Heid* die Stationen des verfassungspolitischen Engagements von Lange, das sich von der Abwehr behördlicher Eingriffe in die politische Meinungsfreiheit des Beamten zum erbitterten Kampf gegen den »indirekten Absolutismus« Bismarcks steigerte. Die These Heids, es habe ein Widerspruch zwischen verfassungspolitischer Radikalität und sozialpolitischem Gradualismus bei Lange bestanden (S. 70), übersieht allerdings, daß gerade die Schärfe der Auseinandersetzung mit dem Bismarck-Regime den *antirevolutionären* Zielsetzungen Langes entsprang.

Die zeitungswissenschaftliche Studie *Heinz-Dietrich Fischers* (»Friedrich Albert Lange als politischer Publizist«), welche ihren zusätzlichen Anspruch, die gesamte, nicht bloß journalistisch-schriftstellerische »Kommunikationsaktivität« Langes zu erfassen, aus Quellenmangel freilich nicht einlösen kann, vermag mit den Mitteln einer quantitativen Inhaltsanalyse des »Boten vom Niederrhein« zu zeigen, wie stark bei Lange auch nach der Zuwendung zur Arbeitervereinsbewegung die innenpolitische Stoßrichtung noch ausgeprägt war. Der instruktive Vergleich der Programme für die projektierte »Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung« und für den »Boten vom Niederrhein« (beide 1865 konzipiert) verweist auf Langes Intention, durch den Übergang von einer einseitig-vormundschaftlichen Arbeiterzeitung zum »generalanzeigermäßig offenen« Volksblatt die Basis seines politischen Handelns im westlichen Ruhrgebiet zu verbreitern.

Solche bündnispolitischen Absichten, eine breite Volksbewegung gegen die doppelte Bedrohung des gesellschaftlichen Friedens durch das Kapital und die »konservative Polizeiwirtschaft« zu sammeln, werden von *Walter Grab* auf der Grundlage der im »Boten« veröffentlichten Leitartikel deutlicher herausgearbeitet. Als positiv-utopisches Element im politischen Denken des »Citoyen Lange« erscheint die »Vision eines sozialen und demokra-

tischen Wohlfahrtsstaates« (S. 85), die sich historisch rückversichere durch die Anknüpfung an demokratische Traditionen in Deutschland. Langes Verhältnis zu den USA als einem zeitgenössischen Gegenbild zu den politisch-sozialen Gegebenheiten in Preußen-Deutschland untersucht *Helmut Hirsch* unter Einbeziehung weiterer Zeitungsbeiträge und Schriften. Die Analyse ergibt – entgegen manchen Schlußfolgerungen, die der Autor aus ihr ziehen möchte –, daß Lange den Vereinigten Staaten lediglich ein zeit- und standorttypisches Interesse entgegenbrachte. Dies gilt sowohl für seine zwischen Bewunderung und Beklemmung schwankende Haltung gegenüber den Manifestationen amerikanischer »Größe«, für seine emanzipatorische, nordstaatenfreundliche Einstellung zur Sklavenfrage und zum Bürgerkrieg wie auch für die gelegentlich aufblitzenden »genialischen« Vorahnungen künftiger Entwicklungsmöglichkeiten der USA.

Einen zwiespältigen Eindruck hinterläßt *Martin J. Sattlers* Erörterung der Frage, ob Lange als »Socialconservativer« oder als »Socialrevolutionär« einzustufen sei: Da »das politische Denken Langes zur ›Socialen Frage‹« einerseits aus *heutiger* Sicht bewertet werden soll, andererseits die Bewertungskategorien »konservativ« und »revolutionär« vom Verfasser als durch die gegenwärtigen globalökologischen Problemstellungen überholt zurückgewiesen werden, fehlt dem Zuordnungsversuch die begriffliche Basis. Werden die Kategorien hingegen (wie ihre Schreibweise anzuzeigen scheint) dem Bewußtseinshorizont der 1860er Jahre entnommen, so bleibt unverständlich, warum Langes eigener Gebrauch von »sozialkonservativ« und »sozialrevolutionär« als Bezeichnung der ihm entferntesten, widervernünftigen und letztlich zerstörerischen politischen Extrempositionen nicht einmal ins Blickfeld der Untersuchung gerät.

Die Beiträge von *Herman Ley* und *Adam Weyer* geben Zeugnis von der Offenheit und Vieldeutigkeit der Langeschen Philosophie. Erkennt Weyer in Langes »Geschichte des Materialismus« Positionen, die sich in eine Tradition der religiösen Begründung des Sozialismus einordnen lassen, so wertet Ley primär jene Teile des Werkes aus, die durch die Aufnahme der Materialismusdebatte der mittelfünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts und durch die Kritik an vulgärmaterialistischen Primitivvorstellungen einen beträchtlichen »Impuls zum Studium und dem Anerkennen materialistischer Philosophie« gegeben (S. 174) und damit eine positive Funktion erfüllt hätten. *Hans-Martin Sass* und *Helmut Holzhey* nähern sich aus verschiedenen Blickwinkeln dem Problem, die »Sozialphilosophie« Langes aus den in seinen Schriften vorfindlichen Ideen zu rekonstruieren und sie in den Kontext seiner ebenfalls nur pragmatisch-fragmentarisch entwickelten Gesamtphilosophie zu stellen. Von Sass wird die Tragfähigkeit des ethischen Idealismus Langescher Prägung (der »Standpunkt des Ideals«) wohl erheblich überschätzt, wenn er durch ihn »die Geschichtskonstruktionen des metaphysischen Idealismus und des metaphysischen Materialismus überwunden« sieht (S. 204) und ihn deshalb auf einer meta-metaphysischen Ebene ansiedelt, von der aus auch aktuelle philosophische und politische Debatten zu entscheiden wären. Holzhey erkennt im – weitgefaßten – Prinzip der philosophischen Kritik den gemeinsamen Bezugspunkt, in dem sich die erkenntnistheoretischen und sozialphilosophischen Anschauungen und Einstellungen Langes zusammenführen lassen. Von dieser skeptisch-kritischen Grundlinie her sieht er dann auch die Rolle bestimmt, die ethischer Idealismus und Naturalismus als Komplementärpositionen im Denken Langes einnehmen. Möglicherweise gerät Holzheys Synthese einer unsystematischen Philosophie zu glatt, sie stellt aber einen diskussionswürdigen Versuch dar, im methodischen Prinzip der Kritik die Einheit *der* Philosophie nachzuweisen, die Lange selbst als Instanz der Vermittlung seiner vielfältigen Tätigkeiten begreifen konnte (Brief an A. Dohrn, 14. 10. 1866; abgedruckt bei Eckert, a. a. O., S. 215).

Als zweifellos bedeutendster Beitrag des Bandes ist *Shlomo Na'amans* aus intimer Quellenkenntnis gearbeiteter Aufsatz über »Friedrich Albert Lange und die deutsche Arbeiterbewegung« zu werten, dem es durch die Verbindung von ideen-, organisations- und sozialgeschichtlicher Betrachtungsweise gelingt, die vor allem gesellschaftlichen und organisatori-

schen Rahmenbedingungen deutlich zu machen, unter denen Lange politisch handelte, die Ursachen seines Scheiterns aufzuzeigen und damit jenen Punkt der Entwicklung, an dem die Arbeiterbewegung als Klassenbewegung sich lossagte von der Führung durch bürgerliche Honoratioren, zu denen Lange zu zählen ist. Na'aman hebt wichtige Aspekte von Langes Leben und Werk aus der biographischen Vereinzelnung; er verweist andererseits auf die besonderen Bedingungen, unter denen Lange von seiner Duisburger Diaspora aus für die Belange der Arbeitervereinsbewegung eintrat und mit den von ihm initiierten Konsumvereinen im Ruhrgebiet einen möglichen Ansatzpunkt der Arbeiterselbstorganisation schuf. Eine Beurteilung der Rolle Langes in der frühen deutschen Arbeiterbewegung und der Wirksamkeit seiner Ideen wird auf die Studie Na'amans notwendig zurückgreifen müssen.

Gerhard Huck

Johann Most, Ein Sozialist in Deutschland, hrsg. von Dieter Kühn (= Reihe Hanser, Nr. 171), Carl Hanser Verlag, München 1974, 180 S., kart., 12,80 DM.

Mit Recht erfreuen sich die seit einigen Jahren wiederentdeckten Lebenserinnerungen von Symbol-Figuren der Arbeiterbewegung einer wachsenden Wertschätzung, sind sie doch geeignet, mehr als andere Schriftums-Gattungen einen unmittelbaren Einblick in das Leben und Leiden des Proletariats und in die politischen Kämpfe der frühen Arbeiter-Organisationen zu gewähren. In der Reihe der Neuerscheinungen auf diesem Gebiet dürfen auch die von Dieter Kühn neu herausgegebenen Memoirenfragmente des Johann Most Beachtung beanspruchen, einmal, weil Most einen wenig bekannten Zweig des deutschen Sozialismus verkörpert, zum anderen, weil ihr Autor sich mit großer Virtuosität einer lebhaften, farbigen, dabei von einem bitteren Humor geprägten Ausdrucks- und Darstellungsweise bedient. Most, 1846 als Sohn einer Gouvernante und eines Advokaten-Schreibers geboren, lernte nach einer entbehrungsvollen Jugend das Buchbinderhandwerk, kam auf der Wanderschaft in der Schweiz mit dem Sozialismus in Berührung, entfaltete dann als Zeitungsredakteur eine durch etliche Haftstrafen unterbrochene Agitationstätigkeit. Von 1874 bis 1878 entsandte ihn der 16. sächsische Wahlkreis (Chemnitz) in den Reichstag. Bekannt wurde Most durch eine 1873 von ihm veröffentlichte popularisierte Ausgabe des Marxschen »Kapital« (das dadurch in seinen Aussagen – wohl entgegen Mosts Intentionen – entstellt wurde) sowie durch verschiedene Agitationsbroschüren. Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum »Sozialistengesetz« wurde von Most scharf kritisiert; von seinem Londoner Exil aus vertrat er in seiner seit Januar 1879 erscheinenden Zeitung »Freiheit« eine antiparlamentarische putschistische Taktik, die er mit Hilfe von Kaderorganisationen – wohl nach Blanquischem Vorbild – verwirklichen wollte. Auf dem Parteitag in Wyden zusammen mit seinem zeitweiligen Gesinnungsgenossen W. Hasselmann von den »Großwürdenträgern der sozialdemokratischen Kirche« (Most) ausgeschlossen, lebte er seit Ende 1882 in New York und glitt in einen fragwürdigen »kommunistischen Anarchismus« ab, der durch (verbal postulierte) Attentate gegen führende politische Persönlichkeiten eine proletarische Revolution zu entfachen hoffte. Most wurde zum Prototyp des scheinradikalen Sektierers; dies schließt nicht aus, daß er manche »revisionistische« Entwicklungen in der deutschen Arbeiterbewegung früher als andere erkannte. Er starb in gänzlicher Bedeutungslosigkeit im März 1906. Johann Most hat zu Lebzeiten in den Jahren 1886 und 1903/1905 den Teil seiner Erinnerungen, der sein Wirken in Deutschland behandelt, veröffentlicht. Es ist das Verdienst von Dieter Kühn, diese längst vergessenen, seinerzeit im Selbstverlag erschienenen Schriftchen neu ediert zu haben. Dabei ließ sich nicht vermeiden, daß – den Vorlagen entsprechend – die von Kühn miteinander verschränkten beiden Fassungen der Mostschen Memoiren abwechselnd im direkten und im indirekten Stil gehalten sind. Die an sich vertretbaren Kürzungen wurden leider vom Herausgeber nicht kenntlich gemacht. Ein Verweis auf die Seitenzahlen der Vorlagen, auf die der Historiker wohl doch

schen Rahmenbedingungen deutlich zu machen, unter denen Lange politisch handelte, die Ursachen seines Scheiterns aufzuzeigen und damit jenen Punkt der Entwicklung, an dem die Arbeiterbewegung als Klassenbewegung sich lossagte von der Führung durch bürgerliche Honoratioren, zu denen Lange zu zählen ist. Na'aman hebt wichtige Aspekte von Langes Leben und Werk aus der biographischen Vereinzelnung; er verweist andererseits auf die besonderen Bedingungen, unter denen Lange von seiner Duisburger Diaspora aus für die Belange der Arbeitervereinsbewegung eintrat und mit den von ihm initiierten Konsumvereinen im Ruhrgebiet einen möglichen Ansatzpunkt der Arbeiterselbstorganisation schuf. Eine Beurteilung der Rolle Langes in der frühen deutschen Arbeiterbewegung und der Wirksamkeit seiner Ideen wird auf die Studie Na'amans notwendig zurückgreifen müssen.

Gerhard Huck

Johann Most, Ein Sozialist in Deutschland, hrsg. von Dieter Kühn (= Reihe Hanser, Nr. 171), Carl Hanser Verlag, München 1974, 180 S., kart., 12,80 DM.

Mit Recht erfreuen sich die seit einigen Jahren wiederentdeckten Lebenserinnerungen von Symbol-Figuren der Arbeiterbewegung einer wachsenden Wertschätzung, sind sie doch geeignet, mehr als andere Schriftums-Gattungen einen unmittelbaren Einblick in das Leben und Leiden des Proletariats und in die politischen Kämpfe der frühen Arbeiter-Organisationen zu gewähren. In der Reihe der Neuerscheinungen auf diesem Gebiet dürfen auch die von Dieter Kühn neu herausgegebenen Memoirenfragmente des Johann Most Beachtung beanspruchen, einmal, weil Most einen wenig bekannten Zweig des deutschen Sozialismus verkörpert, zum anderen, weil ihr Autor sich mit großer Virtuosität einer lebhaften, farbigen, dabei von einem bitteren Humor geprägten Ausdrucks- und Darstellungsweise bedient. Most, 1846 als Sohn einer Gouvernante und eines Advokaten-Schreibers geboren, lernte nach einer entbehrungsvollen Jugend das Buchbinderhandwerk, kam auf der Wanderschaft in der Schweiz mit dem Sozialismus in Berührung, entfaltete dann als Zeitungsredakteur eine durch etliche Haftstrafen unterbrochene Agitationstätigkeit. Von 1874 bis 1878 entsandte ihn der 16. sächsische Wahlkreis (Chemnitz) in den Reichstag. Bekannt wurde Most durch eine 1873 von ihm veröffentlichte popularisierte Ausgabe des Marxschen »Kapital« (das dadurch in seinen Aussagen – wohl entgegen Mosts Intentionen – entstellt wurde) sowie durch verschiedene Agitationsbroschüren. Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum »Sozialistengesetz« wurde von Most scharf kritisiert; von seinem Londoner Exil aus vertrat er in seiner seit Januar 1879 erscheinenden Zeitung »Freiheit« eine antiparlamentarische putschistische Taktik, die er mit Hilfe von Kaderorganisationen – wohl nach Blanquischem Vorbild – verwirklichen wollte. Auf dem Parteitag in Wyden zusammen mit seinem zeitweiligen Gesinnungsgenossen W. Hasselmann von den »Großwürdenträgern der sozialdemokratischen Kirche« (Most) ausgeschlossen, lebte er seit Ende 1882 in New York und glitt in einen fragwürdigen »kommunistischen Anarchismus« ab, der durch (verbal postulierte) Attentate gegen führende politische Persönlichkeiten eine proletarische Revolution zu entfachen hoffte. Most wurde zum Prototyp des scheinradikalen Sektierers; dies schließt nicht aus, daß er manche »revisionistische« Entwicklungen in der deutschen Arbeiterbewegung früher als andere erkannte. Er starb in gänzlicher Bedeutungslosigkeit im März 1906. Johann Most hat zu Lebzeiten in den Jahren 1886 und 1903/1905 den Teil seiner Erinnerungen, der sein Wirken in Deutschland behandelt, veröffentlicht. Es ist das Verdienst von Dieter Kühn, diese längst vergessenen, seinerzeit im Selbstverlag erschienenen Schriftchen neu ediert zu haben. Dabei ließ sich nicht vermeiden, daß – den Vorlagen entsprechend – die von Kühn miteinander verschränkten beiden Fassungen der Mostschen Memoiren abwechselnd im direkten und im indirekten Stil gehalten sind. Die an sich vertretbaren Kürzungen wurden leider vom Herausgeber nicht kenntlich gemacht. Ein Verweis auf die Seitenzahlen der Vorlagen, auf die der Historiker wohl doch

zurückgreifen muß, ist nicht erfolgt. Die den Text begleitenden, spärlichen Anmerkungen des Herausgebers, die für ein breiteres Publikum gedacht sein mögen, nennen F. Lassalle mehrfach in einer falschen Orthographie (S. 26, 43, 62). Ein 56seitiges, informatives, aus dem Buch von R. Rocker (1924) schöpfendes Nachwort von Dieter Kühn berichtet vor allem über den Lebensgang des Verfassers im englischen und amerikanischen Exil und versucht sein politisches Handeln zu würdigen. Die Neuherausgabe der Erinnerungen Johann Mosts macht mit einem bemerkenswerten, wenn auch atypischen Repräsentanten der frühen deutschen Arbeiterbewegung bekannt.

Günter Bers

Franz Mehring: Anfänge der materialistischen Literaturbetrachtung in Deutschland, zusammengest. und eingel. von Theo Buck (= Literaturwissenschaft - Gesellschaftswissenschaft. Materialien und Untersuchungen zur Literatursoziologie 1), Klett Verlag, Stuttgart 1973, 115 S., kart. 8,10 DM.

Schon im Jahr 1973 hat Theo Buck seinen kleinen Mehring-Reader herausgegeben, der in zweierlei Hinsicht Beachtung verdient. Der eine Punkt, der hervorzuheben ist, ist die Form: Buck will einen wissenschaftsdidaktischen Reader liefern, der primäre und sekundäre Texte zugleich zur Verfügung stellt. Er ist dabei so vorgegangen, daß er einleitend einen Überblick über Mehrings Bedeutung und die Rezeptionsgeschichte seiner literaturkritischen Ansichten gibt. Nach einem parallelen tabellarischen Überblick über Mehrings Lebensdaten und Daten der Allgemein- und Literaturgeschichte folgt der Hauptteil. Unter dem Anspruch, eine »Beschreibung des methodischen Verfahrens von Mehring« liefern zu wollen, dokumentiert er unter einer Reihe von Schwerpunkten einmal Mehrings Vorgehensweise selbst. Er fügt weiter die je darauf bezogenen Textauszüge aus der Sekundärliteratur bei. Diesen Schwerpunktabschnitten schickt er eine kurze Einführung voraus.

Die Punkte, die er aufgreift, sind: Literaturtheoretische Ansätze, Anwendung des historischen Materialismus, Abgrenzung gegenüber der herrschenden Literaturwissenschaft, Rezeption der klassischen Literatur, Analyse bürgerlicher Dekadenz, Wertungen zeitgenössischer Literatur, Kunst und Proletariat. Der Band wird ergänzt durch eine Reihe von »Didaktischen Hinweisen: Arbeitsfragen zur Auswertung der Texte« sowie eine Bibliographie.

Alles, was von einem solchen Reader erwartet werden kann, der in didaktischer Absicht konzipiert ist, ist eine gute Textauswahl, eine gute Präsentation der Meinungen zum Gegenstand und sinnvolle und genaue informative Angaben. Diesen Anspruch hat Buck vollkommen eingelöst. Bis auf ganz seltene Ausnahmen (etwa den Hans-Mayer-Text, S. 50) sind die Textabschnitte so gewählt, daß sie trotz der notwendigen Kürze den je wesentlichen Kern der Sache auch dem Neuling plastisch zu machen vermögen. Die Informationen sind hinreichend, und die wenigen Schnitzer in den Datenangaben nicht inhaltsrelevant (»Die Internationale« erschien 1915, s. S. 33; die zitierte Leipziger Zeitung hieß auch 1918 noch »Leipziger Volkszeitung«, s. S. 34).

In einer Zeit zunehmenden Drucks der Lehrverpflichtungen sollte dieser »neue wissenschaftlich-didaktische Buchtyp«, wie Buck ihn nennt (s. Vorbemerkung), aufgegriffen werden.

Doch bietet Buck mehr als nur ein im ganzen gelungenes Exemplar eines Einführungsreaders. In seinen Texten und im Aufbau seines Buches sind Ansätze enthalten, die der seit langem in trüber Einförmigkeit der Gegensätze dahindämmenden Diskussion um Mehring originelle Gedanken hinzufügen.

Buck macht nämlich zwei Feststellungen. Die eine bezieht sich auf die Art der bisherigen wissenschaftlichen Rezeption, soweit solche überhaupt stattfand: »Bisher hat die Mehring-Forschung auf dem Gebiet des Literarischen lediglich den methodischen Ausgangspunkt untersucht und dabei eigentlich keine überzeugende Lösung gefunden« (S. 22). Das heißt, daß es unter der traditionellen Frage nach der marxistischen Ästhetik nicht gelungen ist,

zurückgreifen muß, ist nicht erfolgt. Die den Text begleitenden, spärlichen Anmerkungen des Herausgebers, die für ein breiteres Publikum gedacht sein mögen, nennen F. Lassalle mehrfach in einer falschen Orthographie (S. 26, 43, 62). Ein 56seitiges, informatives, aus dem Buch von R. Rocker (1924) schöpfendes Nachwort von Dieter Kühn berichtet vor allem über den Lebensgang des Verfassers im englischen und amerikanischen Exil und versucht sein politisches Handeln zu würdigen. Die Neuherausgabe der Erinnerungen Johann Mosts macht mit einem bemerkenswerten, wenn auch atypischen Repräsentanten der frühen deutschen Arbeiterbewegung bekannt.

Günter Bers

Franz Mehring: Anfänge der materialistischen Literaturbetrachtung in Deutschland, zusammengest. und eingel. von Theo Buck (= Literaturwissenschaft - Gesellschaftswissenschaft. Materialien und Untersuchungen zur Literatursoziologie 1), Klett Verlag, Stuttgart 1973, 115 S., kart. 8,10 DM.

Schon im Jahr 1973 hat Theo Buck seinen kleinen Mehring-Reader herausgegeben, der in zweierlei Hinsicht Beachtung verdient. Der eine Punkt, der hervorzuheben ist, ist die Form: Buck will einen wissenschaftsdidaktischen Reader liefern, der primäre und sekundäre Texte zugleich zur Verfügung stellt. Er ist dabei so vorgegangen, daß er einleitend einen Überblick über Mehrings Bedeutung und die Rezeptionsgeschichte seiner literaturkritischen Ansichten gibt. Nach einem parallelen tabellarischen Überblick über Mehrings Lebensdaten und Daten der Allgemein- und Literaturgeschichte folgt der Hauptteil. Unter dem Anspruch, eine »Beschreibung des methodischen Verfahrens von Mehring« liefern zu wollen, dokumentiert er unter einer Reihe von Schwerpunkten einmal Mehrings Vorgehensweise selbst. Er fügt weiter die je darauf bezogenen Textauszüge aus der Sekundärliteratur bei. Diesen Schwerpunktabschnitten schickt er eine kurze Einführung voraus.

Die Punkte, die er aufgreift, sind: Literaturtheoretische Ansätze, Anwendung des historischen Materialismus, Abgrenzung gegenüber der herrschenden Literaturwissenschaft, Rezeption der klassischen Literatur, Analyse bürgerlicher Dekadenz, Wertungen zeitgenössischer Literatur, Kunst und Proletariat. Der Band wird ergänzt durch eine Reihe von »Didaktischen Hinweisen: Arbeitsfragen zur Auswertung der Texte« sowie eine Bibliographie.

Alles, was von einem solchen Reader erwartet werden kann, der in didaktischer Absicht konzipiert ist, ist eine gute Textauswahl, eine gute Präsentation der Meinungen zum Gegenstand und sinnvolle und genaue informative Angaben. Diesen Anspruch hat Buck vollkommen eingelöst. Bis auf ganz seltene Ausnahmen (etwa den Hans-Mayer-Text, S. 50) sind die Textabschnitte so gewählt, daß sie trotz der notwendigen Kürze den je wesentlichen Kern der Sache auch dem Neuling plastisch zu machen vermögen. Die Informationen sind hinreichend, und die wenigen Schnitzer in den Datenangaben nicht inhaltsrelevant (»Die Internationale« erschien 1915, s. S. 33; die zitierte Leipziger Zeitung hieß auch 1918 noch »Leipziger Volkszeitung«, s. S. 34).

In einer Zeit zunehmenden Drucks der Lehrverpflichtungen sollte dieser »neue wissenschaftlich-didaktische Buchtyp«, wie Buck ihn nennt (s. Vorbemerkung), aufgegriffen werden.

Doch bietet Buck mehr als nur ein im ganzen gelungenes Exemplar eines Einführungsreaders. In seinen Texten und im Aufbau seines Buches sind Ansätze enthalten, die der seit langem in trüber Einförmigkeit der Gegensätze dahindämmernden Diskussion um Mehring originelle Gedanken hinzufügen.

Buck macht nämlich zwei Feststellungen. Die eine bezieht sich auf die Art der bisherigen wissenschaftlichen Rezeption, soweit solche überhaupt stattfand: »Bisher hat die Mehring-Forschung auf dem Gebiet des Literarischen lediglich den methodischen Ausgangspunkt untersucht und dabei eigentlich keine überzeugende Lösung gefunden« (S. 22). Das heißt, daß es unter der traditionellen Frage nach der marxistischen Ästhetik nicht gelungen ist,

Mehring's Werk aufzuschließen. Die andere Feststellung bezieht sich auf Mehring's Literaturkritik selbst: »Literaturkritik faßt Mehring deutlich als Zweig der Historiographie auf. Literatur mithin als historisches Material« (S. 37). Literaturgeschichte ist demnach, so muß man folgern, für Mehring ein Stück Ideologieggeschichte, eine sozialgeschichtliche Betrachtungsweise, die Bewußtseinsstrukturen erschließen soll. Weitergedacht bedeutet dies, daß Mehring in der Literaturbetrachtung die Dimensionen des Künstlerischen auseinandergebrochen sind in einen Zweig Ideologieggeschichte sozialer Gruppen und eine Reihe von fragmentarischen Betrachtungen über Ästhetik. Dies bestätigt Mehring's Selbstanspruch. Er schreibt in einem von Buck zitierten Abschnitt seiner »Ästhetischen Streifzüge«: »Das Problem einer wissenschaftlichen Ästhetik besteht dann in der Frage, ob eine wissenschaftliche Geschichte des ästhetischen Gefühls, wie es sich in der menschlichen Gesellschaft entwickelt und gewandelt hat, geschrieben werden kann, ob sich in dem unabsehbaren und unendlichen Durcheinander des subjektiven Geschmacks nicht objektive Bestimmungsgründe eines solchen Gefühls durchsetzen. Wer auf dem Boden des historischen Materialismus steht, wird die Frage bejahen« (S. 55). Diese postulative und prämissenhafte Formulierung war kein Understatement. Mehring hat eine solche Geschichte nie geschrieben.

Buck's Feststellung zielt darauf, daß Mehring's literaturtheoretische Beiträge keine systematische Ästhetik und seine literaturhistorischen Beiträge keine immanente Ästhetik enthalten, die man problemlos systematisieren kann. Buck zeigt damit, daß Mehring – unter je aktuellem Aspekt in sehr konkreten politischen Auseinandersetzungen – gegen den Strich gelesen worden ist. Mehring sollte unter der Frage nach einer wie auch immer richtigen Ästhetik geschrieben haben; was seine Schriften selbst nicht enthalten, wozu er allenfalls Anfänge beitrug. Das nach späterer Meinung Fehlende oder Falsche wurde ihm als Versagen angerechnet.

Es ist nicht verwunderlich, daß Buck in der Lage ist, diese Problematik festzustellen, wenn man gleich in den einleitenden »Lebenslinien« zur Kenntnis nimmt, wie es ihm gelingt, aus der Fülle der jeweils einseitig engagierten Forschungsmeinungen eine Vorstellung von Mehring zu entwickeln, die auf Plausibilität der Entwicklung der Gesamtperson achtet. Es ist in beiden Fällen das über allen Fragen und damit Anforderungen an die Geschichte doch wirkliche Ernstnehmen der historischen Situation in ihrer Eigenbedingtheit, das Buck weitersehen läßt.

Es ist wohl den eingefleischten Traditionen der Forschung zur Marxrezeption wie dem Forschungsstand zuzuschreiben, daß er diese Qualität nicht immer durchhält. Die Einzelprämissen der Ästhetikauffassung, die jemand hat, fallen unter die gleiche Problematik wie die Globalfrage nach der Ästhetik: Man kann letztlich nur das interpretieren, was man vorfindet. Mehring's Haltung zu »philosophischen Hirnwebereien«, seine Erkenntnistheorie, sein Kantbezug sind fruchtbarer, als es eine an einer einseitigen Rezeption der Kautsky-Leninschen Vorstellungen zu dieser Frage orientierte Marx-Orthodoxie in der Forschung herausgearbeitet hat, und es trägt wenig aus, solche sein Denken konstituierenden Prämissen als Vorwurf gegen ihn zu richten, selbst wenn man dann, wie Buck es tut, die Ansichten mit der damaligen historischen Situation entschuldigt. Wenn Buck schließlich die Beziehung Sein-Bewußtsein bei Mehring als bloße Analogie bezeichnet, so sind die Alternativen, die er anbietet, sprachlich anders, aber nicht deutlicher gefaßt.

Sein anregender Beitrag ist einschlägig Interessierten zu empfehlen.

Monika Kramme

Kurt Eisner, Sozialismus als Aktion. Ausgewählte Aufsätze und Reden, hrsg. von Freya Eisner (= edition suhrkamp 773), Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1975, 153 S., kart., 6 DM.

Im Laufe der in den letzten Jahren intensivierten Erforschung der deutschen und bayerischen Revolution hat sich die Geschichtswissenschaft auch sehr eingehend mit der Person Kurt Eisners beschäftigt<sup>1</sup>. Eisner war vor 1914 ein dem revisionistischen Parteiflügel nahestehender Parteintelktueller, langjähriger Redakteur des »Vorwärts« und der Nürnberger »Fränkischen Tagespost«. Im Gegensatz zu den meisten Parteiführern erkannte er schon sehr frühzeitig die Gefahren des deutschen Imperialismus für den Weltfrieden. Aus seiner pazifistischen Grundhaltung heraus wurde er im Weltkrieg zum Anführer der Münchener Parteiopposition, 1917 Mitbegründer der USPD und am 7. November 1918 Initiator des Putsches der Münchener Ersatztruppenteile, der der bayerischen Monarchie ein Ende bereitete. Am 21. Februar 1919 wurde er, der erste Ministerpräsident des »Volksstaates Bayern«, von einem reaktionären Offizier ermordet.

Als Redakteur und Literat war Eisner sehr produktiv. Er selbst bereitete noch eine zwei-bändige Sammlung seiner kleinen Schriften vor, die dann nach seinem Tode in Berlin erschien<sup>2</sup>. Eine Zusammenstellung von Stellungnahmen zur Revolution wurde im gleichen Jahr in München publiziert<sup>3</sup>. Im Jahre 1969 gaben Renate und Gerhard Schmolze »Gesammelte Aufsätze und Reden« Eisners heraus<sup>4</sup>. Obwohl der Haupttitel der Edition »Die halbe Macht den Räten« auf sein Wirken in der Revolution hinweist, ist der politischen Tätigkeit des ersten republikanischen Ministerpräsidenten Bayerns nur ein sehr kleiner Teil dieser Schrift gewidmet. Das Hauptinteresse der Herausgeber und des Verlages galt offensichtlich dem stark von Kant geprägten Literaten. Deshalb ist die hier anzuzeigende Auswahl-edition des Suhrkamp Verlages, die Eisners Enkelin Freya zusammenstellte, als wertvolle Ergänzung zu begrüßen, da sie vor allem dem aktiven Politiker Eisner gewidmet ist.

Leider beschränkt sich die Herausgeberin auf wenige kurze sachliche Anmerkungen zu den Texten, auf eine Zusammenstellung der Lebensdaten und wichtigsten Schriften Eisners sowie eine nur zweiseitige Nachbemerkung mit kurzen, nicht überzeugenden Hinweisen auf Eisners angebliche innerparteiliche Stellung zwischen Orthodoxie und Revisionismus. Noch mehr als einen kritischen Kommentar vermißt man eine Auswahlbibliographie. In der jetzigen Form ist die Edition vor allem für den mit der Geschichte der bayerischen und deutschen Revolution bereits vertrauten Leser von Wert. Ihm bietet sie einige wichtige Texte, die zwar alle bereits gedruckt, aber oftmals nur sehr schwer auffindbar sind. Erwähnt seien die Auszüge aus dem »Gefängnistagebuch« vom Februar 1918<sup>5</sup>, in denen sich Eisner, der wegen seiner Aktivität als Streikführer bis zum Oktober in Haft war, mit dem Januarstreik in München beschäftigte. Weiter sind einige Stellungnahmen während seiner Tätigkeit als Ministerpräsident über die Aufgaben der Räte von großer Wichtigkeit. Für den mit dem historischen Hintergrund weniger Vertrauten kann die Lektüre der hier abgedruckten Aufsätze und Reden allerdings nur eine erste Bekanntschaft mit einer der wichtigsten Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie während der Revolutionszeit vermitteln. Eine kritische Edition der wichtigsten Reden und Schriften Eisners bleibt weiterhin eine Aufgabe für die Geschichtswissenschaft.

Willy Albrecht

1 Vgl. Franz Schade, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Hannover 1961. Alan Mitchell, Revolution in Bayern 1918/19, München 1967; Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, München 1969.

2 Kurt Eisner, Gesammelte Schriften, 2 Bde., Berlin 1919.

3 Kurt Eisner, Die neue Zeit, 1. und 2. Folge, München 1919.

4 Kurt Eisner, Die halbe Macht den Räten. Ausgewählte Aufsätze und Reden, hrsg. von Renate und Gerhard Schmolze, Köln 1969.

5 Teile des »Gefängnistagebuches« wurden bereits von Annelies Laschitzka, zusammen mit Briefen Eisners aus den Jahren 1915 – 1918, in: BZG IX, 1967, S. 454 – 489, wiederabgedruckt.

Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter. Herausgegeben vom Centralcomité für die deutschen Arbeiter. Redigiert von Stefan Born, Franz Schwenniger, Karl Gangloff, Jahrgang 1 – 3 (3. Oktober 1848 – 29. Juni 1850). Unveränderter Nachdruck mit einer Einleitung von Rolf Weber, Zentralantiquariat der DDR, Leipzig 1975, XX, 522 und 204 S., Ln., 190 M.

Mit diesem Reprint der »Verbrüderung« wird dem Historiker der deutschen Arbeiterbewegung während der Revolution von 1848/49 und in der ersten postrevolutionären Phase eine einzigartige Quelle gebunden in die Hand gegeben, die er bisher nur unter sehr großen Schwierigkeiten in diversen Bibliotheken und Archiven einsehen konnte. Mit der »Neuen Rheinischen Zeitung« von Marx und Engels (zeitlich weit über sie hinausgreifend) bietet sie wie kein anderes Publikationsorgan Aufschlüsse über den politischen und sozialen Reifeprozess der deutschen Arbeiter (= vorwiegend Handwerksgesellen, aber auch schon Fabrikarbeiter), über ihre Organisationsbemühungen auf lokaler und regionaler Ebene sowie ihre Zentralisationserfolge in dem im Frühjahr 1849 immerhin 12.000–15.000 Mitglieder starken ersten »Massen«verband der »Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung«, von deren in Leipzig angesiedeltem Zentralkomitee »Die Verbrüderung« redigiert wurde. Einerseits bietet das Verbandsorgan Gelegenheit, in den zahlreichen taktisch-strategischen und theoretischen Fragen gewidmeten Leitartikeln den sich mit fortschreitender politischer und ökonomischer Entwicklung und auch durch Kontakte mit dem Bund der Kommunisten wandelnden ideologischen Lernprozess der in der »Verbrüderung« führenden Männer (Stephan Born, Franz Schwenniger, Karl Gangloff, Julius Schanz) zu verfolgen. Andererseits – und dies dürfte die wichtigere Funktion dieses Reprints sein – lassen sich anhand der schier zahllosen Vereinsnachrichten etc. Konstituierung und Bewußtwerdung der elementaren deutschen Arbeiterbewegung dieser Jahre (von der »Verbrüderung« sowohl mit hervorgerufen wie auch vice versa sie tragend) in der Vielfalt ihrer Äußerungen so komprimiert nachvollziehen wie sonst nirgendwo. Rolf Weber bietet dem Leser einen kurzen, pointierten und sehr informativen Einstieg in die Entwicklung dieser zweimal wöchentlich erscheinenden Verbandszeitschrift, ohne deren genaue Durchforstung eine ernsthafte Beschäftigung mit der Arbeiterbewegung der Jahre 1848–1850 nicht denkbar ist.

Dieter Dowe

Annals of Labour. Autobiographies of British working-class people, 1820 – 1920, ed. by John Burnett, Indiana University Press, Bloomington/London 1974, 364 S., Ln., \$ 10.95.

Georg Bollenbeck, Zur Theorie und Geschichte der frühen Arbeiterlebenserinnerungen (= Theorie, Kritik, Geschichte, Bd. 11), Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1976, 372 S., kart., 38 DM.

Es kann nützlich sein, unterschiedliche nationale Forschungsansätze zum gleichen Gegenstand zu vergleichen. Die vor einiger Zeit erschienene Sammlung britischer Arbeitermemoiren, die John Burnett zusammengestellt und kommentiert hat, gibt zugleich mit dem Erscheinen der Dissertation Georg Bollenbecks eine solche Gelegenheit. Dabei muß auf einen grundsätzlichen Unterschied hingewiesen werden. Burnett ist Sozialhistoriker. Bollenbeck setzt dagegen die seit einiger Zeit in der Bundesrepublik bestehende Linie der literaturwissenschaftlichen Auswertung von Arbeitererinnerungen fort.

Burnett geht entsprechend in seinem die Edition begründenden und ausführlich kommentierenden Text auf Probleme, die sich Bollenbeck stellen, nicht ein: Für ihn braucht sein Gegenstand nicht gattungsbegrifflich von bürgerlichen Memoiren abgegrenzt zu werden. Er ist für ihn vielmehr eine ausgesprochen nützliche, viel zu wenig beachtete Quellengruppe, die, was die Subjektivität anbelangt, die Probleme und Vorteile der Gruppe »Autobio-

Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter. Herausgegeben vom Centralcomité für die deutschen Arbeiter. Redigiert von Stefan Born, Franz Schwenniger, Karl Gangloff, Jahrgang 1 – 3 (3. Oktober 1848 – 29. Juni 1850). Unveränderter Nachdruck mit einer Einleitung von Rolf Weber, Zentralantiquariat der DDR, Leipzig 1975, XX, 522 und 204 S., Ln., 190 M.

Mit diesem Reprint der »Verbrüderung« wird dem Historiker der deutschen Arbeiterbewegung während der Revolution von 1848/49 und in der ersten postrevolutionären Phase eine einzigartige Quelle gebunden in die Hand gegeben, die er bisher nur unter sehr großen Schwierigkeiten in diversen Bibliotheken und Archiven einsehen konnte. Mit der »Neuen Rheinischen Zeitung« von Marx und Engels (zeitlich weit über sie hinausgreifend) bietet sie wie kein anderes Publikationsorgan Aufschlüsse über den politischen und sozialen Reifeprozess der deutschen Arbeiter (= vorwiegend Handwerksgesellen, aber auch schon Fabrikarbeiter), über ihre Organisationsbemühungen auf lokaler und regionaler Ebene sowie ihre Zentralisationserfolge in dem im Frühjahr 1849 immerhin 12.000–15.000 Mitglieder starken ersten »Massen«verband der »Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung«, von deren in Leipzig angesiedeltem Zentralkomitee »Die Verbrüderung« redigiert wurde. Einerseits bietet das Verbandsorgan Gelegenheit, in den zahlreichen taktisch-strategischen und theoretischen Fragen gewidmeten Leitartikeln den sich mit fortschreitender politischer und ökonomischer Entwicklung und auch durch Kontakte mit dem Bund der Kommunisten wandelnden ideologischen Lernprozess der in der »Verbrüderung« führenden Männer (Stephan Born, Franz Schwenniger, Karl Gangloff, Julius Schanz) zu verfolgen. Andererseits – und dies dürfte die wichtigere Funktion dieses Reprints sein – lassen sich anhand der schier zahllosen Vereinsnachrichten etc. Konstituierung und Bewußtwerdung der elementaren deutschen Arbeiterbewegung dieser Jahre (von der »Verbrüderung« sowohl mit hervorgerufen wie auch vice versa sie tragend) in der Vielfalt ihrer Äußerungen so komprimiert nachvollziehen wie sonst nirgendwo. Rolf Weber bietet dem Leser einen kurzen, pointierten und sehr informativen Einstieg in die Entwicklung dieser zweimal wöchentlich erscheinenden Verbandszeitschrift, ohne deren genaue Durchforstung eine ernsthafte Beschäftigung mit der Arbeiterbewegung der Jahre 1848–1850 nicht denkbar ist.

Dieter Dowe

Annals of Labour. Autobiographies of British working-class people, 1820 – 1920, ed. by John Burnett, Indiana University Press, Bloomington/London 1974, 364 S., Ln., \$ 10.95.

Georg Bollenbeck, Zur Theorie und Geschichte der frühen Arbeiterlebenserinnerungen (= Theorie, Kritik, Geschichte, Bd. 11), Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1976, 372 S., kart., 38 DM.

Es kann nützlich sein, unterschiedliche nationale Forschungsansätze zum gleichen Gegenstand zu vergleichen. Die vor einiger Zeit erschienene Sammlung britischer Arbeitermemoiren, die John Burnett zusammengestellt und kommentiert hat, gibt zugleich mit dem Erscheinen der Dissertation Georg Bollenbecks eine solche Gelegenheit. Dabei muß auf einen grundsätzlichen Unterschied hingewiesen werden. Burnett ist Sozialhistoriker. Bollenbeck setzt dagegen die seit einiger Zeit in der Bundesrepublik bestehende Linie der literaturwissenschaftlichen Auswertung von Arbeitererinnerungen fort.

Burnett geht entsprechend in seinem die Edition begründenden und ausführlich kommentierenden Text auf Probleme, die sich Bollenbeck stellen, nicht ein: Für ihn braucht sein Gegenstand nicht gattungsbegrifflich von bürgerlichen Memoiren abgegrenzt zu werden. Er ist für ihn vielmehr eine ausgesprochen nützliche, viel zu wenig beachtete Quellengruppe, die, was die Subjektivität anbelangt, die Probleme und Vorteile der Gruppe »Autobio-

graphie« überhaupt teilt. Genauer Wissen über die Lebensbedingungen der sozialen Gruppe, aus der der Schreiber stammt, ermöglicht allerdings, auch seine Biographie genauer in ihrem generalisierbaren Aussagewert zu bestimmen.

Die Sammlung enthält nur zum Teil schon gedruckte, meist entlegene erschienene Beispiele. Dreizehn der insgesamt siebenundzwanzig Auszüge oder Kurzberichte waren unpubliziert und sind als Antwort auf Zeitungsaufträge an den Herausgeber gelangt. Aus dem auf diese Weise zustande gekommenen umfangreichen Ausgangsmaterial hat Burnett solche Beispiele berücksichtigt, die die Arbeit selbst mitschildern. Das war bei den meisten Berichten nicht der Fall. Da der schreibende Arbeiter aber an sich schon untypisch ist, betont Burnett den bedingten Aussagewert der Erinnerungen für Generalisierungen. Als sozialgeschichtliche Quelle können sie die klassischen Quellen (Parlamentsberichte, zeitgenössische Untersuchungen) nicht ersetzen, sie können aber das Bild modifizieren.

Diesem Vorverständnis folgt der Aufbau der drei Abschnitte »Labouring Classes«, »Domestic Servants« und »Skilled Workers«. Burnett hat diesen Textgruppen jeweils eine Einleitung vorausgeschickt, in der er den Kontext zur allgemeinen Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der betreffenden Gruppen herstellt. Er gibt einen Abriß der Industrialisierung, der Wirkung auf die Arbeit und die Arbeiter in zeitlicher und gruppenbezogener Differenzierung, der Betriebsgrößen und -arten, der Ausbildungsverhältnisse etc. Auf den historischen Überblick über die Lage und Arbeitsbedingungen der Dienstboten sei besonders hingewiesen, weil hier wohl ein besonderes Informationsdefizit besteht. Weniger stark in diesen Einleitungen vertreten ist das auch in den Texten nur als vereinzelt biographisches Moment auftauchende Protestverhalten. Die Sammlung verweist damit auf den Umstand, daß die meisten der »working-class people« nicht direkt protestierten.

Die Texte beziehen sich inhaltlich auf den Zeitraum des zweiten Jahrzehnts des neunzehnten bis zum dritten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts. Sie reichen vom Zeugnis eines unbekanntem Arbeiters bis zu den Erinnerungen der Frau eines späteren Ministers und denen eines königlichen Kochs. Zusammen mit den ausgesprochen verständlich geschriebenen und informativen Einleitungen bilden sie eine ausgezeichnete Einführung in die Geschichte der Arbeiter jener hundert Jahre in England.

Gemessen an dieser instrumentell-sozialgeschichtlichen Sicht auf die Arbeitermemoiren setzt sich *Bollenbeck* einen anderen Anspruch. Er will anhand der von ihm herangezogenen und referierten Beispiele aus den seinerzeit selbständig erschienenen Arbeitererinnerungen zu einer »Theorie« der Arbeiterlebenserinnerungen beitragen. Wenn sein Ergebnis nicht zufriedenstellt, so liegt dies nicht an dem literaturwissenschaftlichen Ausgangspunkt. Zwar ist die in die Arbeit eingestreute normative Diskussion um die Gattungszuordnung der Arbeitererinnerungen, gemessen an der bürgerlichen Memoirentradition, nicht der glücklichste Einstieg. Bernd Witte hat in seinem kurzen Beitrag, mit dem er seine gerade erschienene Anthologie »Deutsche Arbeiterliteratur von den Anfängen bis 1914« (Reclam, 1977) einleitet, gezeigt, wie fruchtbar Kenntnisse des Gegenstandes, des sozialen Umfeldes und der Tradition »hoher« literarischer Produktion miteinander verwendet werden können.

Bei *Bollenbeck* wirkt die Gattungsdiskussion eher wie eine mit dem Untersuchungsverlauf kaum verbundene Pflichtübung. Nicht sie steht im Mittelpunkt der Theoriebildung, sondern der Versuch, eine bestimmte Auswahl von Erinnerungstexten als Indikatoren für ein im Vorhinein schon beschriebenes übersubjektives Arbeiterbewußtsein zu nutzen.

Die für ihn nicht nur den Begriff »Arbeiter« konstituierende, sondern lebensgeschichtlich prägende Grundbedingung der Arbeiterexistenz ist die Stellung im Produktionsprozeß. Wesentlich für die Auswertung der Memoiren ist, daß diese Grundbedingung nicht irgendwie subjektiv erfahren, sondern über den »wissenschaftlichen Sozialismus« vermittelt werden muß: »Die Erinnerungen klassenbewußter Arbeiter könnten den Trugschluß aufkommen lassen, als gäbe es eine proletarische Kultur, deren Substrat, die proletarische Lebensweise, besondere Talente unmittelbar hervorbringe. Die krude undialektische Trennung

der Milieutheorie von Individuum und Gesellschaft wäre dann umgestülpt: nun produzieren die Umstände besonders kulturfähige und klassenbewußte Individuen. [...] Es entstünde die Illusion, als gäbe es zwischen sozialistischem Denken und bürgerlichem ein drittes, das proletarische Denken« (S. 18). Diese Argumentation gegen den Proletkult, die Bollenbeck hier über die »Kunst« hinaus auf Erinnerungen ausdehnt, enthält sein entscheidendes Vorstellungsmuster. Er grenzt sich ab vom »Pseudoobjektivismus, der Leben mit Erlebnis identifiziert und das als wahr ausgibt, was das Individuum aus häufig beschränkter Perspektive mitteilt« (S. 25). Die Frage ist nur, wie die »Wahrheit« von Lebenserinnerungen dann festgestellt werden soll. Hier hat die Vorstellung von einer verbindlich beschreibbaren Gattung ihre immanente Bedeutung. Es geht um Repräsentanz. In diesem Begriff treffen sich normative inhaltliche Ausgrenzung und Vorverständnis, was die Arbeiterklasse ist und sein soll. Der in den Erinnerungen fixierte subjektive Erlebnishorizont ist dafür nur das sekundäre Belegmaterial. »Wahr« ist, was mit Hilfe des Intellektuellenwissens aus der Geschichte als deren Verlauf herausgelesen wird. Die Vermittlungsinstanz ist die Arbeiterbewegung, »die auch theoretische Kenntnisse in die Köpfe der Arbeiter hineinträgt« (S. 59 f., ähnlich S. 65, 126, 161, 180, 186 usw.). Das Bild vom Arbeiter wird analytisch aus der Marxschen Abstraktion des kapitalistischen Produktionsprozesses gewonnen, das empirische Arbeiterbewußtsein erscheint dagegen als Abweichung. Bollenbeck sieht diese beiden Positionen als Endpunkte und den Raum dazwischen als den »Entwicklungsraum« der Arbeiter, der der Klasse gemeinsam ist. Wieweit ein Arbeiter auf dem Wege der Aneignung dieses Fonds vorangekommen ist, bestimmt den Bewältigungsgrad seines Lebens und die Repräsentanz seiner Erinnerungen. Umgekehrt werden bei diesen Grundannahmen Arbeitererinnerungen zum Gegenstand, an dem der Grad der Aneignung des »wissenschaftlichen Sozialismus« überprüft und eine entsprechende Bemessung vorgenommen werden kann. Was einer sich selbst gedacht hat, warum er bestimmte Literatur rezipiert haben mag, hat als solches keinen Untersuchungswert, da es »proletarisches« Denken nicht gibt, immer nur den über die Arbeiterbewegung vermittelten Weg zum Sozialismus.

Nach der einleitenden Vorstellung dieser Theorie durch Bollenbeck scheint es so, als bliebe es eine Frage der Zustimmung zu seinen Prämissen, ob man die Ergebnisse der Untersuchung teilt oder nicht. Dieser Eindruck wird unterstützt durch seine gute und gründliche Textkenntnis und sein Vermögen, die darin zum Ausdruck kommenden Verarbeitungsunterschiede genau zu unterscheiden. So macht er auf der Ebene der Textinterpretation ausgesprochen einleuchtende Differenzierungen. Er grenzt solche Erinnerungen aus, die noch eindeutig handwerkliche Produktionsweise reflektieren und deren Erwartungshorizont ganz darauf bezogen bleibt. Er faßt andererseits Erinnerungen zusammen, in denen die moderne lohnabhängige Existenz vorherrscht. Als dritte Gruppe nimmt er die Lebenserinnerungen der Arbeiterfunktionäre, die in ihren Texten nicht mehr auf den Erfahrungsfonds der Arbeiterklasse zurückgreifen, sondern den Prozeß ihrer Organisierung beschreiben.

Sein Vorverständnis wird da zum Problem, wo es um Repräsentanz in konkreter Anwendung auf die Erinnerungen geht. Von vornherein wendet er sich scharf gegen »Aufstiegsillusionen« und alle Vorstellungsrichtungen, die den »Klassenantagonismus« nicht entsprechend in den Mittelpunkt stellen. Er sieht sie als kleinbürgerliche, von außen an die Arbeiter herangetragene Ideologie. Aufgrund dieser Vorstellung gemessen, bleibt ihm unter den vielen Beispielen, die er heranzieht, praktisch niemand, der Arbeitererinnerungen im Sinn dieser Repräsentanz geschrieben hätte: Weder ein Leben als Arbeiter (C. Fischer) noch die Herkunft aus proletarischem Elternhaus (z. B. Bromme, Holec, Popp, Baader) können diese Repräsentanz gewähren. Dies können auch nicht der Anschluß an die Arbeiterbewegung und die lebenslängliche Bindung an sie: Proletarierexistenz, bewältigt durch den Eintritt in die Arbeiterbewegung, durch den gemeinsamen Kampf für die Emanzipation der Klasse. Nur der 1909 gestorbene F. Rehbein, der am Schluß der Untersuchung eine Ru-

brik für sich bildet, hat diese Repräsentanz seiner Erinnerungen aufgrund der Gestaltung seines Lebens erreicht. Einzig hier handelt es sich um »die Einheit von Allgemeinem und Besonderem, von kollektiver Emanzipation und seiner individuellen Entwicklung« (S. 339). Der Grund der Unterscheidung zwischen Bromme und Rehbein ist deutlich ausgesprochen. Im Gegensatz zum vorher gestorbenen Rehbein erlebte Bromme die Spaltung der Sozialdemokratie. Wie alle bei der Arbeiterbewegung gebliebenen Verfasser von Arbeitererinnerungen hat er sich von der alten Partei nicht abgewendet (s. S. 184). Sie haben, was Bollenbeck unter »Wissenschaftlichem Sozialismus« versteht, bei dem den Arbeitern die Rolle zugedacht ist, keine »Aufstiegsillusionen« zu haben (S. 27) und auf der vollen Existenz des Klassenantagonismus zu bestehen, nicht geteilt. Bollenbeck beklagt entsprechend die verhängnisvolle Desorientierung der Arbeiterintelligenz. Er gibt die bekannte Schilderung von der zunehmend reformistisch werdenden Sozialdemokratie, in der Kulturfragen dem »Selbstlauf« überlassen blieben und dementsprechend eine Schulung im wissenschaftlichen Sozialismus nicht stattfand. Statt dessen lösten sich die Führer bzw. Parteifunktionäre von der »proletarischen Lebensweise« und unterlagen damit dem »entscheidenden Einfluß von Ideologien, die nicht dem Proletariat zeigen, was es ist, was es demgemäß zu tun hat« (S. 186).

Hier werden eigene, analytisch gewonnene Vorstellungen, was hätte sein sollen, und die in den Erinnerungen ausgebreitete Erfahrungsebene so weit ineingesetzt, daß nicht nur Bromme für fehlende Schilderungen des Parteilebens getadelt wird, sondern auch Gründe entwickelt werden, wie dies zu erklären sei: durch Eingriff des Herausgebers Göhre (S. 174 f.). Es ist nur so, daß diese inhaltlichen Debatten (Vollmars Eldorado-Rede, Revisionismus) auf dieser Ebene der Partei, den einzelnen Wahlvereinen, nicht ausgefochten wurden. Bollenbeck hat eine Vorstellung von der Intensität und Dichte der Vereinsorganisation der Sozialdemokratie der neunziger Jahre, die bei weitem übertrieben ist.

Dies wirft ein Licht auf die Konsequenz, die es haben kann, wenn eine eigene, sehr genau bestimmte theoretische Interpretation der Welt zum verbindlichen Sinn der Geschichte erklärt wird: Die Arbeitererfahrung, in den Erinnerungen berichtet, dient nur der Illustration dessen, was man schon besser weiß. Gemessen an der eigenen Theorie kann die Erfahrung der Betroffenen minderwertig, falsch sein. Deswegen können Autoren, die die richtige Wahl der Partei nicht trafen, als weniger »repräsentativ« ausgegliedert werden. Deswegen können Arbeiter als Objekte falscher oder richtiger Beeinflussung dargestellt werden. Trotz aller gelegentlichen Verweise auf mögliche soziale Bezüge (grob genug: der Reformismus als im Handwerk verankert, S. 93) bleibt das alles beherrschende Erklärungsmoment für die nicht der Theorievorstellung Bollenbecks entsprechenden Ansichten in seinen Texten: die Ideen. Der Einfluß Lassalles und kleinbürgerlichen Aufstiegsdenkens wird als falsche, der eigentlichen Arbeiterklasse von außen nahegebrachte Ideologie zur Ursache der unterschiedlichen Orientierung der Arbeiter. Wenn das Vorurteil so weit fortgeschritten ist, daß die Frage nach den inhaltlichen Gründen für gerade diese bestimmte Rezeption oder Orientierung nicht mehr aufkommt, wenn Arbeiter gesehen werden »as passive creatures, uninteresting save when they rebel against industrial capitalism« (Peter N. Stearns), so ist doch der nächste Schritt, den Bollenbeck tut, die endgültige Ignorierung der Fakten, nicht selbstverständlich.

Die Bezeichnung »Arbeiterkorrespondenten« für die bekannte Beteiligung von Arbeitern an den sozialdemokratischen Zeitungen und ihren Aufstieg bis zum Redakteur in den neunziger Jahren mag nur eine ungerechtfertigte begriffliche Rückspiegelung sein (s. S. 159, 338). Die folgende Argumentation wirkt schon eher peinlich. Zum Beleg für seine Hypothese, daß es die Lassalleaner seien, die die unter Arbeitern bestehenden Vorstellungen von der Rolle der Frau negativ bestimmten, zitiert er in der Meinung, einen lassalleanisch geprägten Beleg vor sich zu haben, die Denkschrift der Internationalen Arbeiterassoziation von 1866, um dann zu folgern: »Erst mit der Zurückdrängung des Lassalleanismus und der wachsenden

Bedeutung des Marxismus für die deutsche Arbeiterbewegung setzt ein Wandel im Frauenbild ein« (S. 289 f.).

Diese kühne Ignorierung der bekanntesten Tatsachen der Arbeiterbewegung zugunsten des eigenen Vorurteils unterläuft Bollenbeck auch bei der Einordnung des Lebens eines seiner Hauptbezugsautoren. Bebel, bekanntlich Drechslermeister mit eigenem Betrieb, ist für Bollenbeck »proletarisierter Handwerker«, dessen sozialistischer Standpunkt die »Reproduktion bürgerlicher Erfolgsideologeme« verhindert und »proletarische Lebensweise frisch« hält: »Die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung ist für den Berufsrevolutionär Bebel optimale Voraussetzung für ihre Bekämpfung« (s. S. 303 f.). Ähnlich lesen sich Bollenbecks Ausführungen über die Entwicklung vom Mittelalter bis zur Neuzeit, die er in seine Darstellung einschleibt, um den verbindlichen Ablauf der Geschichte zu demonstrieren: Es kam im Mittelalter nicht zur Kapitalakkumulation, weil die »parasitären Feudalherren« das Mehrprodukt »flott konsumierten« (s. S. 149).

Schon die Konzeption des Buches ist einseitig. Bollenbeck hat Beispiele ausgewählt, die in bürgerlichen Verlagen publiziert wurden. Dies gibt ihm Gelegenheit, in ausgesprochen pauschalisierender Form das Interesse am Leben der Arbeiter, wie es nach der Jahrhundertwende im Bürgertum zunahm, zu diffamieren (In diesem Zusammenhang spricht er schließlich vom »weitherzigen Kulturkorsett des Bürgertums«, S. 249) und den »Selbstlauf« der Kulturpolitik der Sozialdemokratie anzuprangern. Auf die Fülle von Erinnerungen, die in der Arbeiterpresse steckt und die dort mit Wirkungsabsicht steht, geht er nicht ein. Lange und teure Erinnerungen fanden aber, so zitiert er gelegentlich Franz Mehring, sowieso keine Arbeiterleser. Er hat sich also im wesentlichen mit dem Teil der Erinnerungen auseinandergesetzt, der an ein bürgerliches Publikum gerichtet war, den in der Presse der Sozialdemokratie, dem Kommunikationsmittel der frühen Arbeiterbewegung, enthaltenen Bestand ignoriert. Es ist schließlich anzumerken, daß im Text nicht nur Worte, sondern halbe Druckzeilen fehlen (s. S. 287, 321) und die bibliographischen Angaben z. T. unvollständig sind. Zu den Protokollen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei im Literaturverzeichnis fehlt sogar der Name der Partei.

Monika Kramme

Thomas Blanke / Rainer Erd / Ulrich Mückenberger / Ulrich Stascheit (Hrsg.), Kollektives Arbeitsrecht. Quellentexte zur Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland, Bd. 1: 1840 bis 1932; Bd. 2: 1933 bis 1974 (= rororo studium 74 und 75), Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 1975, 299 und 315 S., kart., 15,80 DM und 16,80 DM.

Die Sammlung zum kollektiven Arbeitsrecht bietet weit mehr als nur historische Texte zur Rechtsentwicklung in Deutschland. Entsprechend der Grundauffassung der Herausgeber, die das Arbeitsrecht »als Ausdruck und Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen« begreifen (Bd. 1, S. 13), haben sie versucht, die Textauswahl als »ein Lesebuch zur Geschichte der Arbeiterbewegung« (Bd. 1, S. 15) zu gestalten.

Dieser zurückhaltend formulierte Anspruch wird durch die überaus reichhaltige Quelldokumentation voll eingelöst. Die Herausgeber haben sich nicht auf den Abdruck solcher Texte beschränkt, deren Rechtsqualität unmittelbar einsichtig ist. Neben Gesetzen, Verordnungen und Gerichtsurteilen finden sich auch Parlamentsreden, wissenschaftliche Darstellungen, Gewerkschaftsresolutionen und die Einschätzung der arbeitsrechtlichen Entwicklung durch beteiligte Zeitgenossen.

Diese begrüßenswerte Vielfalt ermöglicht, jedenfalls für den Sachkenner, eine rasche Orientierung über den Kontext der politischen Entwicklung, in den die jeweilige Form der Gestaltung des kollektiven Arbeitsrechts zu stellen ist.

Die Entscheidung der Herausgeber, eine möglichst große Zahl von Dokumenten aufzunehmen (insgesamt handelt es sich um mehr als 270 Texte), hat allerdings die problematische

Bedeutung des Marxismus für die deutsche Arbeiterbewegung setzt ein Wandel im Frauenbild ein« (S. 289 f.).

Diese kühne Ignorierung der bekanntesten Tatsachen der Arbeiterbewegung zugunsten des eigenen Vorurteils unterläuft Bollenbeck auch bei der Einordnung des Lebens eines seiner Hauptbezugsautoren. Bebel, bekanntlich Drechslermeister mit eigenem Betrieb, ist für Bollenbeck »proletarisierter Handwerker«, dessen sozialistischer Standpunkt die »Reproduktion bürgerlicher Erfolgsideologeme« verhindert und »proletarische Lebensweise frisch« hält: »Die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung ist für den Berufsrevolutionär Bebel optimale Voraussetzung für ihre Bekämpfung« (s. S. 303 f.). Ähnlich lesen sich Bollenbecks Ausführungen über die Entwicklung vom Mittelalter bis zur Neuzeit, die er in seine Darstellung einschleibt, um den verbindlichen Ablauf der Geschichte zu demonstrieren: Es kam im Mittelalter nicht zur Kapitalakkumulation, weil die »parasitären Feudalherren« das Mehrprodukt »flott konsumierten« (s. S. 149).

Schon die Konzeption des Buches ist einseitig. Bollenbeck hat Beispiele ausgewählt, die in bürgerlichen Verlagen publiziert wurden. Dies gibt ihm Gelegenheit, in ausgesprochen pauschalisierender Form das Interesse am Leben der Arbeiter, wie es nach der Jahrhundertwende im Bürgertum zunahm, zu diffamieren (In diesem Zusammenhang spricht er schließlich vom »weitherzigen Kulturkorsett des Bürgertums«, S. 249) und den »Selbstlauf« der Kulturpolitik der Sozialdemokratie anzuprangern. Auf die Fülle von Erinnerungen, die in der Arbeiterpresse steckt und die dort mit Wirkungsabsicht steht, geht er nicht ein. Lange und teure Erinnerungen fanden aber, so zitiert er gelegentlich Franz Mehring, sowieso keine Arbeiterleser. Er hat sich also im wesentlichen mit dem Teil der Erinnerungen auseinandergesetzt, der an ein bürgerliches Publikum gerichtet war, den in der Presse der Sozialdemokratie, dem Kommunikationsmittel der frühen Arbeiterbewegung, enthaltenen Bestand ignoriert. Es ist schließlich anzumerken, daß im Text nicht nur Worte, sondern halbe Druckzeilen fehlen (s. S. 287, 321) und die bibliographischen Angaben z. T. unvollständig sind. Zu den Protokollen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei im Literaturverzeichnis fehlt sogar der Name der Partei.

Monika Kramme

Thomas Blanke / Rainer Erd / Ulrich Mückenberger / Ulrich Stascheit (Hrsg.), Kollektives Arbeitsrecht. Quellentexte zur Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland, Bd. 1: 1840 bis 1932; Bd. 2: 1933 bis 1974 (=rororo studium 74 und 75), Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 1975, 299 und 315 S., kart., 15,80 DM und 16,80 DM.

Die Sammlung zum kollektiven Arbeitsrecht bietet weit mehr als nur historische Texte zur Rechtsentwicklung in Deutschland. Entsprechend der Grundauffassung der Herausgeber, die das Arbeitsrecht »als Ausdruck und Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen« begreifen (Bd. 1, S. 13), haben sie versucht, die Textauswahl als »ein Lesebuch zur Geschichte der Arbeiterbewegung« (Bd. 1, S. 15) zu gestalten.

Dieser zurückhaltend formulierte Anspruch wird durch die überaus reichhaltige Quelldokumentation voll eingelöst. Die Herausgeber haben sich nicht auf den Abdruck solcher Texte beschränkt, deren Rechtsqualität unmittelbar einsichtig ist. Neben Gesetzen, Verordnungen und Gerichtsurteilen finden sich auch Parlamentsreden, wissenschaftliche Darstellungen, Gewerkschaftsresolutionen und die Einschätzung der arbeitsrechtlichen Entwicklung durch beteiligte Zeitgenossen.

Diese begrüßenswerte Vielfalt ermöglicht, jedenfalls für den Sachkenner, eine rasche Orientierung über den Kontext der politischen Entwicklung, in den die jeweilige Form der Gestaltung des kollektiven Arbeitsrechts zu stellen ist.

Die Entscheidung der Herausgeber, eine möglichst große Zahl von Dokumenten aufzunehmen (insgesamt handelt es sich um mehr als 270 Texte), hat allerdings die problematische

Folge, daß der weit überwiegende Teil der Quellen in einer radikal verkürzten Form erscheint. Im Hinblick auf das thematische Ziel der Dokumentation war dies für eine große Anzahl leicht greifbarer Gesetzestexte wie die Weimarer Reichsverfassung oder die verschiedenen Betriebsverfassungsgesetze ein selbstverständliches Gebot. Bei entlegeneren Quellen stellen diese Kürzungen hingegen oft ein entscheidendes Hindernis dar, den historischen Zusammenhang für die Interpretation heranzuziehen, zumal die Herausgeber in einigen Fällen auf den Nachweis der ursprünglichen Quelle verzichten und nach sekundären Veröffentlichungen zitieren.

Ein noch gravierenderer Mangel der Textauswahl ist darin zu sehen, daß die Herausgeber fast völlig auf die Dokumentation von Standpunkten der Arbeitgeberseite verzichtet haben. Während etwa die Entwicklung der gewerkschaftlichen Haltung zum entstehenden Tarifvertragswesen um die Jahrhundertwende wenigstens mit einem zusammenfassenden Rückblick (Bd. 1, S. 128 f.) erscheint und die Entwicklung der Rechtsprechung (nicht allerdings der Rechtslehre) durch das Grundsatzurteil des Reichsgerichts zum Tarifwesen vom 20. Januar 1910 (Bd. 1, S. 129 f.) deutlich wird, bleibt die Haltung der Unternehmerseite völlig im unklaren. Die internen Auseinandersetzungen, mit denen immerhin die Gründung zweier konkurrierender Arbeitgeberverbände verbunden war und die eine durchaus differenzierte Haltung zu den Tarifverträgen hervorbrachten, erscheinen nur im Spiegel der Darstellung des gewerkschaftlichen Autors Paul Umbreit. Das gleiche gilt für den von einem Teil der Unternehmerschaft unternommenen Versuch, mit Hilfe der wirtschaftsfriedlichen »Gelben« die Gewerkschaften zu schwächen.

Der Verzicht auf eine Selbstdarstellung der Unternehmerpositionen hat eine nicht unerhebliche Verzerrung des Gesamtbildes zur Folge. Gerade wenn die Autoren sich vorgenommen haben, »die Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts in Deutschland [...] auf der Basis sich wandelnder kapitalistischer Produktionsverhältnisse darzustellen« (Bd. 1, S. 13), müßte man sich ein differenzierteres Bild der gelegentlich durchaus gegenläufigen Interessen und Intentionen auf der Kapitaleseite wünschen. Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Auswahl zur Geschichte der Weimarer Republik, wo sich der unzutreffende Eindruck aufdrängt, als sei die Arbeitsrechtssprechung und insbesondere das Instrument der Zwangsschlichtung lediglich auf die Kritik einer innergewerkschaftlichen und innersozialistischen Opposition gestoßen, während doch in Wahrheit die schärfsten und erfolgreichsten Gegner der Weimarer Sozialverfassung aus dem Unternehmerlager kamen und gerade die staatlichen Interventionen im Tarifbereich von Teilen der Unternehmer als das grundlegende Hindernis für ihre Transformation angesehen wurden. Anzumerken ist, daß auch auf der Seite der Gewerkschaften nicht das volle Spektrum der Meinungen zu Worte kommt. Im Falle der »Zentralarbeitsgemeinschaft« wird zwar die Kritik des Deutschen Metallarbeiterverbandes (1919) und der linkssozialistischen Autoren des »Roten Gewerkschaftsbuches« (1932) wiedergegeben. Man vermißt aber andererseits einen Hinweis auf die wiederholten Anstrengungen auf seiten der Christlichen Gewerkschaften, den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft nach 1924 politisch neu zu beleben, und die abweisende Haltung der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften demgegenüber.

Einer sehr verdienstvollen Zusammenstellung der Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts unter der nationalsozialistischen Herrschaft (Bd. 2, S. 26–141) schließt sich als umfangreichster Teil eine dokumentarische Darstellung der Arbeitsrechtsentwicklung in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg an (Bd. 2, S. 156–307). Hier wäre eine erhebliche Straffung von Vorteil gewesen, zumal die Herausgeber über weite Strecken aus allgemein zugänglicher wissenschaftlicher und politischer Literatur zitieren, welche die Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts kritisch kommentiert. Demgegenüber treten diejenigen Kräfte, welche die reale Entwicklung entscheidend geprägt haben, gelegentlich allzu stark in den Hintergrund.

Die Herausgeber erheben nicht den Anspruch, eine wissenschaftliche Edition vorzulegen.

Angesichts der zu bewältigenden Stofffülle wäre dies auch ein aussichtsloses Unterfangen gewesen. An vielen Stellen vermißt der Leser gleichwohl ein Minimum an Informationen zum Verständnis und zur historischen Einordnung der Texte. Nur in den seltensten Fällen werden biographische und politische Daten über die Autoren der abgedruckten Dokumente geboten. Wenn dies geschieht, so zumeist in polemischer Absicht, wie im Falle des Öffentlichrechtlers Ernst Rudolf Huber (Bd. 2, S. 72) und des Arbeitsrechtlers Hans Carl Nipperdey (Bd. 2, S. 225).

In zahlreichen Fällen bleiben der historische Anlaß, gelegentlich sogar der Zeitpunkt der Entstehung und der Autor des abgedruckten Dokuments völlig im unklaren. Statt dessen haben die Herausgeber bei den abgedruckten literarischen Quellen die jeweiligen Anmerkungen im Original – unter verwirrender Beibehaltung der ursprünglichen Zählung – unverändert stehen gelassen, auch bei offensichtlicher Fehlerhaftigkeit oder Unvollständigkeit (etwa Bd. 2, S. 181).

Auf ein zusammenfassendes Verzeichnis weiterführender juristischer und historischer Literatur haben die Herausgeber verzichtet. Wer eine Antwort auf die zahlreichen durch die Dokumente aufgeworfenen Fragen sucht, ist daher auf die sehr knapp gehaltenen Einleitungen der Herausgeber verwiesen. Diese vermögen dieser Aufgabe indes nur in sehr begrenztem Maße gerecht zu werden. Es ist wohl unvermeidlich, daß historische Zusammenhänge gelegentlich in einer geradezu schmerzhaften Verkürzung und Verstümmelung dargestellt werden. Zahlreichen Thesen der engagierten und meinungsfreudigen Autoren wird auch ein deutlicher Widerspruch entgegenzusetzen sein. Die Einleitungen für den Zeitabschnitt von 1830–1914 (Bd. 1, S. 18–32), die Zeit vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zum Ende der Weimarer Republik (Bd. 1, S. 136–154) und zur Nachkriegsgeschichte (Bd. 2, S. 144–155) liefern immerhin einen Interpretationsrahmen für die herangezogenen Quellentexte, wobei auch hier zu bemängeln ist, daß ganz überwiegend nur die politische Geschichte der Arbeiterbewegung als Hintergrund zur Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts dargestellt wird. Dies hat für die Einleitung zur Entwicklung des nationalsozialistischen Arbeitsrechts (Bd. 2, S. 14–25) naturgemäß zu besonderen Schwierigkeiten geführt. Es ist daher kein Zufall, daß in diesem Abschnitt ein wesentlicher Teil des Raumes auf eine neuerliche Erörterung von Faschismustheorien und auf den Versuch verwendet wird, eine Kontinuität zwischen der nationalsozialistischen Arbeitsrechtslehre und der Arbeitsrechtswissenschaft der Bundesrepublik nachzuweisen.

Mit dem vorliegenden Werk wird der von den Herausgebern zu Recht geforderten Historisierung des Arbeitsrechts insgesamt dennoch ein guter Dienst erwiesen. Einleitungen und Quellenauswahl sind gekennzeichnet durch das Bestreben, gegenüber einer sich paradoxerweise zugleich als unhistorisch und als konservativ verstehenden Rechtslehre ein Gegenbild zu entwerfen. Diese Frontstellung hat zugleich zu einer unverkennbaren Verengung und Vereinseitigung der historischen Perspektive geführt.

Martin Martiny

Lawrence Schofer, *The Formation of a Modern Labor Force. Upper Silesia, 1865 – 1914*, University of California Press, Berkeley/Los Angeles/London 1975, XVI, 213 S., Ln., £ 7.80.

Lawrence Schofers Untersuchung über die Entwicklung der oberschlesischen Industriearbeiterschaft bis 1914 schließt eine empfindliche Forschungslücke in der allgemeinen Sozialgeschichte der Industrialisierung in Deutschland. Neben dem Archivgut in der Überlieferung der Bergbehörden und regionalen Verwaltungsinstanzen wertet Schofer insbesondere die umfangreiche und zum Teil gewichtige, aus Sprachgründen westlicher Forschung meist unzugängliche polnische Literatur der letzten Jahrzehnte zur Industrie- und Sozialgeschichte des oberschlesischen Reviers unter pragmatischer Distanz gegenüber gelegentlichen Verschiebungen der Sichtweisen aus. Schon der hierdurch für die regionale Wirtschafts-, Bevöl-

Angesichts der zu bewältigenden Stofffülle wäre dies auch ein aussichtsloses Unterfangen gewesen. An vielen Stellen vermißt der Leser gleichwohl ein Minimum an Informationen zum Verständnis und zur historischen Einordnung der Texte. Nur in den seltensten Fällen werden biographische und politische Daten über die Autoren der abgedruckten Dokumente geboten. Wenn dies geschieht, so zumeist in polemischer Absicht, wie im Falle des Öffentlichrechtlers Ernst Rudolf Huber (Bd. 2, S. 72) und des Arbeitsrechtlers Hans Carl Nipperdey (Bd. 2, S. 225).

In zahlreichen Fällen bleiben der historische Anlaß, gelegentlich sogar der Zeitpunkt der Entstehung und der Autor des abgedruckten Dokuments völlig im unklaren. Statt dessen haben die Herausgeber bei den abgedruckten literarischen Quellen die jeweiligen Anmerkungen im Original – unter verwirrender Beibehaltung der ursprünglichen Zählung – unverändert stehen gelassen, auch bei offensichtlicher Fehlerhaftigkeit oder Unvollständigkeit (etwa Bd. 2, S. 181).

Auf ein zusammenfassendes Verzeichnis weiterführender juristischer und historischer Literatur haben die Herausgeber verzichtet. Wer eine Antwort auf die zahlreichen durch die Dokumente aufgeworfenen Fragen sucht, ist daher auf die sehr knapp gehaltenen Einleitungen der Herausgeber verwiesen. Diese vermögen dieser Aufgabe indes nur in sehr begrenztem Maße gerecht zu werden. Es ist wohl unvermeidlich, daß historische Zusammenhänge gelegentlich in einer geradezu schmerzhaften Verkürzung und Verstümmelung dargestellt werden. Zahlreichen Thesen der engagierten und meinungsfreudigen Autoren wird auch ein deutlicher Widerspruch entgegenzusetzen sein. Die Einleitungen für den Zeitabschnitt von 1830–1914 (Bd. 1, S. 18–32), die Zeit vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zum Ende der Weimarer Republik (Bd. 1, S. 136–154) und zur Nachkriegsgeschichte (Bd. 2, S. 144–155) liefern immerhin einen Interpretationsrahmen für die herangezogenen Quellentexte, wobei auch hier zu bemängeln ist, daß ganz überwiegend nur die politische Geschichte der Arbeiterbewegung als Hintergrund zur Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts dargestellt wird. Dies hat für die Einleitung zur Entwicklung des nationalsozialistischen Arbeitsrechts (Bd. 2, S. 14–25) naturgemäß zu besonderen Schwierigkeiten geführt. Es ist daher kein Zufall, daß in diesem Abschnitt ein wesentlicher Teil des Raumes auf eine neuerliche Erörterung von Faschismustheorien und auf den Versuch verwendet wird, eine Kontinuität zwischen der nationalsozialistischen Arbeitsrechtslehre und der Arbeitsrechtswissenschaft der Bundesrepublik nachzuweisen.

Mit dem vorliegenden Werk wird der von den Herausgebern zu Recht geforderten Historisierung des Arbeitsrechts insgesamt dennoch ein guter Dienst erwiesen. Einleitungen und Quellenauswahl sind gekennzeichnet durch das Bestreben, gegenüber einer sich paradoxerweise zugleich als unhistorisch und als konservativ verstehenden Rechtslehre ein Gegenbild zu entwerfen. Diese Frontstellung hat zugleich zu einer unverkennbaren Verengung und Vereinseitigung der historischen Perspektive geführt.

Martin Martiny

Lawrence Schofer, *The Formation of a Modern Labor Force. Upper Silesia, 1865 – 1914*, University of California Press, Berkeley/Los Angeles/London 1975, XVI, 213 S., Ln., £ 7.80.

Lawrence Schofers Untersuchung über die Entwicklung der oberschlesischen Industriearbeiterschaft bis 1914 schließt eine empfindliche Forschungslücke in der allgemeinen Sozialgeschichte der Industrialisierung in Deutschland. Neben dem Archivgut in der Überlieferung der Bergbehörden und regionalen Verwaltungsinstanzen wertet Schofer insbesondere die umfangreiche und zum Teil gewichtige, aus Sprachgründen westlicher Forschung meist unzugängliche polnische Literatur der letzten Jahrzehnte zur Industrie- und Sozialgeschichte des oberschlesischen Reviers unter pragmatischer Distanz gegenüber gelegentlichen Verschiebungen der Sichtweisen aus. Schon der hierdurch für die regionale Wirtschafts-, Bevöl-

kerungs- und Sozialgeschichte und für die Geschichte einer wichtigen Gruppe der Arbeiterschaft in Deutschland unter dem Eindruck der Industrialisierung, schließlich für das Verständnis der Arbeiterbewegung im Kaiserreich geleistete Beitrag ist kaum zu überschätzen. Schofers Verdienste sind hiermit nicht erschöpft. Unter klug zurückhaltender Aufnahme von Hypothesen und Ergebnissen der jüngeren amerikanischen Industriosozologie, darunter an erster Stelle der Studien von Clark Kerr über die Struktur industrieller Arbeitsmärkte, ist eine Geschichte des Arbeitsmarkts der oberschlesischen Industrieregion mit dem Ziel entstanden, neue Wege zum Verständnis industrieller Konfliktlagen aufzuweisen (S. 3). So zeichnet Schofer einführend die geographischen und politischen Konturen der Wirtschaftslandschaft im Sinne gegebener Bedingungen der Arbeitsmarktentwicklung nach und verbindet die Wachstumsschritte der Montanindustrie mit dem Bedarf an Arbeitskräften im konjunkturellen Rhythmus. Der Struktur der Industriearbeiterschaft nach Merkmalen der Herkunft, des Geschlechts und Alters und der Qualifikation gilt ein erster Schwerpunkt der Studie. Unter sorgfältiger Differenzierung auch nach dem jeweiligen binnenräumlichen Industrialisierungsgrad entsteht das Bild einer ersten Phase der Arbeitsmarktentwicklung bis zum Beginn der 1890er Jahre, in der die örtliche und benachbarte ländliche Überbevölkerung durch den Arbeitskräftebedarf der Industrie absorbiert wird. Probleme der Landflucht und des Übergangs von ländlichen zu industriegesellschaftlichen Erwerbs- und Daseinsformen unter anhaltender Bedeutung von ländlichem Nebenerwerb und Saisonarbeit kennzeichnen den Erfahrungshorizont dieser ersten Generation moderner Industriearbeiter. Zunehmend seit dem Aufschwung in der Mitte der 1890er Jahre erzwangen dann die immensen Wachstumsschritte in Bergbau und Hüttenindustrie neue, ungewöhnliche Maßnahmen der Arbeiteranwerbung. Zunächst vermochten die Betriebsleitungen, zum Teil unter Umgehung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, den Anteil der Kinder- und Frauenarbeit zu halten oder sogar zu steigern. Darüber hinaus wurden die an sich bereits wegen der ortsansässigen polnischen Bevölkerung je nach Gegend und Betrieb unterschiedlich starken, jedoch die Mehrzahl der ungelerten Arbeiter umfassenden fremdsprachigen Belegschaftsteile vor allem seit der Jahrhundertwende, nachdem eine gewisse Lockerung der preußischen Polenpolitik hatte erzielt werden können, durch systematische Anwerbung vor allem von galizischen Polen und ukrainischen Russen (Ruthenen) vermehrt. Mit hohen Anteilen von Ungelernten, von Kindern, Frauen und Slawen in den Belegschaften ließen sich die Löhne, wie ein Vergleich mit anderen preußischen Bergrevieren ergibt, besonders niedrig halten, und wenn sich auch die Lebenshaltungskosten wegen der Nähe der Kornkammern insgesamt relativ billig stellen mochten, so vermag Schofer dennoch ein nur unerfreuliches Bild der materiellen Daseinsbedingungen zu zeichnen. In allem wird deutlich, wie relativ unbehindert Unternehmer und Betriebsleitungen die Bedingungen des Arbeitsmarkts setzen konnten: Sie zogen es vor, statt durch höhere Lohngebote, verbesserte Arbeitsbedingungen und Maßnahmen betrieblicher Sozialpolitik, wie sie an der Ruhr längst gang und gäbe waren, qualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben, den Arbeitermangel durch minderqualifizierte und durch Fremdarbeit auszugleichen und die hierbei unvermeidlichen Einbußen an Produktivität hinzunehmen oder durch disziplinarische Maßnahmen möglichst zu kompensieren.

In der Absicht, zwischen dem notwendigen und dem tatsächlichen Maß betrieblicher und außerbetrieblicher Herrschaft zu unterscheiden, wendet Schofer diesem Vorgang der Disziplinierung große Aufmerksamkeit zu. Die Eigenart der oberschlesischen Führungsschicht, jene Mischung aus Feudalaristokratie und modernem Unternehmertum, schlug sich ebenso wie der Komplex großbetrieblicher Organisations- und Führungserfordernisse in einer zugleich traditionellen und autokratischen Nuancierung des Arbeitsverhältnisses nieder. Maßnahmen betrieblicher Wohlfahrtspflege galten offenkundig, sieht man einmal von den hierin eine Sonderstellung einnehmenden Fürstlich Pleß'schen Werken ab, dem einzigen Zweck, entgegen den Tendenzen der Arbeitskräfteerkrutierung dennoch zu einem leistungsfähigen,

arbeitswilligen »Arbeiterstamm« zu gelangen, und der nahezu uneingeschränkte Einfluß der Großindustriellen drang weit über die Werkstore hinaus, machte sich in Knappschaffen und Gemeindeverwaltungen geltend.

Solche Belegschaftspolitik hatte, ob beabsichtigt oder nicht, unter anderem den Effekt, die innerhalb der Arbeiterschaft bestehenden Unterschiede der Qualifikation und, vor allem, der Sprache und Nationalität<sup>1</sup> noch zu forcieren und darin die dem Charakter der Produktionsorganisation eigenen Fronten zu verdecken. Die Antwort der Arbeiter auf den autoritären Führungsstil wird deshalb nicht etwa in solidarischen Kampfaktionen, sondern in den in dieser Industrialisierungsphase so verbreiteten Phänomenen des Absentismus und der Fluktuation erkennbar. Darlegung und Analyse des hierzu aufgearbeiteten, teilweise statistischen Materials gehören zu den anregendsten Partien der Untersuchung. Als Ergebnis läßt sich vor allem eine starke Zunahme der Fluktuation in den 1890er Jahren und unter jugendlichen Arbeitern feststellen, während in den Motiven stets mehrere, teils überkommene Verhaltensgewohnheiten und Zwänge zusammenfließen: Traditionen wie jene des Blauen Montags wirken sich hierin ebenso wie das Freizeitbedürfnis einer überanstrengten Arbeiterschaft, irrationale Formen betrieblicher Führung und latente oder offene Aggression der Arbeiterschaft aus; hinzu traten die desorientierenden Folgen starker Wachstumsraten bei zugleich unverantwortlich retardierter Entwicklung der nichtbetrieblichen Daseinsbedingungen in dieser »settling-in period« der Montanindustrie (S. 124 u. ö.). Schofer wird nicht müde zu betonen, daß die Arbeiterschaft in der Anpassung an die Bedingungen industrieller Arbeitsmärkte einer längeren Reifezeit bedurfte, die wohl erst im Wechsel der Generationen erfolgreich beendet werden konnte. Umso näher hätte es gelegen, dem Prozeß der nichtbetrieblichen Assimilation, der Familiengründung, der Wohnsituation, der Entwicklung kommunaler Infrastrukturen, insgesamt der Reifung kommunikativer Bindungen und Beziehungen innerhalb der Arbeiterschaft, neben dem und unter Bezug auf den Arbeitsplatz detailliert nachzuzeichnen.

Im abschließenden Teil<sup>2</sup> versucht Schofer, die Ergebnisse seiner Untersuchung im Hinblick auf die Formen proletarischen Protests im Berichtszeitraum zu deuten; eine Deutung allerdings, die sich leider auf eine nur kursorische Darstellung der wenigen größeren Kampfaktionen der Bergleute und Hüttenarbeiter beschränkt und auch die Entwicklung sowohl der nationalpolnischen Organisationen als auch der Sozialdemokratie, der Freien und christlichen Gewerkschaftsbewegung und des Arbeitervereinswesens nur streift. Auf den potentiellen und wirklichen Einfluß der gewiß vor dem Weltkrieg über das Stadium der Zersplitterung und gegenseitigen Bekämpfung nicht hinausgelangten Arbeiterorganisationen auf die Arbeitsmarktbedingungen wird nicht mehr eingegangen; die Analyse beschränkt sich hier auf Abwägung der erarbeiteten Hemmnisse organisierter Interessenvertretung, wobei übrigens die anhaltend ländlich-agrarischen Bindungen der Arbeiterschaft wohl zu gering bewertet werden. In diesem Schlußteil wie auch andernorts hätte man der Untersuchung mehr Argumentationsbreite, mehr Druckseiten gewünscht.

Das Offenbleiben einer Reihe von Wünschen in dieser Studie erklärt sich zum Teil aus ihrer konzeptionellen Vorgabe, in der Analyse der Arbeitsmarktentwicklung die Konstitution einer modernen Industriearbeiterschaft und Grundzüge ihres Konfliktverhaltens zu erarbeiten. Hier sei zunächst darauf hingewiesen, daß eine marktkonzentrierte Sichtweise jene gerade in der preußischen Bergbaugeschichte bedeutsame, bis in die frühen Industrialisierungsjahrzehnte reichende Periode kontrollierter Märkte zu vernachlässigen neigt. Entsprechend unscharf bleibt daher Schofers Bild der oberschlesischen Industrieentwicklung bis

1 Hierauf geht *Wacław Długoborski* in einer ausführlichen Besprechung ein: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 12, 1976, S. 120 f.

2 Siehe auch: *Lawrence Schofer*, Patterns of Labour Protest: Upper Silesia, 1865 – 1914, in: Journal of Social History 6, 1972, S. 447 – 463.

zu den 1850er und 1860er Jahren, und die aus der bergbaulichen Verwaltungstradition überkommenen Denk- und Verhaltensgewohnheiten werden, gerade auch in ihrer markthemmenden Funktion, verkannt. So sieht Schofer zwar die lange Tradition des Beschwerdewegs als Form ständischer Konfliktregelung, aber das in einer Zeit tiefgewandelter Umstände noch vorwaltende Vertrauen in die Überparteilichkeit des »Bergherrn« im Interessenkonflikt, wie es der preußische Bergbaudirigismus praktiziert hatte, wird verwundert in dem Wort vom »Ombudsmann« (S. 141 f.) mißverstanden. Weil die Dampfmaschinentechologie aus der Sicht späterer Märkte einen Strukturfaktor ersten Ranges darstellte, kann dem Bergbau unter dem Direktionsprinzip, hierin ganz der Tradition liberaler deutscher Bergbaugeschichtsschreibung folgend, »primitive Technologie« (S. 161 u. ö.) unterstellt werden; überhaupt führt Schofers andeutende Darlegung der vorliberalen Ära in Bergbau und Hüttenindustrie in die Irre, etwa wenn versucht wird, der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in der Montanindustrie mit dem Begriff der »punishment-centered bureaucracies«<sup>3</sup> (Alvin Gouldner) beizukommen. Dem wechselseitigen Bezug von Disziplinierung und Privilegierung des Arbeiters und Untertanen in ständischer Abgeschlossenheit wird hierin nicht entsprochen; beides wirkt im Arbeitsordnungs- und Strafwesen einerseits, in den Ansätzen betrieblicher Wohlfahrtspflege andererseits während der Jahrzehnte kapitalistischer Expansion nach, ohne daß die übertriebene Disziplinierung der Arbeiterschaft noch in irgendeinem sinnhaften Zusammenhang mit außergewöhnlichen fürsorglichen Maßnahmen stünde. Leider stellt Schofer keine Verbindung zwischen seiner Bürokratisierungsthese und den vorliberalen Verwaltungsgrundsätzen her, wie auch andererseits die Entwicklung moderner Zechenbürokratien etwa seit den 1880er Jahren unberücksichtigt bleibt.

Zweitens kann nicht übersehen werden, daß die Konzentration auf die Strukturentwicklung der Arbeiterschaft im Prozeß der Marktbildung andere Aspekte des proletarischen Daseinszusammenhangs tendenziell ausklammert und folglich deren Marktfunktion umgekehrt verkennt. So gerät neben den bereits erwähnten nichtbetrieblichen Problembereichen die Darstellung des eigentlichen Arbeitsprozesses im Flöz und in der Strecke (die Ansicht von der Verwandtschaft zwischen dem bergmännischen Arbeitsplatz und den Verhältnissen frühindustrieller Heimarbeit – S. 131 – teilt der Rezensent nicht), am Hochofen und in der Gießerei merkwürdig blaß. Die Arbeitsverrichtung und deren adäquate Organisation bestimmen natürlich die Zusammensetzung der Belegschaften, etwa nach dem Kriterium der Qualifikation, und folglich auch die »pull«-Faktoren des Arbeitsmarkts. Die schwierigeren Lagerungsverhältnisse an der Ruhr erzwangen gegenüber dem oberschlesischen Bergbau, wie Schofer bemerkt, einen weit höheren Haueranteil; dadurch bestand nun für wandlungswillige Schlepper, die wegen des hohen Bedarfs an Ungelernten im oberschlesischen Revier nur unter Schwierigkeiten zum Hauer aufzusteigen vermochten, ein starker, zahlreich wahrgenommener Anreiz zur Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet – ein Vorgang, der in gewisser Hinsicht die alte behördlich gelenkte Wanderung von Bergleuten unter dem Angebot sicherer Hauer- und Steigerpositionen in Erinnerung ruft. Schofer sieht diesen Zusammenhang nicht, weil seine Aufmerksamkeit den Formen und Ergebnissen horizontaler Mobilität gilt; Chancen und Bahnen sozialen Aufstiegs bleiben außerhalb der Darstellung, wie auch die betriebliche und gesellschaftliche Stellung des mittleren Führungspersonals kaum gestreift wird.

Schließlich wirft das Arbeitsmarktkonzept prinzipielle und darstellungstechnische Probleme auf, die Schofer, dies zeigen seine zahllosen begrifflichen und historiographischen Vorbehalte, seine Differenzierungen und vorsichtigen Vergleiche, zweifellos gegenwärtig waren

<sup>3</sup> Hierzu ausführlicher: *Lawrence Schofer*, *Modernization, Bureaucratization, and the Study of Labor History: Lessons from Upper Silesia, 1865 – 1914*, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag*, Göttingen 1974, S. 467 – 478.

und die bei der Anlage regional-sektoraler Studien zur Entwicklung der Arbeiterschaft bedacht sein wollen. Arbeitsmarktkonzepte gehen gewöhnlich von einem gedachten Idealzustand ungehemmter Verwertbarkeit der Arbeitskraft aus. Die Schwachpunkte dieses liberalen Bildes balancierter industrieller Arbeitsbeziehungen sind, wie der tatsächliche Bildungs- und Organisationsvorsprung der Käufer von Arbeitskraft, teils historischer, teils aber auch grundsätzlicher Natur, wie der Verkaufszwang der Verkäufer. Deshalb mag aus der Sicht des Arbeitsmarkts die Beziehung von Arbeitern und Arbeitgebern im Sinne eines »mutual learning process« (S. 138) beschreibbar sein, und diese Wortbildung trägt unzweifelhaft erheblich zum Verständnis der jeweiligen Verhaltensmuster bei, aber die Defizienzen des Arbeitsmarkts schlugen sich zugleich in Unterdrückung und Polarisierung, in Klassenbildung und Vertiefung gesellschaftlicher Gräben nieder. Nicht, daß diese Probleme völlig außerhalb des Gesichtskreises blieben, aber sie werden, auch weil von der Sache her das Nationalitätenproblem im Vordergrund steht, doch zur Seite gedrängt.

Diese skeptischen Bemerkungen können insgesamt den Wert der Studie nicht beeinträchtigen; sie sollen vielmehr ihre Anlage aufzeigen und auf Möglichkeiten der Problemvertiefung deuten. Allein Schofers vergleichende, abwägende Blicke auf die deutsche und gesamteuropäische Industrialisierungsgeschichte bis hin zu den Artikulationsformen der Arbeiterbewegungen (die Beobachtung des Wellencharakters von Streikbewegungen und ihrer internationalen Parallelität, etwa in den Jahren 1878/79, 1889, 1905–1907 und 1912 – S. 156 –, sollte endlich einmal systematisch aufgegriffen werden) signalisieren die Variationsbreite dieser Darstellung. So ist trotz schwieriger Forschungsbedingungen nach dem wirtschaftlichen Problem und Sichtweisen verpflichteten Buch von Konrad Fuchs<sup>4</sup> die sozialgeschichtliche Forschung über das oberschlesische Industriegebiet mit einer kenntnis- und gedankenreichen Studie endlich in Bewegung geraten.

Klaus Tenfelde

Axel Misch, Das Wahlsystem zwischen Theorie und Taktik. Zur Frage von Mehrheitswahl und Verhältniswahl in der Programmatik der Sozialdemokratie bis 1933 (= Beiträge zur politischen Wissenschaft, Bd. 17), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1974, 290 S., kart., 68,60 DM.

Die angesichts instabiler Regierungsverhältnisse in zahlreichen europäischen Ländern neuerdings wieder aufgeflammete Diskussion über die Funktionsgerechtigkeit des Verhältniswahlrechts in der modernen parteienstaatlichen Demokratie hat in der Bundesrepublik Deutschland ihren ersten Höhepunkt in der Zeit von 1966–1968 während der Großen Koalition gefunden. Der damals unternommene Versuch, ein Mehrheitswahlrecht in Deutschland einzuführen, ist bekanntlich gescheitert, trug jedoch dazu bei, den »Machtwechsel« im Jahre 1969 zu ermöglichen. Die seinerzeit im wesentlichen mit politischen und politikwissenschaftlichen Argumenten geführte Debatte hat eine Reihe von Publikationen hervorgebracht, die ein kämpferisches Element zugunsten oder zuungunsten des Mehrheitswahlrechts nicht verleugnen. Dies wird man für den wichtigsten Verfechter des Mehrheitswahlrechts, Ferdinand A. Hermens, sagen können, dessen grundlegende Studie im Jahre 1968 in einer Neuauflage erschien<sup>1</sup>; mehr noch gilt es für die Arbeiten von Thomas von der Vring<sup>2</sup> und Wilhelm Hennis<sup>3</sup>.

4 Vom Dirigismus zum Liberalismus. Die Entwicklung Oberschlesiens als preußisches Berg- und Hüttenrevier. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1970.

1 Ferdinand A. Hermens, Demokratie oder Anarchie. Untersuchung über die Verhältniswahl, Köln/Opladen<sup>2</sup>1968.

2 Thomas von der Vring, Reform oder Manipulation? Zur Diskussion eines neuen Wahlrechts, Frankfurt 1968.

3 Wilhelm Hennis, Große Koalition ohne Ende? Die Zukunft des parlamentarischen Regierungssystems und die Hinauszögerung der Wahlrechtsreform, München 1968.

und die bei der Anlage regional-sektoraler Studien zur Entwicklung der Arbeiterschaft bedacht sein wollen. Arbeitsmarktkonzepte gehen gewöhnlich von einem gedachten Idealzustand ungehemmter Verwertbarkeit der Arbeitskraft aus. Die Schwachpunkte dieses liberalen Bildes balancierter industrieller Arbeitsbeziehungen sind, wie der tatsächliche Bildungs- und Organisationsvorsprung der Käufer von Arbeitskraft, teils historischer, teils aber auch grundsätzlicher Natur, wie der Verkaufszwang der Verkäufer. Deshalb mag aus der Sicht des Arbeitsmarkts die Beziehung von Arbeitern und Arbeitgebern im Sinne eines »mutual learning process« (S. 138) beschreibbar sein, und diese Wortbildung trägt unzweifelhaft erheblich zum Verständnis der jeweiligen Verhaltensmuster bei, aber die Defizienzen des Arbeitsmarkts schlugen sich zugleich in Unterdrückung und Polarisierung, in Klassenbildung und Vertiefung gesellschaftlicher Gräben nieder. Nicht, daß diese Probleme völlig außerhalb des Gesichtskreises blieben, aber sie werden, auch weil von der Sache her das Nationalitätenproblem im Vordergrund steht, doch zur Seite gedrängt.

Diese skeptischen Bemerkungen können insgesamt den Wert der Studie nicht beeinträchtigen; sie sollen vielmehr ihre Anlage aufzeigen und auf Möglichkeiten der Problemvertiefung deuten. Allein Schofers vergleichende, abwägende Blicke auf die deutsche und gesamteuropäische Industrialisierungsgeschichte bis hin zu den Artikulationsformen der Arbeiterbewegungen (die Beobachtung des Wellencharakters von Streikbewegungen und ihrer internationalen Parallelität, etwa in den Jahren 1878/79, 1889, 1905–1907 und 1912 – S. 156 –, sollte endlich einmal systematisch aufgegriffen werden) signalisieren die Variationsbreite dieser Darstellung. So ist trotz schwieriger Forschungsbedingungen nach dem wirtschaftlichen Problem und Sichtweisen verpflichteten Buch von Konrad Fuchs<sup>4</sup> die sozialgeschichtliche Forschung über das oberschlesische Industriegebiet mit einer kenntnis- und gedankenreichen Studie endlich in Bewegung geraten.

Klaus Tenfelde

Axel Misch, Das Wahlsystem zwischen Theorie und Taktik. Zur Frage von Mehrheitswahl und Verhältniswahl in der Programmatik der Sozialdemokratie bis 1933 (= Beiträge zur politischen Wissenschaft, Bd. 17), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1974, 290 S., kart., 68,60 DM.

Die angesichts instabiler Regierungsverhältnisse in zahlreichen europäischen Ländern neuerdings wieder aufgeflammete Diskussion über die Funktionsgerechtigkeit des Verhältniswahlrechts in der modernen parteienstaatlichen Demokratie hat in der Bundesrepublik Deutschland ihren ersten Höhepunkt in der Zeit von 1966–1968 während der Großen Koalition gefunden. Der damals unternommene Versuch, ein Mehrheitswahlrecht in Deutschland einzuführen, ist bekanntlich gescheitert, trug jedoch dazu bei, den »Machtwechsel« im Jahre 1969 zu ermöglichen. Die seinerzeit im wesentlichen mit politischen und politikwissenschaftlichen Argumenten geführte Debatte hat eine Reihe von Publikationen hervorgebracht, die ein kämpferisches Element zugunsten oder zuungunsten des Mehrheitswahlrechts nicht verleugnen. Dies wird man für den wichtigsten Verfechter des Mehrheitswahlrechts, Ferdinand A. Hermens, sagen können, dessen grundlegende Studie im Jahre 1968 in einer Neuauflage erschien<sup>1</sup>; mehr noch gilt es für die Arbeiten von Thomas von der Vring<sup>2</sup> und Wilhelm Hennis<sup>3</sup>.

4 Vom Dirigismus zum Liberalismus. Die Entwicklung Oberschlesiens als preußisches Berg- und Hüttenrevier. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1970.

1 Ferdinand A. Hermens, Demokratie oder Anarchie. Untersuchung über die Verhältniswahl, Köln/Opladen<sup>2</sup>1968.

2 Thomas von der Vring, Reform oder Manipulation? Zur Diskussion eines neuen Wahlrechts, Frankfurt 1968.

3 Wilhelm Hennis, Große Koalition ohne Ende? Die Zukunft des parlamentarischen Regierungssystems und die Hinauszögerung der Wahlrechtsreform, München 1968.

Auch die vorliegende Arbeit von Axel Misch, eine von Wilhelm Hennis betreute Freiburger Dissertation aus dem Jahre 1971, dürfte ihre Entstehung der politischen Auseinandersetzung um das Wahlrecht in der zweiten Hälfte der 60er Jahre verdanken. Zu den oben genannten Schriften steht sie jedoch in bemerkenswertem Gegensatz. Dies liegt zunächst an der Fragestellung, die sich strikt an historischem Material orientiert und bei aller Betonung institutioneller und demokratiethoretischer Gesichtspunkte nach Möglichkeit den jeweiligen Zusammenhang zwischen Wahlrechtsentwicklung und allgemeiner Politik zu erhellen sucht. Zum anderen zeichnet sich Misch durch ein vorsichtig abwägendes Urteil aus, das alle monokausalen Erklärungsversuche – etwa zum Scheitern der Weimarer Republik – strikt vermeidet. Ausdrücklich warnt er vor einer »Überschätzung des Wahlverfahrens als Regelmechanismus sozialer und politischer Konflikte« (S. 9). Dieser Erkenntnis folgend, hat Misch seine Untersuchung nicht streng auf die Wahlrechtsdiskussion innerhalb der Sozialdemokratie beschränkt, sondern die damit verbundene innerparteiliche Auseinandersetzung zugleich als einen Indikator für die Gesamtentwicklung der SPD fruchtbar gemacht.

Die Probleme einer sozialdemokratischen Wahlrechtstheorie – soweit von einer solchen überhaupt die Rede sein kann – werden von Misch nicht in erster Linie an dem wiederholt herangezogenen Beispiel der Weimarer Republik erörtert<sup>4</sup>. Als die eigentlich entscheidende Phase sozialdemokratischer Wahlrechtspolitik behandelt Misch vielmehr die Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Nach einer ideengeschichtlichen Darstellung der Entwicklung der Wahlrechtstheorie vor allem im französischen Staatsrechtsdenken bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (S. 12–34) wendet sich Misch der Frage zu, inwieweit die sozialdemokratischen Wahlrechtsvorstellungen auch von den staatlich gesetzten Rahmenbedingungen geprägt wurden.

Dabei weist der Verfasser auf das Fehlen einer theoretisch in die Tiefe dringenden Diskussion in Deutschland über die Funktion und die Aufgaben des Wahlrechts hin. Dies gilt freilich weit über die Grenzen der Sozialdemokratie hinaus. Für den Linksliberalismus und gar für die Sozialdemokratie spielte die Frage des Wahlsystems ungeachtet aller programmatischen Beteuerungen vor dem Ersten Weltkrieg eine durchaus untergeordnete Rolle.

Beginnend mit der Bedeutung des Wahlrechts und des Wahlsystems in der politischen Konzeption Ferdinand Lassalles (S. 37 ff.), erörtert er überaus sorgfältig und unter Benutzung einer weit verstreuten Parteipublizistik die Entwicklung der sozialdemokratischen Programmatik, die ihren Höhepunkt in der Festlegung auf das Prinzip der Verhältniswahl im Erfurter Programm von 1891 fand.

Eindringlich vermag Misch den taktischen Stellenwert der Lassalleschen Wahlrechtsagitation als ein Instrument politischer Mobilisierung herauszuarbeiten; Lassalle ging so weit, sogar den Gedanken der Einführung einer Wahlpflicht zu erwägen. Ganz im Gegensatz zu der ansonsten so bedeutsamen Lassalle-Tradition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie blieben dessen Wahlrechtsvorstellungen in ihrer spezifischen Mischung aufklärerisch-agitatorischer Elemente und taktischer Überlegungen für die spätere Sozialdemokratie jedoch weitgehend folgenlos.

Mit besonderer Anschaulichkeit und Einfühlung schildert Misch die Wandlungen und Kontinuitäten in der Position Wilhelm Liebknechts, der für die sozialdemokratische Programmatik in der Wahlrechtsfrage zweifellos die entscheidenden Akzente für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg setzte. Jene für Wilhelm Liebknecht auch auf anderen Gebieten

<sup>4</sup> Dazu vor allem: *Friedrich Schäfer*, Sozialdemokratie und Wahlrecht. Der Beitrag der Sozialdemokratie zur Gestaltung des Wahlrechts in Deutschland, in: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*, hrsg. von *Ferdinand A. Hermens*, Jahrbuch 1967, T. 2, S. 157–196, und *Ders.*, Zur Frage des Wahlrechts in der Weimarer Republik, in: *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik*. Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. von *Ferdinand A. Hermens* und *Theodor Schieder*, Berlin 1967, S. 119–140.

bezeichnende Kombination von demokratischer Radikalität und gelegentlich undifferenziertem Prinzipialismus trug in entscheidendem Maße dazu bei, daß die Forderungen der Sozialdemokratie in der Wahlrechtsfrage mehr und mehr durch ein grundsätzliches Bekenntnis zur »Proportionalwahl« gekennzeichnet waren, ohne daß dies in der praktischen Politik eine durchschlagende Rolle spielte. Völlig zutreffend bemerkt der Verfasser, daß bis zum Ersten Weltkrieg nicht die Frage des Wahlsystems, sondern die Frage der Wahlgleichheit die für die SPD entscheidende war. Dazu trug nicht nur die immer mehr in den Vordergrund rückende Ungleichheit des Preußischen Wahlrechts und die zunehmende Ungleichheit auch des Reichstagswahlrechts auf Grund der passiven Wahlkreisgeometrie bei, sondern auch die historische Verbindung der Wahlrechtsfrage mit einer radikal-demokratischen Ablehnung des »sehr bescheidenen Bismarckschen Parlamentarismus« (S. 128). Hinzu kam allerdings auch die innerparteiliche Kritik an der Notwendigkeit von Stichwahlbündnissen.

Selbst nachdem die Sozialdemokratie Anfang des 20. Jahrhunderts die Erfahrung machen mußte, daß sich auch mit dem Verhältniswahlrecht der Versuch unternehmen ließ, den Einfluß der Sozialdemokratie zu minimieren, hielt sie am Verhältniswahlprinzip fest (S. 139). Die Wahlrechtsgesetzgebung in Sachsen und Hamburg, vor allem aber die Vorschriften des Gewerbegerichtsgesetzes, durch das die Sozialdemokratie aufgrund der Aufnahme von Proportionalwahlbestimmungen in die Lage versetzt wurde, ihre Mehrheiten nicht mehr voll ausspielen zu können, riefen allerdings innerhalb der Partei auch Kritiker der Proportionalwahl auf den Plan. Gerade die Erfahrungen mit der Verhältniswahl im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit trugen jedoch das ihre dazu bei, das Vorbild der späteren Weimarer Wahlgesetze insofern zu prägen, als sie eine starre Listenwahl und die entsprechend starke Position der Parteiorganisation vorsahen (S. 157–159).

Ob man freilich dem Urteil des Verfassers zustimmen kann, wonach die Haltung der Sozialdemokratie zum Wahlrecht ohne jede Verbindung zu einer generellen staatsrechtlich-institutionellen Betrachtung gestanden habe (S. 167), ist gerade angesichts des von ihm ausgebreiteten reichen Materials zur innerparteilichen Diskussion zweifelhaft. Überraschenderweise finden sich gerade bei der Gruppe um die Sozialistischen Monatshefte, insbesondere bei Eduard Bernstein selbst, schon sehr früh (1896) grundsätzliche Überlegungen zu den Auswirkungen der verschiedenen Wahlrechtssysteme, welche in einer frühen Vorwegnahme der Entwicklung zum demokratischen Parteienstaat die Frage der innerparteilichen Demokratie als Maßstab für die Beurteilung eines Wahlsystems in den Vordergrund rücken<sup>5</sup>.

Die Mehrheit der Sozialdemokratie hat bei der späten Reform des Reichstagswahlrechts (1917/18) solchen Überlegungen keinen Raum gegeben, sondern strikt an dem Gedanken festgehalten, die Proportionalwahl mit einem System der starren Listen zu verbinden. Auch die USPD konnte dem Gedanken freier Listen mit der auch auf die Wähler hin erweiterten Entscheidungsfreiheit über die Platzierung der von den Parteien präsentierten Kandidaten keine Vorteile abgewinnen. Sie sah vielmehr in dieser von der Regierung des Prinzen Max von Baden vorgeschlagenen Möglichkeit nichts anderes als die Gefahr eines Wiederauflebens häßlicher persönlicher Kämpfe und das Einfallstor für die Ansichten von politischen Wirrköpfen.

Durch den starken Einschnitt, den die November-Revolution für die Ausgestaltung des Reichstagswahlrechts mit sich brachte, läßt sich Misch bedauerlicherweise dazu verleiten, diesen Einschnitt auch für die *Programmatik* der Sozialdemokratie in der Frage des Wahlrechts überzubewerten, obwohl gerade seine Studie deutlich macht, wie sehr die Sozialdemokratie hier ihren Vorkriegserfahrungen treu blieb. Wohl aus diesem Grunde hat Misch

<sup>5</sup> Vgl. dazu *Martin Martiny*, *Integration oder Konfrontation. Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik*, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 16 ff.

darauf verzichtet, die Beiträge der Sozialdemokratie zu der Reformdiskussion im Januar 1918 ausführlicher zu interpretieren (S. 38, 206). Das gleiche gilt für das von ihm völlig vernachlässigte Wahlrecht der November-Revolution, das sich nicht unbeträchtlich von den Regelungen des Wahlgesetzes unterschied, das unmittelbar nach dem Kapp-Putsch im Juni 1920 verabschiedet wurde. Dies gilt besonders für die am Weimarer Wahlrecht so viel kritisierte mangelnde Sperrwirkung gegenüber kleinen Parteien. Im ursprünglichen Wahlrecht der November-Revolution war diese Sperrwirkung in einem durchaus erheblichen Ausmaß vorhanden<sup>6</sup>. Statt dessen wendet sich Misch der Theorie des Gleichgewichts der Klassenkräfte zu, welche die Wahlrechtspolitik kaum beeinflusst hat. Demgegenüber ist die Leistung des Verf. hervorzuheben, die innerparteiliche und organisatorische Entwicklung der SPD mit der Wahlrechtsdiskussion zu verknüpfen.

Ein lesenswertes Kapitel findet sich gegen Ende des Buches über »Wahlreform und die Krise des Verfassungssystems« (S. 224 ff.). Misch kommt zu dem Ergebnis, daß sich auf der Parteilinken ein »generelles Desinteresse an institutionellen Fragen« nachweisen läßt (S. 225). Demgegenüber hebt er Gruppen wie den Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten und später die Gruppe um die »Neuen Blätter für den Sozialismus« hervor. Bei diesen traditionell dem rechten Flügel zugeordneten Gruppen stand bei der Diskussion von Wahlrechtsfragen keineswegs nur die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen, insbesondere der Exekutive, im Zentrum des Interesses; damit verbunden wurde vielmehr die leidenschaftlich diskutierte Frage nach der innerparteilichen Willensbildung (S. 225)<sup>7</sup>. Pessimistisch stimmt die nachdenkenswert Beobachtung des Verf., daß gerade diese Gruppen, die an ihren Randzonen durchaus auch zu ständestaatlichen und anderen demokratiefeindlichen Überlegungen neigten, innerhalb der Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik allein damit standen, den »in der Partei dominierenden Verfassungskonservatismus« (S. 260) in Frage zu stellen.

Der Historiker hätte bei der Lektüre der vorliegenden Arbeit auf manchen institutionstheoretischen Exkurs gern zugunsten des Versuchs verzichten können, die allgemeinpolitische Entwicklung noch enger mit der Wahlrechtsdiskussion innerhalb der Sozialdemokratie zu verknüpfen. Gleichwohl dürfte die vorliegende Studie angesichts ihres Materialreichtums und abgewogenen Urteils auf Jahre hinaus die maßgebliche Arbeit zur Geschichte der sozialdemokratischen Wahlrechtsprogrammatis bleiben.

Martin Martiny

Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, hrsg. von Reinhard Rürup, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1975, 403 S., kart., 32 DM.

Die vom gleichen Verlag in loser Folge vorgelegten historischen Anthologien (z. B. »Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr« sowie »Aufstand der Bürger« 1848) sollen einem breiteren interessierten Publikum einen raschen Überblick über den jeweiligen Forschungsstand vermitteln. Das ist bei aller Zufälligkeit, mit der die jeweiligen Herausgeber und Bearbeiter gefunden wurden, und bei der Schwierigkeit, die jeweils noch vorhandenen Lücken zu schließen, weitgehend gelungen. Insbesondere der ratsuchende Geschichtslehrer (auch in der Sekundarstufe I) wird nach diesen handlichen und relativ preiswerten Bänden greifen. Im vorliegenden Falle gibt der Herausgeber *Rürup* in seiner Einleitung durchaus keinen ausgewogenen Kommentar, sondern er macht seine Position in der Diskussion um die umstrittene Bedeutung der Revolution für das Schicksal der Weimarer Republik deut-

<sup>6</sup> Vgl. von der Vring, S. 41 f.

<sup>7</sup> Einige weiterführende Aufschlüsse dazu bietet die von *Martiny* eingeleitete Dokumentation zur Entstehung und politischen Bedeutung der Neuen Blätter für den Sozialismus. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 3/1977.

darauf verzichtet, die Beiträge der Sozialdemokratie zu der Reformdiskussion im Januar 1918 ausführlicher zu interpretieren (S. 38, 206). Das gleiche gilt für das von ihm völlig vernachlässigte Wahlrecht der November-Revolution, das sich nicht unbeträchtlich von den Regelungen des Wahlgesetzes unterschied, das unmittelbar nach dem Kapp-Putsch im Juni 1920 verabschiedet wurde. Dies gilt besonders für die am Weimarer Wahlrecht so viel kritisierte mangelnde Sperrwirkung gegenüber kleinen Parteien. Im ursprünglichen Wahlrecht der November-Revolution war diese Sperrwirkung in einem durchaus erheblichen Ausmaß vorhanden<sup>6</sup>. Statt dessen wendet sich Misch der Theorie des Gleichgewichts der Klassenkräfte zu, welche die Wahlrechtspolitik kaum beeinflusst hat. Demgegenüber ist die Leistung des Verf. hervorzuheben, die innerparteiliche und organisatorische Entwicklung der SPD mit der Wahlrechtsdiskussion zu verknüpfen.

Ein lesenswertes Kapitel findet sich gegen Ende des Buches über »Wahlreform und die Krise des Verfassungssystems« (S. 224 ff.). Misch kommt zu dem Ergebnis, daß sich auf der Parteilinken ein »generelles Desinteresse an institutionellen Fragen« nachweisen läßt (S. 225). Demgegenüber hebt er Gruppen wie den Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten und später die Gruppe um die »Neuen Blätter für den Sozialismus« hervor. Bei diesen traditionell dem rechten Flügel zugeordneten Gruppen stand bei der Diskussion von Wahlrechtsfragen keineswegs nur die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen, insbesondere der Exekutive, im Zentrum des Interesses; damit verbunden wurde vielmehr die leidenschaftlich diskutierte Frage nach der innerparteilichen Willensbildung (S. 225)<sup>7</sup>. Pessimistisch stimmt die nachdenkenswerte Beobachtung des Verf., daß gerade diese Gruppen, die an ihren Randzonen durchaus auch zu ständestaatlichen und anderen demokratiefeindlichen Überlegungen neigten, innerhalb der Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik allein damit standen, den »in der Partei dominierenden Verfassungskonservatismus« (S. 260) in Frage zu stellen.

Der Historiker hätte bei der Lektüre der vorliegenden Arbeit auf manchen institutionstheoretischen Exkurs gern zugunsten des Versuchs verzichten können, die allgemeinpolitische Entwicklung noch enger mit der Wahlrechtsdiskussion innerhalb der Sozialdemokratie zu verknüpfen. Gleichwohl dürfte die vorliegende Studie angesichts ihres Materialreichtums und abgewogenen Urteils auf Jahre hinaus die maßgebliche Arbeit zur Geschichte der sozialdemokratischen Wahlrechtsprogrammatis bleiben.

Martin Martiny

Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, hrsg. von Reinhard Rürup, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1975, 403 S., kart., 32 DM.

Die vom gleichen Verlag in loser Folge vorgelegten historischen Anthologien (z. B. »Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr« sowie »Aufstand der Bürger« 1848) sollen einem breiteren interessierten Publikum einen raschen Überblick über den jeweiligen Forschungsstand vermitteln. Das ist bei aller Zufälligkeit, mit der die jeweiligen Herausgeber und Bearbeiter gefunden wurden, und bei der Schwierigkeit, die jeweils noch vorhandenen Lücken zu schließen, weitgehend gelungen. Insbesondere der ratsuchende Geschichtslehrer (auch in der Sekundarstufe I) wird nach diesen handlichen und relativ preiswerten Bänden greifen. Im vorliegenden Falle gibt der Herausgeber *Rürup* in seiner Einleitung durchaus keinen ausgewogenen Kommentar, sondern er macht seine Position in der Diskussion um die umstrittene Bedeutung der Revolution für das Schicksal der Weimarer Republik deut-

<sup>6</sup> Vgl. von der Vring, S. 41 f.

<sup>7</sup> Einige weiterführende Aufschlüsse dazu bietet die von *Martiny* eingeleitete Dokumentation zur Entstehung und politischen Bedeutung der Neuen Blätter für den Sozialismus. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 3/1977.

lich, aber so, daß auch alternative Beurteilungen zur Sprache kommen. Für Rürup rührt die strukturelle Schwäche der Weimarer Republik aus ihrer Entstehungsgeschichte und die der gespaltenen Arbeiterbewegung aus dem Scheitern der sozialdemokratischen Revolution und der militärischen Unterdrückung oppositioneller Arbeitermassen durch die Führung der Sozialdemokratie. Im Gegensatz zur »Bolschewismusfurcht« der sozialdemokratischen Führung habe es keine reale Gefahr von seiten der Linken gegeben, insbesondere nicht von den weitgehend loyalen Arbeiter- und Soldatenräten. Die Räte huldigten keineswegs »rotem Terror« und einer revolutionären Mißwirtschaft, wie sie aus Rußland berichtet wurden, sondern sie zielten auf eine parlamentarisch-demokratische Neuordnung, eine Demokratisierung von Heer, Verwaltung und Wirtschaft, ohne angesichts der akuten Demobilisierungs- und Versorgungsprobleme die Sozialisierung als vordringlich anzusehen. Daß dieses reasonable Programm nicht zum Tragen kam, lastet Rürup der SPD-Führung an, die sich gegen die Massenbewegung und für ein Bündnis mit dem alten Offizierskorps entschieden habe. Erst dadurch sei es zur Eskalation im Spartakusaufstand gekommen. Obwohl eine solche Perspektive die tatsächlichen Machtverhältnisse und wichtige innen- und außenpolitische Faktoren außer Betracht läßt, nicht zuletzt organisatorische Probleme der Arbeiterbewegung, kann diese Hypothese einer weiteren Erforschung der schwierigen Materie dienlich sein.

Immerhin kommen die Mitarbeiter des Bandes in ihren regionalgeschichtlichen Analysen zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen, wie in Anbetracht der jeweiligen Bedingungen nicht anders zu erwarten. Für *Ulrich Kluge* »entwickelte sich der Umsturz in drei deutlich voneinander abgesetzten Aktionsarten: Er begann als Revolte, die in dem Prozeß der Machtergreifung gipfelte, dieser folgte die bewußte Revolutionierung«. Keineswegs war es nur die zentrale SPD-Führung, die sich der Militäradministration bediente. Vielmehr bestimmte die allgemein-politische, militär- und kommunalpolitische Situation die von Ort zu Ort unterschiedliche Ausprägung der revolutionären Bewegung. *Hans-Ulrich Knies* belegt das an dem kontroversen Ablauf in den Nachbarstädten Elberfeld und Barmen, ebenso wie *Irmgard Steinisch* am Beispiel des Mülheimer Raums. *Inge Marßolek* untersucht die Dortmunder und *Ulrich Kluge* schließlich die Münsteraner Vorgänge, die im Zeichen mehrheitssozialdemokratischen Übergewichts standen. Jedenfalls eignen sich die einzelnen Beiträge zu durchaus anderen Schlußfolgerungen, als sie vom Herausgeber sehr apodiktisch gezogen werden. Die Diskussion um Ablauf und Charakter der Novemberrevolution sowie die Rolle der Sozialdemokratie ist auch mit diesem Sammelband keineswegs entschieden.

Kurt Koszyk

Jürgen Klein, Bürgerliche Demokraten oder christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschaften Hand in Hand gegen die Arbeiter, Verlag Association, Hamburg 1974, XXIV, 436 S., kart., 18 DM.

Dieser Titel ist ein zeilenidentischer Nachdruck der ursprünglichen Dissertation »Vereint sind sie alles? Untersuchung zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47«, die 1972 als Band 23 der Schriften der Stiftung Europa-Kolleg in Hamburg erschien. Er ist lediglich um die Seiten XVII bis XXIV ergänzt und hinter der letzten Personenregisterangabe mit einer Widmung für die erschossene Anarchistin Petra Schelm versehen. Der Nachdruck erfolgte, um durch eine billigere Ausgabe die »in der Darstellung verarbeiteten Fakten und unbekanntes Material einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen« (S. XVII), die Anmerkung »Der Erinnerung an Petra Schelm gewidmet: 1-422« (S. 436) dagegen, weil nach den Worten Kleins in der zweiten Auflage die mit der Toten verbunden gewesene »politische Konzeption« sich von der in seinem Buch geschilderten Konzeption und deren Vertretern »grundsätzlich unterscheidet, [. . .] kommunistisch und revolutionär ist [. . .] und [. . .] kompro-

lich, aber so, daß auch alternative Beurteilungen zur Sprache kommen. Für Rürup rührt die strukturelle Schwäche der Weimarer Republik aus ihrer Entstehungsgeschichte und die der gespaltenen Arbeiterbewegung aus dem Scheitern der sozialdemokratischen Revolution und der militärischen Unterdrückung oppositioneller Arbeitermassen durch die Führung der Sozialdemokratie. Im Gegensatz zur »Bolschewismusfurcht« der sozialdemokratischen Führung habe es keine reale Gefahr von seiten der Linken gegeben, insbesondere nicht von den weitgehend loyalen Arbeiter- und Soldatenräten. Die Räte huldigten keineswegs »rotem Terror« und einer revolutionären Mißwirtschaft, wie sie aus Rußland berichtet wurden, sondern sie zielten auf eine parlamentarisch-demokratische Neuordnung, eine Demokratisierung von Heer, Verwaltung und Wirtschaft, ohne angesichts der akuten Demobilisierungs- und Versorgungsprobleme die Sozialisierung als vordringlich anzusehen. Daß dieses reasonable Programm nicht zum Tragen kam, lastet Rürup der SPD-Führung an, die sich gegen die Massenbewegung und für ein Bündnis mit dem alten Offizierskorps entschieden habe. Erst dadurch sei es zur Eskalation im Spartakusaufstand gekommen. Obwohl eine solche Perspektive die tatsächlichen Machtverhältnisse und wichtige innen- und außenpolitische Faktoren außer Betracht läßt, nicht zuletzt organisatorische Probleme der Arbeiterbewegung, kann diese Hypothese einer weiteren Erforschung der schwierigen Materie dienlich sein.

Immerhin kommen die Mitarbeiter des Bandes in ihren regionalgeschichtlichen Analysen zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen, wie in Anbetracht der jeweiligen Bedingungen nicht anders zu erwarten. Für *Ulrich Kluge* »entwickelte sich der Umsturz in drei deutlich voneinander abgesetzten Aktionsarten: Er begann als Revolte, die in dem Prozeß der Machtergreifung gipfelte, dieser folgte die bewußte Revolutionierung«. Keineswegs war es nur die zentrale SPD-Führung, die sich der Militäradministration bediente. Vielmehr bestimmte die allgemein-politische, militär- und kommunalpolitische Situation die von Ort zu Ort unterschiedliche Ausprägung der revolutionären Bewegung. *Hans-Ulrich Knies* belegt das an dem kontroversen Ablauf in den Nachbarstädten Elberfeld und Barmen, ebenso wie *Irmgard Steinisch* am Beispiel des Mülheimer Raums. *Inge Marßolek* untersucht die Dortmunder und *Ulrich Kluge* schließlich die Münsteraner Vorgänge, die im Zeichen mehrheitssozialdemokratischen Übergewichts standen. Jedenfalls eignen sich die einzelnen Beiträge zu durchaus anderen Schlußfolgerungen, als sie vom Herausgeber sehr apodiktisch gezogen werden. Die Diskussion um Ablauf und Charakter der Novemberrevolution sowie die Rolle der Sozialdemokratie ist auch mit diesem Sammelband keineswegs entschieden.

Kurt Koszyk

Jürgen Klein, Bürgerliche Demokraten oder christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschaften Hand in Hand gegen die Arbeiter, Verlag Association, Hamburg 1974, XXIV, 436 S., kart., 18 DM.

Dieser Titel ist ein zeilenidentischer Nachdruck der ursprünglichen Dissertation »Vereint sind sie alles? Untersuchung zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47«, die 1972 als Band 23 der Schriften der Stiftung Europa-Kolleg in Hamburg erschien. Er ist lediglich um die Seiten XVII bis XXIV ergänzt und hinter der letzten Personenregisterangabe mit einer Widmung für die erschossene Anarchistin Petra Schelm versehen. Der Nachdruck erfolgte, um durch eine billigere Ausgabe die »in der Darstellung verarbeiteten Fakten und unbekanntem Materialien einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen« (S. XVII), die Anmerkung »Der Erinnerung an Petra Schelm gewidmet: 1-422« (S. 436) dagegen, weil nach den Worten Kleins in der zweiten Auflage die mit der Toten verbunden gewesene »politische Konzeption« sich von der in seinem Buch geschilderten Konzeption und deren Vertretern »grundsätzlich unterscheidet, [. . .] kommunistisch und revolutionär ist [. . .] und [. . .] kompro-

mißlos die radikale Umgestaltung der Gesellschaft im Hinblick auf den Sozialismus beinhaltet« (S. XXII). Diese Widmung resultiert aus der Erweiterung und Festigung des »politische[n] Bewußtsein[s]« (S. XVIII) des Autors nach der Promotion. So kann sich dieser auch in der Neuauflage selbst kritisieren, weil die »theoretische und grundsätzliche Erörterung« über die »Gewerkschaftsfrage an sich« weitestgehend unterblieben war, »um die ursprüngliche Zweckbestimmung, die Promotion im Fach Geschichte [,] nicht zu gefährden« (S. XIX). Eine solche damals fehlende Grundposition bezieht Klein dann auch recht deutlich auf den ergänzten 8 Seiten, auf denen auch die DKP und die ML-Organisationen nicht ungeschoren bleiben, während z. B. die »Proletarische Front« den »wahren Weg zeigt.

So wäre der Stab zu brechen über die Verpolitisierung eines an sich recht informativen Werkes, wenn nicht der eigentlich gebliebene Inhalt – in der Intention auf eine bürgerliche Dissertation – tatsächlich ausführlich ein Stück unbearbeiteter Geschichte behandelte. Er kann für den »bürgerlichen« Historiker und Politologen durchaus von Nutzen sein, sowohl als Anregung als auch hinsichtlich der umfassenden – wenn auch manchmal oberflächlichen – Darstellung zur gewerkschaftlichen Entwicklung, besonders was die Emigrationsphase und den Wiederaufbau der Gewerkschaften kurz nach 1945 in allen Teilen Deutschlands angeht. Hierbei ist die Tatsache beachtlich, daß sich Klein einer Fülle von bisher wenig bekannten oder unbekanntem Material bedient hat, besonders wenn man den Umstand berücksichtigt, daß die Quellenlage nicht gerade rosig ist.

Klein beschreibt in seinem ursprünglichen und ungekürzt wieder abgedruckten Werk die Bestrebungen der deutschen Gewerkschafter vor 1933 zur Einheitsorganisation, das Verhalten der Funktionäre in der Illegalität und deren Konzeptionen in der Emigration, das Verhalten der vier späteren Besatzungsmächte und ihre Pläne nach 1945 und schließlich – sehr detailliert – die einzelnen und lokalen Phasen der Gewerkschaftsentwicklung unmittelbar nach dem Kriege in Deutschland. Obwohl Klein die »Einheitsidee« als Bemühungen der Gewerkschaftsbürokratien« (Rückseite) von vor 1933 bis zu deren Intentionen oder Absichtserklärungen in der Emigration und dann in der Entwicklung nach 1945 zwar gerade nicht als roten, aber dennoch als Faden spinnen will, gelingt ihm dies nicht. Zu wenig Verbindung haben die einzelnen, oft willkürlich aneinandergefügten Passagen untereinander, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß dies dem Charakter der Gewerkschaftsentwicklung, in ihrer lokalen Abgeschlossenheit während der Emigration und während des dezentralisierten Deutschland nach 1945 sowie in ihrer um Eigenständigkeit der einzelnen Gewerkschaften bedachten Haltung der jeweiligen Gewerkschaftsführung, tatsächlich entsprach. Auch die These, daß die »Einheitsidee« nicht verfolgt wurde, »um dem Kapitalverhältnis die zentralisierte Arbeiteralternative entgegenzusetzen, sondern um die Arbeiter noch zentraler reformistisch oder staatskapitalistisch an das Kapitalverhältnis zu binden« (Rückseite), wird keineswegs bewiesen – vielleicht, weil sie nicht zu beweisen ist.

Horst-Peter Schulz

Ingmar Dreher, Die deutsche proletarisch-revolutionäre Kinder- und Jugendliteratur zwischen 1918 und 1933. Hansgeorg Meyer, Die deutsche Kinder- und Jugendliteratur 1933 bis 1945. Ein Versuch über die Entwicklungslinien (= Studien zur Geschichte der deutschen Kinder- und Jugendliteratur, hrsg. von Horst Kunze, H. 6/7), Der Kinderbuchverlag, Berlin – DDR 1975, 127 S., brosch., 4 M.

Daß die beiden Autoren laut Verlagswerbung schon lange Zeit auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendliteratur tätig sind, läßt sich anhand der vorliegenden Studien kaum glauben. Dazu ist das, was von ihnen »als Plattform für schöpferisch weiterführenden Streit« (S. 5) vorgestellt wird, allzu schlicht an dem von dem Herausgeber anvisierten

mißlos die radikale Umgestaltung der Gesellschaft im Hinblick auf den Sozialismus beinhaltet« (S. XXII). Diese Widmung resultiert aus der Erweiterung und Festigung des »politische[n] Bewußtsein[s]« (S. XVIII) des Autors nach der Promotion. So kann sich dieser auch in der Neuauflage selbst kritisieren, weil die »theoretische und grundsätzliche Erörterung« über die »Gewerkschaftsfrage an sich« weitestgehend unterblieben war, »um die ursprüngliche Zweckbestimmung, die Promotion im Fach Geschichte [,] nicht zu gefährden« (S. XIX). Eine solche damals fehlende Grundposition bezieht Klein dann auch recht deutlich auf den ergänzten 8 Seiten, auf denen auch die DKP und die ML-Organisationen nicht ungeschoren bleiben, während z. B. die »Proletarische Front« den »wahren Weg zeigt.

So wäre der Stab zu brechen über die Verpolitisierung eines an sich recht informativen Werkes, wenn nicht der eigentlich gebliebene Inhalt – in der Intention auf eine bürgerliche Dissertation – tatsächlich ausführlich ein Stück unbearbeiteter Geschichte behandelte. Er kann für den »bürgerlichen« Historiker und Politologen durchaus von Nutzen sein, sowohl als Anregung als auch hinsichtlich der umfassenden – wenn auch manchmal oberflächlichen – Darstellung zur gewerkschaftlichen Entwicklung, besonders was die Emigrationsphase und den Wiederaufbau der Gewerkschaften kurz nach 1945 in allen Teilen Deutschlands angeht. Hierbei ist die Tatsache beachtlich, daß sich Klein einer Fülle von bisher wenig bekannten oder unbekanntem Material bedient hat, besonders wenn man den Umstand berücksichtigt, daß die Quellenlage nicht gerade rosig ist.

Klein beschreibt in seinem ursprünglichen und ungekürzt wieder abgedruckten Werk die Bestrebungen der deutschen Gewerkschafter vor 1933 zur Einheitsorganisation, das Verhalten der Funktionäre in der Illegalität und deren Konzeptionen in der Emigration, das Verhalten der vier späteren Besatzungsmächte und ihre Pläne nach 1945 und schließlich – sehr detailliert – die einzelnen und lokalen Phasen der Gewerkschaftsentwicklung unmittelbar nach dem Kriege in Deutschland. Obwohl Klein die »Einheitsidee« als Bemühungen der Gewerkschaftsbürokratien« (Rückseite) von vor 1933 bis zu deren Intentionen oder Absichtserklärungen in der Emigration und dann in der Entwicklung nach 1945 zwar gerade nicht als roten, aber dennoch als Faden spinnen will, gelingt ihm dies nicht. Zu wenig Verbindung haben die einzelnen, oft willkürlich aneinandergefügten Passagen untereinander, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß dies dem Charakter der Gewerkschaftsentwicklung, in ihrer lokalen Abgeschlossenheit während der Emigration und während des dezentralisierten Deutschland nach 1945 sowie in ihrer um Eigenständigkeit der einzelnen Gewerkschaften bedachten Haltung der jeweiligen Gewerkschaftsführung, tatsächlich entsprach. Auch die These, daß die »Einheitsidee« nicht verfolgt wurde, »um dem Kapitalverhältnis die zentralisierte Arbeiteralternative entgegenzusetzen, sondern um die Arbeiter noch zentraler reformistisch oder staatskapitalistisch an das Kapitalverhältnis zu binden« (Rückseite), wird keineswegs bewiesen – vielleicht, weil sie nicht zu beweisen ist.

Horst-Peter Schulz

Ingmar Dreher, Die deutsche proletarisch-revolutionäre Kinder- und Jugendliteratur zwischen 1918 und 1933. Hansgeorg Meyer, Die deutsche Kinder- und Jugendliteratur 1933 bis 1945. Ein Versuch über die Entwicklungslinien (= Studien zur Geschichte der deutschen Kinder- und Jugendliteratur, hrsg. von Horst Kunze, H. 6/7), Der Kinderbuchverlag, Berlin – DDR 1975, 127 S., brosch., 4 M.

Daß die beiden Autoren laut Verlagswerbung schon lange Zeit auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendliteratur tätig sind, läßt sich anhand der vorliegenden Studien kaum glauben. Dazu ist das, was von ihnen »als Plattform für schöpferisch weiterführenden Streit« (S. 5) vorgestellt wird, allzu schlicht an dem von dem Herausgeber anvisierten

Ziel: nämlich, »die tatsächlich wirksam gewesene Literatur zu erfassen und zu prüfen, um die Leistungen der progressiven Kinder- und Jugendliteratur bewußt zu machen« (S. 5), vorbeikonstruiert. Das liegt ganz wesentlich mit daran, daß die Autoren hinsichtlich der »Wirkungsproblematik« so gut wie gar keine Optik entwickeln. Weder sprechen sie die Auflagezahlen der von ihnen kontrastierten literarischen Spielarten (bürgerlich-apolgetisch/bürgerlich-humanistisch/proletarisch-revolutionär) an, noch diskutieren sie die verschiedenen literarischen Verteilersysteme und deren Effektivität. Zudem verschwenden sie auch keinen Gedanken auf die Frage nach der Art, wie Kinder- oder Jugendliteratur vom Leser angenommen bzw. verarbeitet wurde. Dies alles mitzubedenken, wäre den Autoren freilich deshalb schwierig geworden, weil sie, wenn überhaupt, ihren Gegenstand auf einen sehr abstrakt-doktrinären Begriff bringen. Jedenfalls ist ihr Bezugspunkt nicht der populäre Lesestoff, das Groschenheft, das Schulbuch, das, was Kinder in ihrem Lesealltag nun tatsächlich in die Hand bekommen, was sie singen, als Märchen erzählt hören u. ä. m., sondern vielmehr die »Nationalliteratur«. Was in Rede steht, ist das Kinder- und Jugendbuch als Teil der »national-repräsentativen Kunst« (S. 61); ja enger noch: allein das im jeweiligen Untersuchungszeitraum mit künstlerisch-allgemeinverbindlichem Anspruch geschriebene Kinder- und Jugendbuch.

Damit ist freilich der Reduktionismus hinsichtlich der Problemlage noch längst nicht am Ende. Künstlerisch-allgemeinverbindliche Literatur, die den komplizierten gesellschaftlichen Lebensprozeß sachadäquat widerspiegelt, so wird unterstellt, ist von einem bürgerlichen Standpunkt aus ganz und gar nicht möglich. Wenn schon nicht immer »Apologie des Antihumanismus« (S. 99), so muß bürgerliche Literatur noch in ihren besten Varianten notwendigerweise »abstrakt und illusionär« (S. 15) sein, da nur die Arbeiterklasse »gesetzmäßig zum Träger der Erneuerung der Nationalliteratur« (S. 15) bestimmt ist. Liefße sich über diese These eventuell noch streiten, so liegt ihre undiskutierbare Verkürzung darin, daß Dreher wie Meyer Arbeiterklasse allem Anschein nach in der Zeitperspektive mit der »großen sozialistischen Oktoberrevolution« und parteipolitisch mit der KPD in eins setzen. Das ist um so gravierender, als zugleich behauptet ist, daß literarische Qualität, Realismus, Humanismus, wirkliches Problembewußtsein sowie Einheit zwischen Literatur und Leben nur durch »bewußte Identifizierung mit der zur Führung der Nation berufenen Arbeiterklasse und die persönliche Teilnahme der Schriftsteller an den Kämpfen des revolutionären Proletariats« (S. 16) möglich sind; dementsprechend wird eine positiv zu beurteilende ästhetische Leistung nur da gebilligt, wo Werk und Autor sich in augenfälliger »Übereinstimmung mit der Strategie und Taktik der KPD in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre« (S. 46) befinden. Dabei wird nun völlig ignoriert, daß zutreffende Wirklichkeitsabspiegelung, Realismus, wie Marx sagt, »sogar der Ansicht des Autors zum Trotz durchbrechen kann« und daß es »desto besser für das Kunstwerk« ist, »je mehr die Ansicht des Autors verborgen bleibt«. Das scheint um so unredlicher, als den Autoren der Sammelband: Karl Marx / Friedrich Engels: Über Kunst und Literatur, durchaus bekannt ist. Jedenfalls zitieren sie ihn.

Das alles bedeutet freilich: Wenn von vornherein die Analyse von Kinder- und Jugendbüchern auf ein sehr enges Spektrum begrenzt wird sowie das Bewertungsinstrumentarium nicht weiter als auf das Kriterium einer sehr spezifischen persönlich politisch-weltanschaulichen Zugehörigkeit hin operationalisiert wird, bleibt wirklich nur wenig zu sagen. Bringt deshalb die Studie von Dreher nicht viel mehr als einige wenige Kurzanalysen von Autoren wie Zur Mühlen, Lask, Tetzner, Pijet, Schönstedt und Wedding, so Meyer – wengleich auf etwas differenziertem Niveau – die Erinnerung, daß auch die Kinder- und Jugendliteratur der Jahre 1933–1945 nicht mit dem gleichzusetzen ist, was in Deutschland offiziös war; neben vielen Mitläufern gab es Autoren, die resignierten, die mit viel List und Mut an ihrem humanen Engagement festhielten sowie in der Emigration sich zu Wort meldeten. Das freilich ist so neu eben nicht.

Christoph Rülcker

Gerald Stieg / Bernd Witte, *Abriss einer Geschichte der deutschen Arbeiterliteratur* (= Literaturwissenschaft – Gesellschaftswissenschaft 3), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1973, 201 S., kart., 10,60 DM.

In der Bundesrepublik ist die ›Arbeiterliteratur‹ erst seit den 60er Jahren wiederentdeckt worden. Das geschah einerseits insbesondere durch den freilich mißglückten Versuch der Werkkreise, »eine breite Bewegung schreibender Arbeiter« auszulösen (S. 146). Auf der anderen Seite waren es die Universitätsgermanistik sowie die Studentenbewegung, die dazu anregten, an die Tradition der Arbeiterliteratur durch Neuabdrucke von Autoren wie Lersch, Engelke bzw. Grünberg, Schönstedt, Turek, Marchwitza u. a. m. wenigstens in Ansätzen zu erinnern.

Zusammen damit ging auch ein verstärktes theoretisches Bemühen um den Gegenstand, ein Bemühen, das allerdings, wie schon in den Weimarer Jahren, oft durch eine »Projektion der eigenen Ziele in die Vergangenheit« (S. 8) ideologisch verstellt war; jedenfalls wurden oft schier »kanonisch zu nennende« (S. 10) Teilauswahlen getroffen, die dann ebenso oft nach abstrakt-äußerlichen ästhetischen, soziologischen oder politischen Doktrinen beurteilt wurden.

Dieses Manko hat, wie Stieg/Witte andeuten, seine Ursache sowohl in der mangelnden »Einsicht in den geschichtlichen Zusammenhang der Arbeiterliteratur« (S. 11) wie auch darin, daß ihr spezifischer Charakter allzulange Zeit nur wenig Berücksichtigung fand. Arbeiterliteratur ist wesentlich ›operative‹ Literatur; ihre Techniken und ihr Erscheinungsbild haben ausgeprägt situative Bezüge, und ihre Funktion ist allein nach dem Beitrag zu beurteilen, den sie im Prozeß der ›Organisation einer Klasse‹ (S. 13) leistet. Dementsprechend reproduziert sie nicht das ›bürgerliche‹ »Kommunikationsmodell genialer Dichter – rezeptiver Leser« (S. 13). Sie sucht vielmehr, an die »Publikationsformen und das Verteilersystem der Arbeiterbewegung gebunden« (S. 12), den Arbeiter-Leser in den literarischen Lebensprozeß aktiv wie passiv einzubinden und ihm somit zu helfen, seiner Lage bewußt zu werden.

Von diesen Vorüberlegungen ausgehend, bemühen sich die Autoren konsequenterweise erst gar nicht darum, Arbeiterliteratur personell und/oder thematisch und/oder formal eindeutig abzugrenzen und zu fixieren. Vielmehr liegt ihr Interesse darin, die situativ-prozessuale Nichtabgeschlossenheit der Entwicklung skizzenhaft zu rekonstruieren. Dabei sollen die Wege und Abwege deutlich werden, die in diesem Zusammenhang gegangen wurden und zu manchem Erfolg, aber auch zu vielen Schwierigkeiten führten. In diesem Kontext sind die Autoren nun erfreulicherweise ganz und gar nicht auf archivalische Akribie und darauf aus, etwas gänzlich Neues darzubieten. Ihre bescheidene Absicht scheint eher darin zu liegen, daß sie die bisherigen – ideologisch und ästhetisch oft konträren – Forschungsergebnisse einmal sichten, unter ihrem eigenen spezifischen Orientierungspunkt zusammenstellen, ordnen und eventuell etwas differenzierter als im jeweiligen Original interpretieren.

Das gelingt ihnen, aufs ganze gesehen, vorzüglich, selbst wenn man gegen die eine oder andere Akzentsetzung Vorbehalte hat sowie durchaus der Ansicht sein kann und wird, daß bei ihnen Verschiedenes zu kurz, zu gut oder zu schlecht wekommt: Es ist einfach nützlich, auf engem Raum einmal einen Überblick über den Gegenstand und die ihm zugehörige wissenschaftliche Literatur zur Hand zu haben. Dabei liegt der besondere Vorzug des geschichtlichen Abrisses darin, daß innerhalb einer relativ groben Zeitmatrix – Arbeiterliteratur bis zum ersten Weltkrieg / in der Weimarer Republik / in der BRD / in der DDR – sowohl die verschiedenen Formen der Arbeiterliteratur (Lyrik, Prosa, Schauspiel) als auch deren qualitative Veränderungen angesprochen werden. Zudem werden jeweils der Stand der literarischen Theoriebildung in der Arbeiterbewegung, das Selbstverständnis der Arbeiterliteraten, ihre literarische Technik im Verhältnis zur bürgerlichen Dichtung sowie die Organisations- und Verbreitungsformen der Arbeiterliteratur diskutiert. Schließ-

lich nimmt ein Exkurs auch die Frage nach dem Verhältnis von Arbeiterliteratur und Nationalsozialismus auf.

Irritierend ist allerdings ein Anhang von mehr als 150 Arbeitsfragen, die sehr pedantisch den einzelnen Überschriften des Inhaltsverzeichnisses zugeordnet sind. Gerade wenn man verstehen kann, daß die intensive Auseinandersetzung mit den bisherigen Forschungsergebnissen zur Arbeiterliteratur eine Fülle von Wünschen nach anders als bisher akzentuierten Spezialuntersuchungen offen läßt, die zu artikulieren einfach zur Sache gehört hätte, so ist es schlicht enttäuschend, wenn man sich am Schluß des Buches nur mit einer naiven und schlecht konstruierten Testbatterie konfrontiert sieht.

»Von welchem Standpunkt aus übt Marx Kritik an Lassalles ›Sickingen‹-Drama?«. »Inwiefern ist die frühe Arbeiterlyrik Klassendichtung?«. »Was meint J. R. Becher, wenn er Bredels Roman ›Zurückgebliebenheit‹ vorwirft?«. »Interpretieren Sie genau alle Veränderungen, die Lersch an den im Buch angeführten Texten vorgenommen hat« usw. usf. Die Antworten stehen fast alle schon vorher geschrieben, und man fühlt sich sozusagen examiniert. Hat man denn nun alles richtig verstanden, ist keine Seite überschlagen, ist das Gelesene nicht durch eigene Gedanken verzerrt worden? Das ist natürlich ärgerlich und wird auch nicht dadurch besser, daß man sich an das Impressum und damit daran erinnert, daß das Ganze aus einem Seminar entstanden sei und daß »alle Drucke dieser Auflage im Unterricht nebeneinander benutzt werden« können.

Einmal ganz davon abgesehen, daß der Text nicht den Eindruck eines didaktisch konzipierten Schul- oder Studienbuches bietet, sondern eher an eine Vorlesung gemahnt, möchte ich eine derartig befragende Inquisition auf Schüler oder Studenten nicht angewendet wissen. Allerdings: man braucht ja die Fragen nicht zur Kenntnis zu nehmen: Dann sind zwar 10 Seiten vergebens gekauft, aber das läßt sich ertragen. Christoph Rülcker

Babeuf. Der Krieg zwischen Reich und Arm. Artikel, Reden, Briefe hrsg. von Peter Fischer (= Wagenbachs Taschenbücherei 9), Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1975, 128 S., kart., 6 DM.

Joachim Höppner / Waltraud Seidel-Höppner, Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Bd. I: Einführung, Bd. II: Texte (= Reclams Universalbibliothek 645/646), Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig 1975, 542 und 623 S., Ln., zus. 9 M.

Christopher H. Johnson, Utopian Communism in France. Cabet and the Icarians, 1839 - 1851, Cornell University Press, Ithaca / London 1974, 324 S., Ln., £. 9.60.

Die Besprechung der drei Publikationen bietet Gelegenheit, kurz auf theoretische und auch praktische Probleme der Forschung zum vormarxistischen Sozialismus einzugehen: (1) das eingewurzelte Verständnis des vormarxistischen Sozialismus als einer reinen Gedankenbewegung; (2) die Gegenstandsgenauigkeit neuerer Übersichten zur Geschichte des vormarxistischen Sozialismus; (3) utopian communities seit 1825 und das Warum ihrer Gründung; (4) die Verfügbarkeit gedruckter Quellen und älterer Spezialliteratur.

In jüngerer Zeit sind wenige Babeuf-Texte deutsch erschienen, teils gesondert, teils in Sammelbänden. Hier interessieren die von Germaine und Claude Willard besorgten »Textes choisis«, die Horst Schlechte übertragen hat (Babeuf. Ausgewählte Schriften, Berlin-DDR 1956). Auf die Übersetzung greift Peter Fischer für seine Babeuf-Auswahl hauptsächlich zurück, außerdem steuert er eigene Übertragungen bei. Zum besseren Verständnis der Quellen beginnt Fischer alle drei Textgruppen der Ausgabe - »Babeuf vor der Revolution«, »Babeuf in der Revolution«, »Vom Thermidor zur Verschwörung« - mit Informationen und sachkundigen Analysen. Den Band beschließt eine klug zusammengestellte

lich nimmt ein Exkurs auch die Frage nach dem Verhältnis von Arbeiterliteratur und Nationalsozialismus auf.

Irritierend ist allerdings ein Anhang von mehr als 150 Arbeitsfragen, die sehr pedantisch den einzelnen Überschriften des Inhaltsverzeichnisses zugeordnet sind. Gerade wenn man verstehen kann, daß die intensive Auseinandersetzung mit den bisherigen Forschungsergebnissen zur Arbeiterliteratur eine Fülle von Wünschen nach anders als bisher akzentuierten Spezialuntersuchungen offen läßt, die zu artikulieren einfach zur Sache gehört hätte, so ist es schlicht enttäuschend, wenn man sich am Schluß des Buches nur mit einer naiven und schlecht konstruierten Testbatterie konfrontiert sieht.

»Von welchem Standpunkt aus übt Marx Kritik an Lassalles ›Sickingen‹-Drama?«. »Inwiefern ist die frühe Arbeiterlyrik Klassendichtung?«. »Was meint J. R. Becher, wenn er Bredels Roman ›Zurückgebliebenheit‹ vorwirft?«. »Interpretieren Sie genau alle Veränderungen, die Lersch an den im Buch angeführten Texten vorgenommen hat« usw. usf. Die Antworten stehen fast alle schon vorher geschrieben, und man fühlt sich sozusagen examiniert. Hat man denn nun alles richtig verstanden, ist keine Seite überschlagen, ist das Gelesene nicht durch eigene Gedanken verzerrt worden? Das ist natürlich ärgerlich und wird auch nicht dadurch besser, daß man sich an das Impressum und damit daran erinnert, daß das Ganze aus einem Seminar entstanden sei und daß »alle Drucke dieser Auflage im Unterricht nebeneinander benutzt werden« können.

Einmal ganz davon abgesehen, daß der Text nicht den Eindruck eines didaktisch konzipierten Schul- oder Studienbuches bietet, sondern eher an eine Vorlesung gemahnt, möchte ich eine derartig befragende Inquisition auf Schüler oder Studenten nicht angewendet wissen. Allerdings: man braucht ja die Fragen nicht zur Kenntnis zu nehmen: Dann sind zwar 10 Seiten vergebens gekauft, aber das läßt sich ertragen. Christoph Rülcker

Babeuf. Der Krieg zwischen Reich und Arm. Artikel, Reden, Briefe hrsg. von Peter Fischer (= Wagenbachs Taschenbücherei 9), Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1975, 128 S., kart., 6 DM.

Joachim Höppner / Waltraud Seidel-Höppner, Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Bd. I: Einführung, Bd. II: Texte (= Reclams Universalbibliothek 645/646), Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig 1975, 542 und 623 S., Ln., zus. 9 M.

Christopher H. Johnson, Utopian Communism in France. Cabet and the Icarians, 1839 - 1851, Cornell University Press, Ithaca / London 1974, 324 S., Ln., £. 9.60.

Die Besprechung der drei Publikationen bietet Gelegenheit, kurz auf theoretische und auch praktische Probleme der Forschung zum vormarxistischen Sozialismus einzugehen: (1) das eingewurzelte Verständnis des vormarxistischen Sozialismus als einer reinen Gedankenbewegung; (2) die Gegenstandsgenauigkeit neuerer Übersichten zur Geschichte des vormarxistischen Sozialismus; (3) utopian communities seit 1825 und das Warum ihrer Gründung; (4) die Verfügbarkeit gedruckter Quellen und älterer Spezialliteratur.

In jüngerer Zeit sind wenige Babeuf-Texte deutsch erschienen, teils gesondert, teils in Sammelbänden. Hier interessieren die von Germaine und Claude Willard besorgten »Textes choisis«, die Horst Schlechte übertragen hat (Babeuf. Ausgewählte Schriften, Berlin-DDR 1956). Auf die Übersetzung greift Peter Fischer für seine Babeuf-Auswahl hauptsächlich zurück, außerdem steuert er eigene Übertragungen bei. Zum besseren Verständnis der Quellen beginnt Fischer alle drei Textgruppen der Ausgabe - »Babeuf vor der Revolution«, »Babeuf in der Revolution«, »Vom Thermidor zur Verschwörung« - mit Informationen und sachkundigen Analysen. Den Band beschließt eine klug zusammengestellte

Kurzbibliographie, die es mit eingeschobenen Hinweisen und Urteilen dem Interessierten leicht macht, in die Babeuf-Forschung hineinzufinden. Fischers Publikation teilt die Schwäche zahlreicher Auswahlen. Man fragt, warum so hart gekürzt, so vieles weggelassen ist. Als Vorwurf will diese Anmerkung nicht auftreten. Zu deutlich bezweckt Fischer, gegen interessierte Vergeßlichkeit zunächst mit den sprechendsten Quellenausügen anzugehen. Die maßgebende deutsche Ausgabe war nicht geplant.

Bemerkenswert, wie Fischer seine Arbeit rechtfertigt. »Der Kampf, den Babeuf begonnen hat, ist bei weitem noch nicht bis zum Ende ausgetragen, und wir müssen, eben weil er gescheitert ist, dessen eingedenk sein, was er hat machen wollen. Deshalb Babeuf – und deshalb Geschichte. [. . .] Die Geschichte ist immer noch eine Geschichte der Klassenkämpfe, es kann also nicht schaden, sich mit den Klassenkämpfen der Vergangenheit einzulassen, denn Vergangenheit ist ja so lange nicht vorbei, als die in ihr begonnenen Kämpfe andauern« (S. 9 f.). Bemerkenswert diese Rechtfertigung deshalb, weil das antiquarische Interesse am vormarxistischen Sozialismus nichts gilt, weil er begriffen und befragt wird als Inhalt, der den analysierenden Wissenschaftler, sofern geschichtlicher Wahrheit aufgeschlossen, nicht stumpf und unbeteiligt läßt. Die internationale Forschung zum vormarxistischen Sozialismus ist auf besseren Wegen nicht dadurch, daß sie mit dieser Perspektive bisher wenig im Sinn hat.

In der Bundesrepublik und in der DDR sind seit Mitte der 60er Jahre Texte des vormarxistischen Sozialismus in größerer Zahl erschienen. Gut vertreten Wilhelm Weitling, zuletzt mit Ahlrich Meyers Ausgabe der »Garantien der Harmonie und Freiheit« (1974). Reiches Material, vor allem aus den Zeitschriften des Weitlingschen Arbeiterkommunismus Anfang der 1840er Jahre, enthält Werner Kowalskis Quellenedition »Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus« (1967). Die deutsche Ausgabe 1966 der »Théorie des quatre mouvements« von 1808 brachte erstmalig in Deutschland ein Hauptwerk Charles Fouriers ungekürzt (Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen). Ältere Fourier-Übersetzungen bescheiden sich mit knappen Auszügen aus dem Gesamtwerk. Auguste Blanqui: Textausgaben von Frank Deppe (1968) und Arno Münster (1971). Aus jüngster Zeit zwei nach Inhalt und Umfang gewichtige Editionen zu Claude-Henri de Saint-Simon (Ausgewählte Schriften, hrsg. von Lola Zahn, Berlin-DDR 1976) und zur sogenannten Schule Saint-Simons (Saint-Simonistische Texte, hrsg. von Rütger Schäfer, 2 Bände, Aalen 1975).

Verdienstvoll sind die Quellenwerke mit ausgewählten Texten einiger bis vieler vormarxistischer Sozialisten, vor allem der fast 700 Seiten starke Band »Die frühen Sozialisten«, 1967 herausgegeben von Frits Kool und Werner Krause, und – in zweiter erweiterter Auflage – Thilo Ramms Edition »Der Frühsozialismus« (1968). Michael Vesters zweibändige Ausgabe »Die Frühsozialisten 1789–1848« von 1970/71 beschränkt sich in problematischem Verfahren auf Folgen kürzerer und längerer Zitate; es heißt jedoch rechtzeitig, beabsichtigt sei ein erstes Vorstellen der Autoren, kein Quellenwerk für das vertiefte Studium. Den genannten Sammlungen ist Joachim Höppners und Waltraud Seidel-Höppners Textband an die Seite zu stellen, der den »Französischen Sozialismus und Kommunismus vor Marx« breit dokumentiert. Dieser Textband, der auch allein bestehen kann, ist Teil einer Einheit, er ergänzt den ausführlichen Darstellungsband.

Die Autoren skizzieren einleitend Planungen, aus denen die vorliegende Publikation kenntlich wird als erster Beitrag zu einer weiter ausgreifenden Analyse und Dokumentierung des vormarxistischen Sozialismus. Arbeiten betreffend England und Deutschland, wenn möglich auch Rußland, sollen folgen. Der Hinweis auf Rußland bleibt bereits außerhalb gängiger Kenntnis des vormarxistischen Sozialismus und deutet an, was in einer auf das Gesamtphänomen gerichteten Forschung fällig ist. Der Kreis ließe sich noch größer schlagen – Höppner/Seidel-Höppner müssen darüber nicht belehrt werden –, so daß er zum Beispiel Italien und die USA einschließt. Überblicksdarstellungen zum vormarxisti-

schen Sozialismus aus neuerer Zeit zeigen, wie selten die herkömmliche Dreieckigkeit Frankreich–England–Deutschland erweitert wird. G. D. H. Cole verfährt Anfang der 1950er nach dem alten Muster (*Socialist Thought. The Forerunners 1789–1850*), auch zwei Jahrzehnte später im ersten Band der unter Jacques Droz erarbeiteten Sozialismus-Geschichte – »Dès origines à 1875« – wird nicht gegen die Regel verstoßen. Für die Ausnahme sorgt Gian Mario Bravos »Storia del socialismo 1789–1848« (1971). Die USA und Italien sind hier ebenso einbezogen wie Rußland, Skandinavien, die iberische Halbinsel und Lateinamerika.

Der Quellenband beginnt mit Dokumenten aus den Anfängen des französischen vormarxistischen Sozialismus während der Großen Revolution: Artikel, Aufrufe und Entwürfe des Enragés-Führers Jacques Roux, des Sprechers der Besitzlosen in Lyon François-Joseph L'Ange; Texte Babeufs und des an der babouvistischen Verschwörung maßgeblich beteiligten Filippo Buonarroti. Anschließend Saint-Simon und der Saint-Simonismus, Fourier und der Fourierist Victor Considerant. Mit Texten, die bisher nur ausnahmsweise deutsch vorlagen, folgen die Neobabouvisten Lahautière und Laponneraye; nach einer Auswahl Proudhon, Louis Blanc und Cabet weiter die Berichterstatter des kommunistischen Banketts im Pariser Arbeitervorort Belleville am 1. Juli 1840, dann zwei der Berichtenden, Jean-Jacques Pillot und Théodore Dézamy. Reden und Aufrufe Auguste Blanquis schließen den Band. Er bringt zu den einzelnen Quellengruppen Einführungen und erläuternde Zusätze, weshalb er, wie gesagt, für sich sprechen würde. Der Darstellungsband fragt nach dem gesellschafts- und theoriegeschichtlichen Zusammenhang, in dem das dokumentierte Denken sich bewegt und aus dem es begriffen werden muß. Geantwortet wird auf dem Niveau breiter Quellenkenntnis und der Klarheit über den Gegenstand.

Höppner/Seidel-Höppner sind überzeugt, der Marxismus als Theorie wie als praktische Bewegung sei undenkbar ohne die »Vorarbeit« des vormarxistischen Sozialismus. Sie wenden sich gegen die geringe Beachtung der Vorarbeitenden besonders in der DDR; dort sei deren Bild bislang »oberflächlich und einseitig«. Verglichen mit der Forschung zum Thema in der Sowjetunion liege die der DDR deutlich zurück (vgl. Bd. I, S. 5, 8, 16). Diese Situation erklärt das Bemühen, den Gegenstand so treffend zu bestimmen, daß die Notwendigkeit einsichtig wird, ihn gründlich zu erschließen und zu analysieren. Abgewiesen wird der Gedanke, der vormarxistische Sozialismus sei wesentlich Flucht aus der schlechten Welt in die Wirklichkeitsferne eines Traumreichs. Ein Verständnis, so muß man ergänzen, das in der nichtmarxistischen Literatur lange etwas galt und nicht selten hinauskam auf armen Spott über die »Koryphäen der sozialen Phantastik« (Eugen Dühring). Auch marxistische Interpretationen gingen daneben, wenn die Marx-Engels-Rede vom »kritisch-utopischen Sozialismus und Kommunismus« an der Stelle *utopisch* betont wurde und dieses Beiwort nur entrückt und Luftschloß bedeuten sollte.

Gegen den zurückgewiesenen Gedanken setzen Höppner/Seidel-Höppner eine gesellschaftsgeschichtlich abgeleitete Bestimmung des vormarxistischen Sozialismus: Er spiegelt »reale ökonomische Widersprüche und soziale Gegensätze der Klassengesellschaft«; er »wurzelt in der materiellen Lage und den praktischen Bestrebungen der entrechteten Massen und verdichtet sich zur konkreten Forderung nach wirklicher Veränderung der wirklichen Welt. Nur deshalb, weil er bestimmte reale Widersprüche richtig erfaßte, konnte er bestimmte Entwicklungstendenzen aufdecken. Nur deshalb gelten viele seiner Einzelkenntnisse bis heute. Nur deshalb gibt es überhaupt eine *Geschichte* der sozialistischen und kommunistischen Ideen. [...] In allen Fällen [hat er] das spontane Drängen der ausgebeuteten Massen richtungweisend beeinflußt und den Reifeprozess des frühproletarischen Klassenbewußtseins gefördert« (Bd. I, S. 10 f.). Vormarxistischer Sozialismus als Kenntnis und Erkenntnis einer angebbaren Entfaltungsphase der bürgerlichen Gesellschaft: Der Stand solcher Kenntnis und Erkenntnis ist von der Forschung ungenügend ermittelt. In welcher Weise aufgefaßt und gewendet finden sich im vormarxistischen Sozialismus die

»praktischen Bestrebungen der entrechteten Massen«; sind solche Bestrebungen aus ihm sicher zu erschließen? Schwierige und von der Forschung kaum angegangene Fragen.

Das geschichtliche Ende des vormarxistischen Sozialismus ist bei Höppner/Seidel-Höppner so konkret wie nötig bestimmt. »Mit der Herausbildung des Marxismus ab 1845/46, endgültig mit der Revolution von 1848, die alle utopischen Programme widerlegt, schreitet die Entwicklung über ihn hinaus«. Wann er einsetzt, wird dagegen nicht klar. Zumindest ist die Tendenz erkennbar, ihn zurückzudehnen: Er lasse sich »als bäuerlich-plebejische Bewegung wie als Reflex der Lage und der Bestrebungen der arbeitenden Klassen im linken Flügel des bürgerlichen Humanismus und der Aufklärung weit zurückverfolgen« (Bd. I, S. 17). Wenn es notwendig ist – nach meiner Ansicht ja –, den Begriff vom vormarxistischen Sozialismus an der bürgerlichen Gesellschaft im Stadium der Industriellen Revolution zu orientieren, geht es nicht an, »linkes« Denken auch weit vor dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts zur Sache zu rechnen. Die Gegenrede bedeutet keineswegs, die Frage nach dem Grad der inhaltlichen Nähe vormarxistischer Sozialisten zu den Diggers der englischen Revolution oder zu Meslier und Morelly abzuschneiden.

Im Quellenband sind den einleitenden Bemerkungen zu jeder Textgruppe Auswahlbibliographien angefügt. Die unsägliche Arbeit Otto Warschauers 1892 über Saint-Simon und den Saint-Simonismus (Bd. II, S. 116) darf man getrost vergessen; dafür sollten genannt werden zumindest die neueren Monographien Frank E. Manuels (1956) und Rolf Peter Fehlbaums (1970) sowie die Saint-Simon-/Saint-Simonismus-Bibliographie Jean Walchs (1967). Die Fourier-Kleinstausgabe Paul Oestreichs 1919 (Bd. II, S. 178) ist wegen des Mischmasch aus Zitat und Paraphrase und wegen fehlender Nachweise wertlos; die im Vergleich weit bessere Auswahl Thurows 1925 bleibt unerwähnt. Als weiterführende Informationsträger erwartet man zu Babeuf den von Dalin, Saitta und Soboul bearbeiteten »Inventaire des manuscrits et imprimés de Babeuf« (1966), zu Fourier den bibliographischen Versuch von Giuseppe Del Bo (1957). Vereinzelt wird hingewiesen auf Neudrucke älterer Titel (vgl. Bd. II, S. 21, 467). Solche Hinweise wären häufiger möglich gewesen, zum Beispiel für die Werke Fouriers (S. 178), für Édouard Silberlings nützliches »Dictionnaire de sociologie phalanstérienne« (S. 179) oder für die breit angelegte Cabet-Monographie von Prudhommeaux (S. 377; dort ungenau: Proudhommeaux). Seit einiger Zeit ist es ergiebig, zwecks Erleichterung der Vormarxismus-Forschung die Produktion der an Socialistica interessierten Neudruck-Verlage weltweit zu verfolgen. Man nutze den jährlichen »Guide to Reprints«. Stolze Preise, aber das Angebot ist beachtlich: ricardianische Sozialisten, Saint-Simon und Saint-Simonisten, Fourier, Cabet, Dézamy, Pecqueur, Owens Zeitschrift »New Moral World«, Quellen und ältere Literatur zu den nordamerikanischen utopian communities – so die »New Harmony Gazette« –, Podmores Owen-Monographie (1906), Eliza Marian Butlers »The Saint-Simonian Religion in Germany« (1926) – und vieles mehr.

Das hergebrachte Verständnis des vormarxistischen Sozialismus als einer Gedankenbewegung ist besonders im letzten Jahrzehnt durch gegenbeweisende Forschung in Frage gestellt worden. Zu den Treffern zählt *Christopher H. Johnsons* Monographie über die ikarische kommunistische Bewegung der 1840er Jahre in Frankreich und deren Haupt Étienne Cabet. Sie fußt auf der 1968 abgeschlossenen Dissertation des Autors, die mehr darlegt als das Buch und auch wegen der reichen Spezialbibliographie im Anhang zu beachten bleibt (Kopie der Dissertation/University of Wisconsin in der Bremer Universitätsbibliothek). Die Literatur über vormarxistischen Sozialismus, näher über den Frankreichs, geht nach Johnsons Erfahrung betont biographisch-geistesgeschichtlich vor. Der Erfolg ist ein »außerordentlich reiches Bild der geistigen Welt der französischen Linken« im halben Jahrhundert zwischen 1789er und 1848er Revolution. Aber vormarxistischer Sozialismus ist mehr als bloß Ideenwelt, vor allem in den französischen 1840er Jahren. Für Teile des arbeitenden Volkes wird er zu einer »Quelle politischer Identität« (S. 13 f.). Wer aus dem

Volk fühlt sich angesprochen, wer bindet sich, bis zu welchem Grad, aus welchen sozialen Gründen; wieviele binden sich und wie bewußt sind sie: Bisher bleibt die Forschung die meisten Antworten schuldig. Johnson besteht darauf, daß zur umfassenden Einsicht in das geschichtliche Phänomen vormarxistischer Sozialismus Fragen dieses Zuschnitts unerläßlich und Antworten aus den Quellen möglich sind.

Johnson will weder Cabets Leben abschildern noch dessen Denken analysieren. Zum Biographischen verweist er auf Jules Prudhommeaux, und der kommunistische Theoretiker, da kaum eigengeartet, interessiert ihn wenig. Die Aufmerksamkeit gilt nicht Cabets »Voyage en Icarie«, sondern dem Haupt der ikarischen kommunistischen Bewegung in Frankreich wie dieser Bewegung selbst, gilt dem »Einfluß eines maßgebenden utopischen Sozialisten auf das Volk« (S. 14). Johnson nutzt für seine Untersuchung ungedruckte Archivmaterialien sowie Broschüren und Zeitungen aus den 1840er Jahren, hier vor allem Cabets Blatt »Le Populaire« mit seinen reichen Informationen über den Fortgang der ikarischen Bewegung in Paris und in der Provinz. Das ungedruckte Material lagert aufgeteilt im Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte und in der Bibliothèque historique de la Ville de Paris. Zur Pariser Sammlung – und zu Johnsons Hauptquellen – gehören rund zweihundert Briefe ikarischer Kommunisten aus dem ganzen Land an Cabet, seltene Dokumente, die aussagen über innerste Entwicklungen der »Partei«, Schlüsse zulassen auf den Stand des politischen Bewußtseins und auf Verhaltensweisen von Teilen der arbeitenden Massen Frankreichs.

Wichtige Ergebnisse bringt Johnsons Versuch, die soziale Zusammensetzung der ikarischen Bewegung zu bestimmen, von der Quellenlage her ein schwieriges Unternehmen. Cabets Anhänger rekrutieren sich hauptsächlich aus den städtischen arbeitenden Klassen, hier aber am wenigsten aus dem Proletariat in Bergbau und Industrie, vielmehr entscheidend aus der Masse sozial schwacher Handwerker in traditionellen städtischen Gewerben; eine wesentliche Rolle spielen Schneider und Schuhmacher, auch Kunsttischler. Bäuerlicher Anhang fehlt offenbar, die kleinen Eigentümer – Krämer, Bäcker etc. – scheinen ebenfalls nicht vertreten. Die Bewegung zählt die meisten Anhänger in Paris, ihr erstaunlichster Zug ist jedoch der Erfolg in der Provinz. Reims nordöstlich von Paris, Tours und Nantes an der Loire, weiter abwärts auf der Landkarte Niort und Périgueux, Lyon mit den Nachbarorten Vienne und Givors, im tiefen Süden Toulouse und Toulon, überall gewinnt die Lehre Cabets Einfluß auf die arbeitende Klasse, besetzt sie eine wachsende Zahl von Köpfen. Den Kontakt zu den Ikariern der Provinz sichert Cabet über die von ihm eingesetzten Korrespondenten in den einzelnen Städten. Sie berichten nach Paris und werden von dort angewiesen, sie halten am Ort regelmäßig Versammlungen, verkaufen Cabets Schriften, werben Abonnenten für den »Populaire« und sind Verteiler der Zeitung.

Der Titel sagt es nicht, aber Johnsons Monographie bedient auch die Forschung zu den utopian communities oder zum vormarxistischen Sozialismus als praktischem Versuch. Johnson will herausfinden, warum Cabet in Texas die kommunistische Siedlung Icaria gründet, was zu dieser Gründung nötig ist. Zunächst die Argumente. Cabet tritt politisch an als überzeugter Verfechter der Klassenzusammenarbeit, der linken Einheit über Klassen hinweg. Aber er gewinnt wenig Anhang im bürgerlichen Lager. Seit Mitte der 1840er Jahre unter Bedingungen des verschärften Klassenantagonismus in Frankreich dämmert ihm, daß die Bourgeoisie von Einverständnis und Zusammengehen mit der arbeitenden Klasse gar nichts wissen will. Was bleibt ihm in dieser Lage? Er kann sich für Klassenkampf entscheiden, für die revolutionäre Arbeiteraktion gegen die Bourgeoisie. Nach Johnson kündigt sich diese Wende sogar an: Der enttäuschte Cabet bekennt sich nach Ausweis der Quellen zunehmend zur Solidarität der Arbeitenden gegen die verstockte Bourgeoisie, er neigt jetzt dazu, in Abkehr vom Gedanken der linken Klasseneinheit den Kommunismus als Bewegung allein der Arbeiter zu verstehen. Aber Cabet scheut die Konsequenz. Er schafft es nicht, unbeirrt auf den sozialen Krieg zu orientieren, flieht vom

Kampfplatz und schlägt seinen Anhängern im Mai 1847 die ikarische Emigration vor. Ein Dreivierteljahr später schiffen sich in Le Havre die ersten 69 Ikarier nach der Neuen Welt ein, dort werden sie in Texas den kommunistischen Musterversuch Icaria starten.

Johnson überanstrengt den bloßen Entschluß Cabets und die inneren Nöte, aus denen die Entscheidung zu emigrieren angeblich heraushilft. Die Gründung in Texas erscheint als Tat eines Mannes, der sich am Vorabend der Februarrevolution politisch hoffnungslos verrechnet hat, darüber die Logik verliert – er will trotz allem keinen Klassenkampf – und geschichtlich nur noch danebenhandelt. Icaria wird zum verzweifelt Entschluß, einsam gefaßt; als hätte es seit Robert Owens New Harmony/Indiana 1825–1828 nicht mehr als zwei Dutzend Gründungen dieser Art in den USA und in Großbritannien (und anderswo) gegeben, Vorgriffe auf eine nicht mehr kapitalistische Welt im Protest gegen die sozialen Auswirkungen der Industriellen Revolution. Protest und Vorgriff, das gilt auch für Icaria. Johnson vernachlässigt diesen Zusammenhang, dramatisiert statt dessen innere Kämpfe Cabets, deren unglücklicher Verlauf Icaria erklären soll. Die Forschung, die den vor-marxistischen Sozialismus als praktischen Versuch zum Gegenstand hat und die während des letzten Jahrzehnts international beachtlich in Gang gekommen ist, diese Forschung erreicht in den besten Arbeiten einen Stand, den Johnsons psychologischer Erklärungsansatz unterbietet.

Manfred Hahn

Ross McKibbin, *The Evolution of the Labour Party 1910 – 1924* (= Oxford Historical Monographs), Oxford University Press, London 1974, pp. XVIII, 261, clothbound, £ 5.75.

The Chartist movement may be regarded as the first attempt of the English workers to set up a political party. When it failed they tried to improve their economic position through other organisations such as trade unions and co-operative societies. It was not until the last years of the nineteenth century that the labour movement showed signs of becoming a political movement again. (By that time the German workers had established a united and powerful Social Democrat Party which had polled nearly a quarter of the votes cast and gained 44 seats in the Reichstag elections of 1893). The 1880s had seen the establishment of several left wing political organisations in England – the Social Democrat Federation, the Socialist League, the Fabian Society – while the Independent Labour Party had been founded in 1893. Seven years later certain trade unions joined the socialist societies to form the Labour Representation Committee, which was later renamed the Labour Party. By 1910 it had 45 Members of Parliament of whom 13 represented mining constituencies.

It is at this point that Dr McKibbin takes up the story. Although his scholarly monograph deals only with 14 years of the history of the Labour Party (1910–1924) it is not a comprehensive survey since the author does not examine the activities of Labour Members of Parliament at Westminster and deals only briefly with the impact of the first World War on the labour movement. Dr McKibbin examines the development of the organisation of the Labour Party. His survey is significant because it examines closely the structure of the Party at constituency level and rescues from oblivion the activities of some of the leading supporters and officials who were prominent in local labour politics. Dr McKibbin shows that the Labour Party was dominated by the trade unions which financed parliamentary candidates and placed their existing local organisations at the service of constituencies before and during elections. He who pays the piper calls the tune and it is hardly surprising that the views of the trade unions carried great weight with the political wing of the labour movement. As the author observes »the Labour Party always needed the unions; the unions did not always need the Labour Party«.

Space does not permit a discussion of all the topics discussed in this book. Thus the author examines the influence of Arthur Henderson on the evolution of the Party in its formative

Kampfplatz und schlägt seinen Anhängern im Mai 1847 die ikarische Emigration vor. Ein Dreivierteljahr später schiffen sich in Le Havre die ersten 69 Ikarier nach der Neuen Welt ein, dort werden sie in Texas den kommunistischen Musterversuch Icaria starten.

Johnson überanstrengt den bloßen Entschluß Cabets und die inneren Nöte, aus denen die Entscheidung zu emigrieren angeblich heraushilft. Die Gründung in Texas erscheint als Tat eines Mannes, der sich am Vorabend der Februarrevolution politisch hoffnungslos verrechnet hat, darüber die Logik verliert – er will trotz allem keinen Klassenkampf – und geschichtlich nur noch danebenhandelt. Icaria wird zum verzweiferten Entschluß, einsam gefaßt; als hätte es seit Robert Owens New Harmony/Indiana 1825–1828 nicht mehr als zwei Dutzend Gründungen dieser Art in den USA und in Großbritannien (und anderswo) gegeben, Vorgriffe auf eine nicht mehr kapitalistische Welt im Protest gegen die sozialen Auswirkungen der Industriellen Revolution. Protest und Vorgriff, das gilt auch für Icaria. Johnson vernachlässigt diesen Zusammenhang, dramatisiert statt dessen innere Kämpfe Cabets, deren unglücklicher Verlauf Icaria erklären soll. Die Forschung, die den vor-marxistischen Sozialismus als praktischen Versuch zum Gegenstand hat und die während des letzten Jahrzehnts international beachtlich in Gang gekommen ist, diese Forschung erreicht in den besten Arbeiten einen Stand, den Johnsons psychologischer Erklärungsansatz unterbietet.

Manfred Hahn

Ross McKibbin, *The Evolution of the Labour Party 1910 – 1924* (= Oxford Historical Monographs), Oxford University Press, London 1974, pp. XVIII, 261, clothbound, £ 5.75.

The Chartist movement may be regarded as the first attempt of the English workers to set up a political party. When it failed they tried to improve their economic position through other organisations such as trade unions and co-operative societies. It was not until the last years of the nineteenth century that the labour movement showed signs of becoming a political movement again. (By that time the German workers had established a united and powerful Social Democrat Party which had polled nearly a quarter of the votes cast and gained 44 seats in the Reichstag elections of 1893). The 1880s had seen the establishment of several left wing political organisations in England – the Social Democrat Federation, the Socialist League, the Fabian Society – while the Independent Labour Party had been founded in 1893. Seven years later certain trade unions joined the socialist societies to form the Labour Representation Committee, which was later renamed the Labour Party. By 1910 it had 45 Members of Parliament of whom 13 represented mining constituencies.

It is at this point that Dr McKibbin takes up the story. Although his scholarly monograph deals only with 14 years of the history of the Labour Party (1910–1924) it is not a comprehensive survey since the author does not examine the activities of Labour Members of Parliament at Westminster and deals only briefly with the impact of the first World War on the labour movement. Dr McKibbin examines the development of the organisation of the Labour Party. His survey is significant because it examines closely the structure of the Party at constituency level and rescues from oblivion the activities of some of the leading supporters and officials who were prominent in local labour politics. Dr McKibbin shows that the Labour Party was dominated by the trade unions which financed parliamentary candidates and placed their existing local organisations at the service of constituencies before and during elections. He who pays the piper calls the tune and it is hardly surprising that the views of the trade unions carried great weight with the political wing of the labour movement. As the author observes »the Labour Party always needed the unions; the unions did not always need the Labour Party«.

Space does not permit a discussion of all the topics discussed in this book. Thus the author examines the influence of Arthur Henderson on the evolution of the Party in its formative

years; the relations of the Labour and Liberal Parties between 1910 and 1914; the party constitution of 1918 which demanded »the common ownership of the means of production«; the results of the extension of the franchise in 1918; and the subordination of the *Daily Herald* to the Labour Party. The author throws new light on all these matters. His detailed knowledge of labour politics in England at both national and local level is such that it is to be hoped that he will one day write a sequel on the history of the Labour Party after 1924.

W. O. Henderson

Wolfgang Neugebauer, Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Europa Verlag, Wien 1975, 495 S., Ln., 45 DM.

Eine wissenschaftliche Darstellung der reichen und wechsellvollen Geschichte der Arbeiterjugendorganisationen in Österreich gab es trotz einiger Broschüren und Bücher<sup>1</sup> bisher noch nicht. Wolfgang Neugebauer, gegenwärtig wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, hat seine Dissertation ergänzt, und Karl R. Stadler, Linz, hat diese wertvolle Arbeit in seiner Reihe »Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung« aufgenommen.

Bruno Kreisky, der selbst viele Jahre führender Funktionär in der Sozialistischen Jugend war – legal vor und illegal nach 1934 –, meint in seinem Vorwort: »Sozialistische Bewusstseinsbildung sollte mit dem Ziel der Herbeiführung einer ganz bestimmten, in allen Lagern sichtbar werdenden und sich bewährenden Weltanschauung erfolgen«. Die gegenwärtig in Österreich durchgeführte »Ideologiediskussion« zeigt sehr deutlich, daß die Vorstellungen über »Sozialismus« und »sozialistisches Bewußtsein« manche Divergenzen aufweisen und zweifellos auch verschieden sind von dem, was Neugebauer für die Vergangenheit beschreibt.

In der österreichischen sozialistischen Bundesregierung, aber auch in den Landesregierungen, in Gemeinden sowie in zahlreichen führenden Funktionen der Verwaltung, Wirtschaft und Kultur finden wir heute ehemalige Funktionäre und Mitglieder sozialistischer Jugendorganisationen aus verschiedenen Perioden. Sie alle wurden in ihren Jugendjahren von dieser Bewegung »geformt«, und wenn auch manche »Jugendsünden« der aktiven Politiker gerne belächelt werden, so tritt nach der Pensionierung meist wieder eine »Bekennnisperiode« ein. Es gibt in Österreich regelmäßig Zusammenkünfte der »alten« SAJ-Mitglieder – manche längst vergessen erscheinende ideologische und organisatorische Meinungsverschiedenheit aus vergangenen Zeiten kann da recht lebhaft neu aufleben –, und man kann der Meinung Bruno Kreiskys nur beipflichten: »Noch heute verbindet die, die damals dabei waren, ein unsichtbares Band, noch heute haben sie das Gefühl, daß ihnen ein großes, ein besonderes Erlebnis gemeinsam ist«.

Der ersten Generation des »Verbandes jugendlicher Arbeiter« – übrigens in Österreich 1893 nach Belgien die zweite Gründung – gehörten als »Junge« die später bedeutenden Arbeiterfunktionäre Dr. J. Deutsch, Dr. R. Danneberg, Karl Honay, Leopold Thaller u. a. an. Als Mittelschüler war auch Dr. A. Schärf Funktionär des Verbandes. Zu den bedeutenden Gründern gehört der kluge und zu jung verstorbene populäre Leopold Winarsky – übrigens gut befreundet mit Karl Liebknecht.

Zur zweiten Generation sozialistischer Jugendfunktionäre, die später einflußreiche Stellen

<sup>1</sup> Robert Danneberg, Die Jugendbewegung der sozialistischen Jugendinternationale; Wien 1910; Otto Felix Kanitz, Das proletarische Kind in der bürgerlichen Gesellschaft (u. a.), Wien 1925; Karl Heinz, Kampf und Aufstieg; Wien 1932; Herbert Steiner, Die sozialistische Jugendbewegung in Österreich 1894 – 1918, Wien 1956; Heinz Nittel, Kampf und Aufstieg, Wien 1964.

years; the relations of the Labour and Liberal Parties between 1910 and 1914; the party constitution of 1918 which demanded »the common ownership of the means of production«; the results of the extension of the franchise in 1918; and the subordination of the *Daily Herald* to the Labour Party. The author throws new light on all these matters. His detailed knowledge of labour politics in England at both national and local level is such that it is to be hoped that he will one day write a sequel on the history of the Labour Party after 1924.

W. O. Henderson

Wolfgang Neugebauer, Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Europa Verlag, Wien 1975, 495 S., Ln., 45 DM.

Eine wissenschaftliche Darstellung der reichen und wechselvollen Geschichte der Arbeiterjugendorganisationen in Österreich gab es trotz einiger Broschüren und Bücher<sup>1</sup> bisher noch nicht. Wolfgang Neugebauer, gegenwärtig wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, hat seine Dissertation ergänzt, und Karl R. Stadler, Linz, hat diese wertvolle Arbeit in seiner Reihe »Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung« aufgenommen.

Bruno Kreisky, der selbst viele Jahre führender Funktionär in der Sozialistischen Jugend war – legal vor und illegal nach 1934 –, meint in seinem Vorwort: »Sozialistische Bewusstseinsbildung sollte mit dem Ziel der Herbeiführung einer ganz bestimmten, in allen Lagern sichtbar werdenden und sich bewährenden Weltanschauung erfolgen«. Die gegenwärtig in Österreich durchgeführte »Ideologiediskussion« zeigt sehr deutlich, daß die Vorstellungen über »Sozialismus« und »sozialistisches Bewußtsein« manche Divergenzen aufweisen und zweifellos auch verschieden sind von dem, was Neugebauer für die Vergangenheit beschreibt.

In der österreichischen sozialistischen Bundesregierung, aber auch in den Landesregierungen, in Gemeinden sowie in zahlreichen führenden Funktionen der Verwaltung, Wirtschaft und Kultur finden wir heute ehemalige Funktionäre und Mitglieder sozialistischer Jugendorganisationen aus verschiedenen Perioden. Sie alle wurden in ihren Jugendjahren von dieser Bewegung »geformt«, und wenn auch manche »Jugendsünden« der aktiven Politiker gerne belächelt werden, so tritt nach der Pensionierung meist wieder eine »Bekennnisperiode« ein. Es gibt in Österreich regelmäßig Zusammenkünfte der »alten« SAJ-Mitglieder – manche längst vergessen erscheinende ideologische und organisatorische Meinungsverschiedenheit aus vergangenen Zeiten kann da recht lebhaft neu aufleben –, und man kann der Meinung Bruno Kreiskys nur beipflichten: »Noch heute verbindet die, die damals dabei waren, ein unsichtbares Band, noch heute haben sie das Gefühl, daß ihnen ein großes, ein besonderes Erlebnis gemeinsam ist«.

Der ersten Generation des »Verbandes jugendlicher Arbeiter« – übrigens in Österreich 1893 nach Belgien die zweite Gründung – gehörten als »Junge« die später bedeutenden Arbeiterfunktionäre Dr. J. Deutsch, Dr. R. Danneberg, Karl Honay, Leopold Thaller u. a. an. Als Mittelschüler war auch Dr. A. Schärf Funktionär des Verbandes. Zu den bedeutenden Gründern gehört der kluge und zu jung verstorbene populäre Leopold Winarsky – übrigens gut befreundet mit Karl Liebknecht.

Zur zweiten Generation sozialistischer Jugendfunktionäre, die später einflußreiche Stellen

<sup>1</sup> Robert Danneberg, Die Jugendbewegung der sozialistischen Jugendinternationale; Wien 1910; Otto Felix Kanitz, Das proletarische Kind in der bürgerlichen Gesellschaft (u. a.), Wien 1925; Karl Heinz, Kampf und Aufstieg; Wien 1932; Herbert Steiner, Die sozialistische Jugendbewegung in Österreich 1894 – 1918, Wien 1956; Heinz Nittel, Kampf und Aufstieg, Wien 1964.

einnahmen, zählen: Karl Heinz, Anton Proksch, Fritz Klenner, Josef Buttinger, Ernst Fischer, Bruno Kreisky, Otto Probst, Felix Slavik u. a.

Jetzt ist es schon die Nachkriegsgeneration der »Jugendlichen« wie Androsch, H. Fischer, Gratz, Nittel, Weissenberg, Lanc, Ströer u. a., die teils aus der Sozialistischen Jugend, teils aus dem Sozialistischen Studentenverband oder der Gewerkschaftsjugend kommen. Wenn man die Geschichte Neugebauers liest, so findet man immer wieder, daß Organisationen, Gruppen und Personen vorwärtsdrängen und mit dem Erreichten nicht zufrieden sind. Die Konflikte mit Parteivorständen entstehen in allen Perioden, mit verschiedenen Fragen, die Jugendlichen sind nie zufrieden (erst wenn sie selbst nicht mehr jung sind!) und drängen vorwärts. Diese Problematik ist nach wie vor aktuell.

Im wesentlichen gibt Neugebauer eine chronologische Gliederung. Er schildert die ungeheuren Schwierigkeiten der Anfangsjahre, die auch später immer wieder auftauchende Problematik jeder Arbeiterjugendorganisation: Kampf für die Rechte der Arbeiterjugend und gleichzeitig Versuch, den Jugendlichen möglichst viel Bildung zu vermitteln. In verhältnismäßig kurzer Zeit konnte der Verband jugendlicher Arbeiter eine größere Zahl von Ortsgruppen bilden, eine eigene Zeitung herausgeben, später auch einen Verlag gründen. Bis zum Ersten Weltkrieg war er die Vorhut der Arbeiterjugend, und viele Aktionen wurden in Betrieben und Fortbildungsschulen geführt. Es gab Auseinandersetzungen auf allen Ebenen, bis der Jugendverband von den »Erwachsenen« in Partei und Gewerkschaft anerkannt wurde.

Natürlich gab es auch die bornierten und brutalen Verfolgungen seitens der Polizei, Gerichte, Schulbehörden und der Meister im Gewerbe. Wien war zu verschiedenen Zeiten auch Sitz und Zentrum der Jugendinternationale und R. Danneberg bei Kriegsausbruch ihr Sekretär. Im ersten Weltkrieg standen die Jugendlichen meist auf der »linken« Seite und unterstützten die Haltung Friedrich Adlers. Innerhalb des Verbandes bildeten sich linksradikale Strömungen, aus denen 1918 die ersten kommunistischen Gruppen entstanden.

In der Zeit von 1918 bis 1934 erweiterten die Jugendorganisationen ihr Tätigkeitsgebiet unter Kindern, Turnern, Sportlern, Jugendgewerkschaften usw. Obwohl die Aktivität beachtlich war, gab es lange Zeit nur einen einzigen »hauptamtlichen« Funktionär. Dies war der bedeutende Pädagoge O. F. Kanitz, der wie viele andere ehemalige »Jugendliche«, darunter auch Danneberg, von den Nazis umgebracht wurde.

Neugebauer schildert die Teilnahme der Jugendlichen an den Kämpfen gegen die Austrofaschisten im Februar 1934 sowie die illegale Tätigkeit bis 1938. Kritisch werden die Versuche des Aufbaues einer antifaschistischen Einheitsfront mit dem KJV dargestellt.

Die Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Neugebauer ist es gelungen, unter Herausziehung des umfangreichen Archivmaterials, durch Befragung noch lebender Aktivistinnen, durch Publikationen und andere Forschungen ein wissenschaftliches Buch zu verfassen, das trotzdem leicht lesbar ist. Seltene Illustrationen, Wiedergabe von Dokumenten sowie Personenregister bereichern das Werk.

Herbert Steiner

Georg W. Strobel, Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD. Der polnische »europäische« Internationalismus in der russischen Sozialdemokratie, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1974, XIII, 759 S., brosch., 132 DM.

Während die Geschichte der Arbeiterbewegung Osteuropas seit 1917 bzw. 1944 im Zentrum des Interesses der Historiker dort steht, ist ihre Kenntnis bei uns immer noch begrenzt. Angesichts der Ausstrahlung der deutschen auf die osteuropäische Arbeiterbewegung, angesichts der Impulse, die von den osteuropäischen Parteien ausgingen, angesichts der Bedeutung endlich, die besonders die russische Partei erlangte, ist diese Unkenntnis, die nicht nur, aber in erster Linie auf die Unkenntnis der betreffenden Sprachen zurückzuführen ist,

einnahmen, zählen: Karl Heinz, Anton Proksch, Fritz Klenner, Josef Buttinger, Ernst Fischer, Bruno Kreisky, Otto Probst, Felix Slavik u. a.

Jetzt ist es schon die Nachkriegsgeneration der »Jugendlichen« wie Androsch, H. Fischer, Gratz, Nittel, Weissenberg, Lanc, Ströer u. a., die teils aus der Sozialistischen Jugend, teils aus dem Sozialistischen Studentenverband oder der Gewerkschaftsjugend kommen. Wenn man die Geschichte Neugebauers liest, so findet man immer wieder, daß Organisationen, Gruppen und Personen vorwärtsdrängen und mit dem Erreichten nicht zufrieden sind. Die Konflikte mit Parteivorständen entstehen in allen Perioden, mit verschiedenen Fragen, die Jugendlichen sind nie zufrieden (erst wenn sie selbst nicht mehr jung sind!) und drängen vorwärts. Diese Problematik ist nach wie vor aktuell.

Im wesentlichen gibt Neugebauer eine chronologische Gliederung. Er schildert die ungeheuren Schwierigkeiten der Anfangsjahre, die auch später immer wieder auftauchende Problematik jeder Arbeiterjugendorganisation: Kampf für die Rechte der Arbeiterjugend und gleichzeitig Versuch, den Jugendlichen möglichst viel Bildung zu vermitteln. In verhältnismäßig kurzer Zeit konnte der Verband jugendlicher Arbeiter eine größere Zahl von Ortsgruppen bilden, eine eigene Zeitung herausgeben, später auch einen Verlag gründen. Bis zum Ersten Weltkrieg war er die Vorhut der Arbeiterjugend, und viele Aktionen wurden in Betrieben und Fortbildungsschulen geführt. Es gab Auseinandersetzungen auf allen Ebenen, bis der Jugendverband von den »Erwachsenen« in Partei und Gewerkschaft anerkannt wurde.

Natürlich gab es auch die bornierten und brutalen Verfolgungen seitens der Polizei, Gerichte, Schulbehörden und der Meister im Gewerbe. Wien war zu verschiedenen Zeiten auch Sitz und Zentrum der Jugendinternationale und R. Danneberg bei Kriegsausbruch ihr Sekretär. Im ersten Weltkrieg standen die Jugendlichen meist auf der »linken« Seite und unterstützten die Haltung Friedrich Adlers. Innerhalb des Verbandes bildeten sich linksradikale Strömungen, aus denen 1918 die ersten kommunistischen Gruppen entstanden.

In der Zeit von 1918 bis 1934 erweiterten die Jugendorganisationen ihr Tätigkeitsgebiet unter Kindern, Turnern, Sportlern, Jugendgewerkschaften usw. Obwohl die Aktivität beachtlich war, gab es lange Zeit nur einen einzigen »hauptamtlichen« Funktionär. Dies war der bedeutende Pädagoge O. F. Kanitz, der wie viele andere ehemalige »Jugendliche«, darunter auch Danneberg, von den Nazis umgebracht wurde.

Neugebauer schildert die Teilnahme der Jugendlichen an den Kämpfen gegen die Austrofaschisten im Februar 1934 sowie die illegale Tätigkeit bis 1938. Kritisch werden die Versuche des Aufbaues einer antifaschistischen Einheitsfront mit dem KJV dargestellt.

Die Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Neugebauer ist es gelungen, unter Herausziehung des umfangreichen Archivmaterials, durch Befragung noch lebender Aktivistinnen, durch Publikationen und andere Forschungen ein wissenschaftliches Buch zu verfassen, das trotzdem leicht lesbar ist. Seltene Illustrationen, Wiedergabe von Dokumenten sowie Personenregister bereichern das Werk.

Herbert Steiner

Georg W. Strobel, Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD. Der polnische »europäische« Internationalismus in der russischen Sozialdemokratie, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1974, XIII, 759 S., brosch., 132 DM.

Während die Geschichte der Arbeiterbewegung Osteuropas seit 1917 bzw. 1944 im Zentrum des Interesses der Historiker dort steht, ist ihre Kenntnis bei uns immer noch begrenzt. Angesichts der Ausstrahlung der deutschen auf die osteuropäische Arbeiterbewegung, angesichts der Impulse, die von den osteuropäischen Parteien ausgingen, angesichts der Bedeutung endlich, die besonders die russische Partei erlangte, ist diese Unkenntnis, die nicht nur, aber in erster Linie auf die Unkenntnis der betreffenden Sprachen zurückzuführen ist,

bedauerlich. Georg W. Strobels voluminöse Arbeit über die SDKP(iL)<sup>1</sup> – die überarbeitete Fassung seiner 1968 abgeschlossenen Habilitationsschrift – ist ein bemerkenswerter Versuch, die signalisierte Lücke teilweise zu füllen. Die SDKP(iL) bildete von 1893 bis 1918 den linken Flügel der organisierten Arbeiterbewegung Russisch-Polens. Obwohl eine der »kleinen« Parteien der II. Internationale, brachte sie eine Reihe bekannter Persönlichkeiten hervor, die nicht nur aus der Geschichte der polnischen Bewegung, sondern auch aus der der deutschen Linken, aus der des revolutionären Rußland nicht wegzudenken sind: R. Luxemburg, L. Jogiches, J. Marchlewski, K. Radek, F. Dzierżyński . . . Strobel stützt sich, da ihm nicht nur die sowjetischen, sondern auch die polnischen Archive unzugänglich waren, vorzugsweise auf gedrucktes Material: Quellenpublikationen, zeitgenössische Periodika, Broschüren, Aufrufe, Protokolle, Berichte, publizierte Briefe, Memoiren etc., ferner auf die ausgedehnte Sekundärliteratur; alles in allem hat er – eine beachtliche Leistung! – »rund 2500 bibliographische Positionen« (S. 10) in polnischer, russischer, ukrainischer, litauischer, jiddischer, deutscher, französischer, englischer Sprache ausgewertet. Es ist unbestreitbar, daß seine Arbeit, die übrigens die erste fundierte Gesamtdarstellung der Geschichte der SDKP(iL) ist (eine polnische Gesamtdarstellung steht noch aus), ein bedeutender Beitrag zur Erweiterung unseres Wissens ist. Aber . . . Obwohl nichts darauf deutet, daß die Beschränkung der Untersuchung auf die Politik der Parteiführung das Resultat bewußter Überlegung ist, scheint sie im Hinblick auf das verfügbare Material vernünftig. Es überrascht indessen, daß Strobel meint, die so definierte Geschichte der SDKP(iL) ohne Kenntnis des Archivs dieser Partei »allgemeingültig« (!) darstellen zu können (S. 3). Es überrascht ferner, daß der »Quellen« überschriebene Abschnitt nicht etwa eine Charakterisierung der von Strobel benutzten Quellen, geschweige denn eine Reflexion über ihre Aussagekraft, enthält, sondern – eine Kritik der polnischen Quellenpublikationen zur Geschichte der SDKP(iL), von denen die meisten in der Zeit vor 1956 entstanden sind. Ebenso wenig informiert Strobel über den Stand der Forschung. Es ist zwar richtig, daß eine »Geschichte der Partei« bisher noch »völlig« fehlte (S. 1); es gab jedoch eine Reihe durchaus ernsthafter Beiträge zu einzelnen Problemen. Statt immerhin die neueren Arbeiten von Kancewicz, Radlak, Sobczak, Kochański, Najdus etc. zu nennen, beschränkt sich Strobel auf eine summarische »Abgrenzung« von der polnischen Geschichtsschreibung, die die SDKP(iL) vor dem Kriege diffamiert, nach dem Krieg dagegen »in den Himmel gehoben« habe (S. 2). Er erzeugt den Eindruck, daß die Masse der »rund 2500 bibliographischen Positionen« kaum der Rede wert sei – einen Eindruck, den er durch die eifrige Benutzung dieser Positionen keineswegs bestätigt. So verweist er z. B. in dem Kapitel über die Jahre 1908–1910 ca. 180mal auf zeitgenössische Broschüren, Periodika, Archivalien etc., ca. 30mal auf polnische Publikationen aus der Zeit vor 1956, ca. 120mal auf solche aus der Zeit nach 1956, ca. 75mal auf sowjetische, ca. 35mal auf andere Publikationen als Quelle. Es mutet dementsprechend eigenartig an, wenn Strobel einleitend beklagt, daß die »große Rolle der Deutschen Kongreßpolens« von den polnischen Historikern (denen nach 1945 wohl tatsächlich nicht danach zumute war, diese »große Rolle« besonders zu betonen) »böswillig verdeckt« worden sei (S. 3), dann aber einen Gutteil der betreffenden Angaben – polnischen Publikationen der Nachkriegszeit entnimmt. Das gilt bereits für den – übrigens besonders interessanten – Abschnitt über die Vermittlerrolle der Deutschen in der ersten Phase der Verbreitung sozialistischer Ideen (S. 16 ff.). Strobel neigt seinerseits dazu, die Rolle der Deutschen zu überschätzen, was u. a. darin zum Ausdruck kommt, daß er in den kurzen Abschnitten, in denen er auf die Entwicklung der Gesamtpartei eingeht (S. 106 f., 148 ff.), vorzugsweise über den Anteil der Deutschen schreibt, wobei er sich über die begrenzte Aussagekraft zusammenhanglos zitierter Zahlen nicht immer ganz

1 = Socjaldemokracja Królestwa Polskiego (ab 1900: . . . i Litwy).

im klaren zu sein scheint. So einleuchtend z. B. die Feststellung ist, daß die PPS durch Abwerbung seitens der SDKPiL »um so mehr verlor, je stärker die SDKPiL wurde« (S. 148), so fraglich ist es, ob sich daraus, daß die SDKPiL zum 1. Mai 1901 außer 12 000 polnischen 2000 deutsche, in erster Linie für den Raum von Lodz bestimmte Aufrufe verteilte, ableiten läßt, daß die »bedeutende Stellung von Lodz in der sozialdemokratischen polnischen Bewegung« auf das Engagement der Deutschen der Stadt zurückzuführen war (S. 149). Es läßt sich daraus noch nicht einmal ableiten, daß die Partei den deutschen Arbeitern von Lodz eine überproportionale Bedeutung beimaß, da dazu Angaben a) über die Gesamtzahl der in Lodz verteilten Aufrufe, b) über den Anteil der Deutschen unter den Arbeitern der Stadt erforderlich wären. Aber Angaben der letzteren Art sucht der Leser in Strobels Buch vergeblich. Die Beschreibung der Sozialstruktur Russisch-Polens, d. h. der Bedingungen, unter denen die SDKP(iL) entstand, wirkte, sich entwickelte, beschränkt sich auf drei Seiten; die Angaben über die Arbeiter nehmen zwei Absätze in Anspruch, die Strobel durch die bemerkenswerte Feststellung einleitet, daß die Urbanisierung »auch nachteilige soziale Auswirkungen« besaß (S. 14). Ebenso flüchtig beschreibt er die Genese der Partei. Es ist nicht immer deutlich, wie er von der Literatur, auf die er in den Fußnoten verweist, zu seiner Darstellung im Text gelangt ist. Das betrifft nicht nur die Selbstbildungszirkel, deren Charakter er völlig verkennt, sondern auch die sozialistischen Organisationen, die aus ihnen hervorgingen. L. Kulczycki, einer der Gründer des *II. Proletariat*, neigte zunächst tatsächlich der »nationalen« Richtung zu, weshalb er 1887 in Genf der Jugendorganisation der *Liga Polska*, dem sog. *Zet*, beitrug; er schloß sich aber bald darauf der »internationalistischen« Richtung an, weshalb er – nebenbei nicht erst im Herbst 1888 in Paris (S. 57), sondern noch vor seiner Abreise aus Genf – die Forderung nach Unabhängigkeit durch die nach Autonomie ersetzte, wogegen nicht die »Kosmopoliten« (S. 56), sondern die mehr »national« Gesinnten unter seinen Freunden opponierten. Die Bedeutung des *II. Proletariat* lag daher kaum »vor allem in der Herauskristallisierung des polnischen Sozialpatriotismus« (S. 60). Die Gegensätze innerhalb des *II. Proletariat* betrafen nicht die nationale Frage (S. 58), sondern die revolutionäre Taktik. Dasselbe betrifft den Gegensatz des *II. Proletariat* zum ZRP. Allerdings hatte die Diskussion über den Terror nach der Verhaftung Kulczyckis, die nicht zur »Forcierung« der terroristischen Tendenzen (S. 59), sondern zum Gegenteil führte, weitgehend akademische Bedeutung; erst 1891 erhielten die terroristischen Tendenzen im *II. Proletariat* neuen Auftrieb. J. Marchlewski gehörte damals nicht mehr dieser Partei (S. 59), sondern dem ZRP an. Der ZRP entstand nicht in Lodz (S. 62), sondern in Warschau; die meisten seiner Gründer gingen – n. b. – nicht aus dem *II. Proletariat* (S. 62), sondern aus dem erwähnten *Zet* hervor, aus dem sie erst im Frühjahr 1890 austraten. Der führende Ideologe des ZRP, L. Krzywicky, schrieb nicht »später« (S. 63), sondern 1884/85 im *Przedświt* (dessen Name wohl nicht »Morgengrauen«, sondern »Morgenröte« zu übersetzen ist). Nicht die Zahl der Widerstandskassen, sondern die der in ihnen organisierten Arbeiter stieg 1891 auf »mehrere Tausend« (S. 63). Der Streik von Lodz im Mai 1892 war nicht »vom ZRP geleitet« (S. 60, 68), sondern hatte einen spontanen Charakter... Ungenauigkeiten dieser Art lassen eine gewisse Skepsis gegenüber der nicht flüssig, aber ziemlich apodiktisch formulierten Darstellung aufkommen. Aber es kommt mir hier nicht darauf an zu suggerieren, daß die Darstellung durchweg ungenau sei, sondern darauf, daß Strobel die komplizierten Prozesse, die erst zur Gründung der PPS, dann zur Abspaltung der SDKP führten, nur unzureichend erfaßt hat. Er hätte dazu immerhin einen kurzen Blick auf die neue »patriotische« Bewegung werfen müssen, die sich Ende der 80er Jahre formierte – besonders auf die Gruppe derer, die sich, einen neuen Aufstand anvisierend, für die Arbeiterbewegung zu interessieren begannen. Wahrscheinlich hätte er dann auch den Gegensatz der SDKP(iL) zur PPS klarer erfaßt. Der Begriff des »Internationalismus«, den die SDKP(iL) benutzte, hatte eine ganz spezifische Bedeutung, die sich bereits in den Diskussionen der 80er Jahre herauskristalli-

siert hatte: Er beinhaltet nicht nur das unbestimmte Bekenntnis zur »internationalen Solidarität« (was das betraf, nannte sich auch die PPS »internationalistisch«), sondern die Ablehnung des Vorrangs, den die »Patrioten« jeder Couleur (bis hin zu den »nationalen« Sozialisten) der »nationalen Sache« einräumten; er beinhaltet besonders die Ablehnung der Agitation für einen neuen Aufstand gegen Rußland, die die Arbeiter von ihrem eigentlichen Ziel – der sozialistischen Revolution – ablenken mußte. Die von R. Luxemburg nicht erfundene, aber ausgearbeitete Theorie der organischen Eingliederung diente dem Nachweis, daß der Gedanke eines neuen Aufstands anachronistisch war. Es ist durchaus unzutreffend, daß R. Luxemburg die organische Eingliederung, die für sie kein Programm, sondern ein Faktum war, »befürwortet« habe (S. 88, passim). Es ist ebenso unzutreffend, daß C. Wojnarowska, die sich – im Gegensatz zu R. Luxemburg – ein unabhängiges sozialistisches Polen vorstellen konnte, »sich von den PPS-Vorstellungen kaum [...] entfernte« (S. 99). Schon die Tatsache, daß sie nicht der PPS beitrug, sondern in der »Partei Rosa Luxemburgs« blieb, deutet darauf hin, daß die entscheidende Frage nicht die war, ob nach einer sozialistischen Revolution ein unabhängiges Polen bestehen würde, sondern die der »Reihenfolge des Geschehnisablaufs«, d. h. der Prioritäten. Dem entspricht der von Strobel angeführte (S. 131) Bericht J. Marchlewskis in der *Petite République* vom Mai 1900. C. Wojnarowska erklärte denn auch in dem von Strobel zitierten Brief vom 29. 9./3. 10. 1903, in dem sie davor warnte, die knappen Mittel der Partei ausschließlich auf die Polemik gegen die PPS zu konzentrieren, keineswegs, »sie wäre bereit, auf jegliche Polemik gegen die PPS zu verzichten« (S. 192), sondern das Gegenteil, nämlich: »Was mich betrifft, so glaube ich nicht, daß wir die Polemik gegen die PPS einstellen sollten, ja einstellen könnten«. Ebenso irrt Strobel, wenn er meint, daß 1901 »durch die Hereinnahme der Autonomielösung [...] weitgehende Übereinstimmung der beiden Parteien proklamiert wurde« (S. 161), ja, er verdreht die Tatsachen, wenn er erklärt, daß sich die SDKPiL 1905 durch die Forderung eines Landesjems für Kongreßpolen »weitgehend der PPS angeschlossen« (S. 264). Es ist zweifellos richtig, daß die »Hereinnahme der Autonomielösung« eine Öffnung in der nationalen Frage bedeutete, aber durch diese Öffnung war der Gegensatz noch keineswegs beseitigt; denn während die Autonomie nur das Ergebnis einer gesamtrussischen Revolution sein konnte, auf die die »Internationalisten« seit jeher bauten, basierte das Unabhängigkeitsprogramm der PPS auf der Überzeugung, daß eine Revolution in Rußland in absehbarer Zeit nicht zu erwarten war. Erst als sie 1905 ein Faktum war, trug die PPS, in der nunmehr die »Jungen« dominierten, der neuen Lage durch die Forderung zweier gleichberechtigter Konstituanten Rechnung... Es scheint, daß Strobel die ganze Kontroverse in der nationalen Frage, die in der Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung eine so bedeutende Rolle spielte, nicht begriffen hat. Statt die vorgebrachten Argumente auf ihren politischen Gehalt hin zu analysieren, reduziert er die politischen auf psychische Probleme – in letzter Instanz auf ein durch die Behandlung durch die PPS in Zürich 1893 verursachtes »Trauma Rosa Luxemburgs« (S. 88, passim), das sich im Lauf der Zeit zu einer »Neurose« ausgewachsen habe (S. 187). Es stört ihn nicht, daß die Behandlung durch die PPS in Zürich bereits eine Reaktion auf die Kritik R. Luxemburgs war. – Strobel betont in seiner Darstellung zu Recht die Bedeutung des deutschen Vorbilds. Schon die Studentenzirkel, die sich Anfang der 90er Jahre unter dem Einfluß L. Krzywickis auf das Studium des Marxismus konzentrierten, nannten sich »sozialdemokratisch«; ebenso orientierte sich der ZRP, der sich z. T. aus diesen Zirkeln rekrutierte, an der deutschen Partei, was besonders in der Ablehnung des Terrors zugunsten einer breiten Agitation zum Ausdruck kam. Die SDKP(iL) führte diese Linie (schon der Name deutet darauf hin) bewußt fort – bis hin zur Einführung des Vertrauensmänner-Systems 1903, der Organisation von Ortsvereinen 1905. Es ist schade, daß Strobel kaum auf die Frage eingeht, inwieweit sich die von der SPD übernommenen Organisationsformen in der Praxis bewährten. Es scheint, daß sie den Bedingungen Russisch-Polens – zumal in der nachrevolutionären

Epoche – nicht ganz entsprachen, so daß sich die Partei, die sich 1903 – laut Strobel – durch die Einführung des Vertrauensmänner-Systems »endgültig« (?) dem Westen zugekehrt hatte (S. 198), bis 1914 zu einer »in sich geschlossenen Kaderpartei« entwickelte (S. 488). – Allgemein ist festzustellen, daß Strobel der Arbeit der Partei, der Umsetzung der Theorie in Praxis, kaum Beachtung schenkt. Der Schwerpunkt seiner Darstellung von etwa 700 engbedruckten Seiten liegt auf den internen Kontroversen, die in seiner mikroskopischen Untersuchung enorme Ausmaße erhalten. Die SDKP(iL), genauer: die kleine Gruppe von Personen, auf die Strobel seine Untersuchung beschränkt, war ohne Zweifel weit entfernt von holder Eintracht. Die bewußten Personen differierten in Herkunft, Charakter, Ansichten, sie waren zweifellos nicht immer kleinlich in der Wahl der Mittel, verliehen häufig ihrem Ärger unverblühten Ausdruck. Es scheint jedoch, daß Strobel – aufgrund der Ausblendung des Kontexts – aus dem Blick verloren hat, was sie verband, so daß er statt des sprichwörtlichen Walds nur einen Dschungel sieht. Die »Geschichte der Partei« reduziert sich in seiner Darstellung auf die Intrigen einer Clique Intellektueller, die sich im Grunde nicht von den politischen Ideen, die sie propagierten, sondern von persönlichen Ambitionen, Animositäten, Traumata, Neurosen usw. leiten ließen. Obwohl Strobel die SDKP(iL) die »Partei Rosa Luxemburgs« nennt, ist die zentrale Gestalt in diesem düsteren Bild, in das er die russische Partei, besonders die Bolschewiki, einbezieht, nicht R. Luxemburg, sondern L. Jogiches, ein von einem fanatischen Ehrgeiz besessener »kalter Manager der Macht« (S. 186), dem er sogar zutraut (ohne das direkt zu sagen), daß er 1905 die ganze Warschauer Parteiführung verriet, um seinen Widersacher Dzierżyński auszuschalten (S. 249)! Selbst wenn man kein Freund hagiographischer Geschichtsschreibung ist, wird man sich fragen, ob das Bild, das Strobel vermittelt, nicht reichlich einseitig ist; jedenfalls wird von dem »Idealismus«, den Strobel selbst in seiner Einleitung beschworen hat (S. 2), nur wenig sichtbar. Es überrascht den Leser zu erfahren, daß L. Jogiches, über dessen Eigenarten sich – nach den von Strobel zitierten Briefen zu urteilen – so ziemlich alle einig waren, immer von neuem in seinen Ämtern bestätigt wurde, ja sogar die höchste Stimmenzahl erhielt (S. 343); daß es 1914 den einzelnen Gruppen trotz des unterbrochenen Kontaktes gelang, »eindeutige, übereinstimmende Positionen zu beziehen« (S. 488); daß endlich die SDKP(iL) 1917 – trotz vieler Vorbehalte in einzelnen Fragen – »die revolutionäre Praxis der SDAPR von Anfang an [unterstützte], besonders die Bolschewiki« (S. 621). Aussagen dieser Art, die für einen Moment die wahren Proportionen erkennen lassen, bleiben isoliert. So wurde die russische Revolution laut Strobel »zu einer folgenschweren Belastung für den Erfolg der SDKP(iL) im eigenen Lande« (S. 574); denn das Engagement ihrer Führer in Rußland trug dazu bei, daß sich die Partei, die – n. b. – »zahlenmäßig zu diesem Zeitpunkt recht schwach« war (S. 667), 1918 unfähig erwies, in Polen eine – von der »politischen Gegenseite« durchaus für möglich gehaltene – Revolution »hervorzurufen«, wodurch sie die »Nutzlosigkeit ihres ganzen Daseins [bewies], das ja auf diese Revolution gerichtet war« (S. 658)! – Abschließend ist noch auf einige Mängel technischer Art hinzuweisen. Die Anordnung des Verzeichnisses der Quellen ist wenig übersichtlich; die Überprüfung der Angaben in den Fußnoten wird meist erst nach mühevolem Suchen durch die häufig benutzte, manchmal aber gar nicht identifizierbare Verweisung »aaO« erschwert; besonders Sekundärliteratur ist kaum identifizierbar, da Strobel, obwohl er auf ein alphabetisches Verzeichnis verzichtet hat, die Autoren nicht in das Register aufgenommen hat. Es ist endlich nicht einzusehen, warum Strobel in der Liste der benutzten Archive auch die Archive auführt, die er nicht benutzen konnte; warum er einen Teil der gedruckten Berichte nicht in der betreffenden Rubrik, sondern unter den Archivalien auführt; warum er für einige der polnischen Dokumente, statt auf die Publikationen, nach denen er zitiert, zu verweisen, die Signaturen des Warschauer Parteiarchivs angibt; warum er die Briefe R. Luxemburgs an L. Jogiches nicht einheitlich nach der vollständigen Ausgabe F. Tychs, sondern nach fünf verschiedenen Ausgaben zitiert; warum er Lenin nicht nach der deutschen, sondern nach

der polnischen (!) Ausgabe der Werke zitiert . . . – Die vermeintlich vorurteils-, in Wirklichkeit gesichtspunktlose Arbeit fordert von der ersten bis zur letzten Seite zur Kritik heraus. Aber man würde seinerseits in den kritisierten Fehler verfallen, d. h. den Blick für die Proportionen verlieren, wenn man über den Schwächen den enormen Nutzen des Buches übersähe, das eine Fülle von Informationen enthält, für die nicht nur der Leser, dem Stobels Sprachkenntnisse fehlen, dem Autor dankbar sein wird. Jürgen Rojahn

---